Die Geschichte der Türken
Teil 1: Aufbruch aus der Mongolei S. 10

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 43 – 30. Oktober 2010

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Hauptsache man kann Deutsch, dann wird das schon: So ähnlich stellt sich die Bundesregierung die Integration vor. Tatsächlich hat echte Eingliederung noch einige weitere Voraussetzungen, vor allem gemeinsame Werte. Die neue Plakatkampagne „Raus mit der Sprache – Rein ins Leben" der regierungsnahen „Deutschlandstiftung Integration" blendet das aus.

Foto: AP

Die Fetzen fliegen wieder

Obwohl die Bundesregierung wieder erfolgreich arbeitet, ist ihre Einigkeit dahin

Nur wenige Monate hielt der „Burgfriede" der schwarz-gelben Koalition. Seit wenigen Tagen wird über etliche Themen wieder temperamentvoll gestritten. Die Koalition riskiert damit, dass ihr die exzellenten Wirtschaftsdaten nicht zugerechnet werden.

Nach Monaten mit vielen Querelen und wenigen Entscheidungen ist der Regierung Merkel seit Juni immerhin eines gelungen: Der oft heftige Schlagabtausch auf offener Bühne, bei dem Koalitionäre einander sogar als „Wildsäue" und „Gurkentruppe" titulierten, endete. Auch wenn die Harmonie teilweise übertrieben wirkte – die CSU widersprach ihrer Schwesterpartei noch nicht einmal, als diese sich in der Sarrazin-Debatte in linkes Unterholz verirrte – war die wiedergewonnene Disziplin an sich durchaus im Sinne bürgerlicher Wähler. Da außerdem schwierige Sachentscheidungen gelungen sind und gute Wirtschaftszahlen eingingen, schien der Aufstieg von Union und FDP aus dem Umfragekeller erreichbar.

Falls es damit nichts werden sollte, wäre die Erklärung klar: Seit einigen Tagen ist in die schwarz-gelbe Koalition der Streit zurückgekehrt. Der Bundesinnenminister bezichtigte den Wirtschaftsminister der Ahnungslosigkeit, ja sogar der Geschwätzigkeit: „Jeder plaudert so daher, ohne sich mit der Sach- und Rechtslage zu beschäftigen", sagte Thomas de Maizière im ZDF über den Vorschlag Rainer Brüderles, mit einem Punktesystem mehr qualifizierten Ausländern den Zuzug zu ermöglichen.

> Der Streit überdeckt exzellente Wirtschaftsdaten

Der Streit erscheint bizarr, weil sich hinter den heftigen Worten gar kein großer sachlicher Unterschied verbirgt.

Offener Dissens blitzte auch beim Thema „Rente mit 67" auf. Horst Seehofer stellte sie kurzzeitig zur Disposition, falls die Beschäftigung der Älteren nicht deutlich zunehme. Hier schien der CSU-Vorsitzende fast wie die SPD im Sinne des Gefälligen umzukippen. Daraus wurde zwar kein Koalitionsstreit, weil die eigene Partei ihrem Vorsitzenden widersprach. Dem Bild von Geschlossenheit und Willensstärke auch und gerade bei schwierigen Fragen hat es dennoch geschadet.

Gravierender war und ist der Streit um den Euro-Stabilitätspakt. Hier ist die Kanzlerin dem französischen Präsidenten, der keinen harten Euro will, unverständlich weit entgegengekommen. Der Widerspruch vor allem aus der FDP folgte umgehend und war auch begründet. Unklar ist, warum Merkel überhaupt diese Absprache mit Sarkozy getroffen hat, die innerhalb der EU kaum durchsetzbar ist. Was immer bei den kommenden Verhandlungen in der EU in Sachen Stabilitätspakt herauskommt, der innenpolitische Schaden ist schon jetzt beträchtlich.

Diese Liste der Streitthemen ist keineswegs vollständig: Auch beim Embryonenschutz und in der Steuerpolitik sind die Differenzen in der Koalition erheblich. Die Wahrscheinlichkeit aber, dass die Bundesregierung ausgerechnet mit öffentlichem Streit wieder an Beliebtheit gewinnen könnte, ist gering. *Konrad Badenheuer*

KONRAD BADENHEUER:

Disziplin

Schlechte Umfragen für die Regierung trotz guter Wirtschaftsdaten, dieses Phänomen erlebt Deutschland nicht zum ersten Mal: Der Regierung Kohl widerfuhr dasselbe 1988/89 und erneut im Jahre 1998 – damals wurde die Regierung sogar mitten in einem kräftigen Boom von einem großmäuligen Oppositionsführer namens Gerhard Schröder („Dieser Aufschwung ist mein Aufschwung!") abgelöst.

Gegen diesen Kummer gibt es kein Patentrezept. Fest steht nur: Streit auf offener Bühne vergrößert das Problem. Umso mehr fragt sich: Warum hat die schwarz-gelbe Bundesregierung gerade jetzt ihre Einigkeit verloren? Die Kraft hat gereicht zu unpopulären Entscheidungen, auch die Erfolge sind inzwischen da. Aber statt sich darauf zu konzentrieren, diese Erfolge der Öffentlichkeit selbstbewusst zu vermitteln und in der Sache weiter gut zu entscheiden, ist ausgerechnet jetzt die Streitlust ausgebrochen.

Erklärungen gibt es: Landtagswahlen rücken näher, Parteitage stehen bevor. Und doch ist der potenzielle Schaden enorm. Man muss von der amtierenden Regierung nicht begeistert sein, um doch alle momentan denkbaren Alternativen roter, grüner und blutroter Färbung erschreckend zu finden. Apropos Grüne: Die frühere Chaotenpartei hat die Regeln der Machtpolitik nicht nur gelernt, sie wendet sie auch professionell an. Ihr Programm ist unverändert arm an Substanz, ja teilweise eine Sammlung von Phrasen. Aber die Disziplin, mit der die Partei heute offenen Streit vermeidet, dafür aber systematisch den Gegner angeht, ist bewundernswert. Sie ist der Grund ihres aktuellen Umfragehochs.

Komplett nach Berlin?

Bundeswehr-Reform führt zu neuer Debatte über Regierungssitze

Die Kommission zur Strukturreform der Bundeswehr unter Leitung von Frank-Jürgen Weise hat neuen Zündstoff in die Koalition getragen. Weise, im Hauptberuf Präsident der Bundesagentur für Arbeit, schlug unter anderem vor, das Verteidigungsministerium bis auf eine nachgeordnete Behörde ganz von Bonn nach Berlin zu verlegen. Bislang sitzt die Mehrheit der Ministerialen noch auf der Bonner Hardthöhe. Zudem solle die Zahl der Mitarbeiter im Ministerium von 3300 auf rund 1600 reduziert werden.

Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) hat bereits signalisiert, dass er die Richtung gutheißt. Mit kosmetischen Korrekturen sei es nicht mehr getan.

Ganz anders dagegen FDP-Chef Guido Westerwelle und sein Generalsekretär Christian Lindner. Die Zweiteilung zwischen Bonn und Berlin habe sich bewährt, konterte der Außenminister. Ähnlich äußerte sich Lindner.

> Westerwelle kämpft schon für »sein« Bonn

Die Äußerungen könnten innerhalb der FDP, aber auch zwischen Union und Liberalen noch zu Misshelligkeiten führen. Westerwelle setzt sich dem Verdacht aus, Kirchturmpolitik zugunsten seiner Heimat zu betreiben: Bonn ist der Wahlkreis des Chefliberalen. Auch Lindner ist Rheinländer.

Die Kommission geht mit den internen Strukturen des Verteidigungsministeriums hart ins Gericht. Sie entwirft das Bild einer Bürokratie, die es versäumt hat, sich aus den starren Verhältnissen des Kalten Krieges zu lösen. Statt sachgerechte Flexibilität und Kooperation an den Tag zu legen, die dem internationalen Wirken der deutschen Streitkräfte angemessen wären, herrschen offenbar Schwerfälligkeit und Eifersüchtelei unter den Abteilungen – ein bürokratisches Monster aus längst vergangenen Tagen. *Hans Heckel*

Gefiltertes Klima-Wissen

Blamage für Klimawandel-Warner – Tricksereien bei Wikipedia

Nach den groben Unregelmäßigkeiten im Weltklimarat IPCC mussten die Warner vor dem weltweiten Klimawandel eine weitere Blamage einstecken. Das Bild, das die Internet-Enyklopädie Wikipedia vom Klimageschehen lange gezeichnet hat, war – vorsichtig gesagt – wohl nicht ganz objektiv. Der britische Informatiker William Connolley hat seine Funktion als „Administrator" in der englischsprachigen Wikipedia dazu missbraucht, Informationen zu unterdrücken, die gegen eine menschengemachte Klimaerwärmung sprachen.

Nicht nur Sachartikel, sondern auch Biographien von „Klimaskeptikern" waren Gegenstand des Engagements von Connolley. Der 46-Jährige war bis 2007 bei einem britischen Polarforschungsinstitut beschäftigt und kandidierte auf regionaler Ebene für die britischen Grünen. Seine Beiträge in Wikipedia als „Klimaexperte" waren so umfangreich, dass sie vor fünf Jahren sogar von der renommierten Zeitung „Nature" gelobt wurden.

> Sachartikel und Biographien frisiert

Inzwischen ist die Gemeinschaft der Wikipedianer aufgewacht. Im Artikel über ihn heißt es seit kurzem: „Seine intensive Bearbeitung von Artikeln, die den Klimawandel betreffen, wurde zunehmend von der Wikipedia-Gemeinschaft als einseitig angesehen. Seine Bearbeitungsrechte in Wikipedia wurden daher beschnitten, zur Zeit ist er für die Bearbeitung von Klimawandelartikeln gesperrt."

Trotz unverändert starker Argumente für die Klimaerwärmung fragen sich nach diesem Vorgang wohl noch mehr Menschen, warum angeblich unbestreitbare Informationen mit solchen Methoden verbreitet werden „müssen". Unklar ist bisher, ob Connolley aus irregeleitetem Idealismus gehandelt hat oder ob seine Sysiphusarbeit von interessierter Seite bezahlt wurde. *K.B.*

MELDUNGEN

Große Mehrheit für Steinbach

Berlin – Mit satten 95 Prozent hat die Bundesversammmlung des Bundes der Vertriebenen am vergangenen Sonnabend Erika Steinbach als BdV-Präsidentin wiedergewählt. Die 170 Delegierten würdigten damit den geschickten Einsatz der CDU-Bundestagsabgeordneten für ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin. „Gewiss war dieses Ergebnis auch ein Zeichen der Solidarisierung nach den Anfeindungen, denen Frau Steinbach ausgesetzt war“, erklärte der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, gegenüber der *PAZ*. Er selbst wurde als einer der sechs Vizepräsidenten des BdV wiedergewählt – ebenfalls mit exzellentem Ergebnis (Bericht S. 13). *PAZ*



v. Gottberg

Das »Zentrum« nimmt Form an

Berlin – Der Stiftungsrat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ hat am Montag einstimmig die „Eckpunkte“ für die Dauerausstellung des geplanten Zentrums gegen Vertreibungen beschlossen. Das von Professor Manfred Kittel ausgearbeitete, 28 Seiten starke Konzept ist die Grundlage des Zentrums, das 2013/14 am ehemaligen Anhalter Bahnhof eröffnet werden soll. Die Sitzung leitete Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU). Anwesend waren alle Mitglieder anwesend außer den Vertretern des Zentralrats der Juden. Dessen Vizechef Salomon Korn bekräftigte das vorläufige Nein des Zentralrats zur Zusammenarbeit im Stiftungsrat. Eine ausführliche Berichterstattung soll folgen. *K.B.*

Die Schulden-Uhr:

Rekord bei Sozialhilfe

Menschen, die ohne Arbeit sind, aber noch arbeiten können, bekommen im ersten Jahr der Arbeitslosigkeit Arbeitslosengeld, danach Hartz IV. Menschen, die aber nicht in der Lage sind, Arbeit aufzunehmen, da sie zu krank, behindert oder zu alt sind, erhalten Sozialhilfe. 57 Prozent der 2009 insgesamt gezahlten 21 Milliarden Euro (knapp sechs Prozent mehr als 2008) wurden für die Eingliederungshilfe von Behinderten ausgegeben. Rund ein Fünftel der Gesamtausgaben wurde für die Grundsicherung, zumeist für Senioren, bei denen die Rente zu niedrig für den grundlegenden Lebensunterhalt ist, bezahlt. In den drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen wurde besonders viel Sozialhilfe ausgezahlt. *Bel*

1.724.438.655.775 €

Vorwoche: 1.722.306.740.634 €
Verschuldung pro Kopf: 21 094 €
Vorwoche: 21 068 €

(Dienstag, 26. Oktober 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Rechtsstaat darf Opfer nicht alleinlassen

Symposium zu Eigentumsrecht und Wiedergutmachung mit Experten aus Polen und Tschechien

Eine außergewöhnliche Fachtagung zum Problemkreis „Eigentumsrecht und Enteignungsunrecht“ hat die Studiengruppe für Politik und Völkerrecht in Bad Pyrmont durchgeführt. Hochrangige Staats- und Völkerrechtler aus dem In- und Ausland erörterten den Stand der Wiedergutmachung des Vertreibungsunrechts.

Während die Politik die Eigentumsfrage der Vertriebenen gerne für erledigt erklärt, gibt es doch gewisse Fortschritte: Eine Reihe von Staaten in Ostmittel- und Osteuropa hat durch entsprechende Gesetze und Gerichtsurteile mutig diese Unrechtsfolge der Vertreibung angepackt, auch das allgemeine Völkerrecht macht Fortschritte und verbessert die Lage von Vertriebenen.

Eine hochrangig besetzte Fachtagung von Staats- und Völkerrechtlern aus Polen und der Tschechischen Republik hat Anfang dieser Woche auf einem zweitägigen Symposium den Stand dieser Anstrengungen untersucht. Das Seminar fand in Zusammenarbeit mit der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen und der Landsmannschaft Ostpreußen statt. Die *Preußische Allgemeine Zeitung* dokumentiert nachfolgend in Auszügen die Einführungsworte von Prof. Hans-Detlef Horn (Marburg). Eine Berichterstattung über die Tagungsergebnisse soll folgen.

„Will das Recht auf Dauer seine sozialen Funktionen erfüllen, verlässlichen Frieden zu stiften und gerechte Ordnung zu schaffen, muss es auf dem Weg in die Zukunft die Fragen aus der Vergangenheit mitnehmen. Der Anspruch ist unentrinnbar. Nichts kann einfach von vorne beginnen, alles muss anknüpfen an das, was war. Auch und gerade das Recht ... Für den demokratischen Rechtsstaat gilt das Verbot des Vergessens, wo vergangenes Unrecht zukünftiges Recht beeinträchtigen kann ... Das Wort, das die Aufgabe bezeichnet, ist etwas sperrig. Es geht um ‚Vergangenheitsbewältigung‘.

Unter diesem Stichwort widmet sich unsere Tagung nun zum dritten Mal in Folge der rechtsstaatlichen Aufarbeitung der Folgen des nach dem Zweiten Weltkrieg geschehenen Vertreibungs- und Vermögensunrechts ...

Von Anfang an war es das Anliegen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, das Thema nicht nur aus nationaler, deutscher Sicht aufzunehmen, sondern die Bewältigung der Vertreibungs- und Enteignungsakte als das zu begreifen, was es auch ist: ein bilaterales und multinationales Thema ... Dementsprechend wirkten in der Vergangenheit immer auch ausländische Wissenschaftler aus Mittel-, Südost- und Osteuropa mit, und auch dieses Mal freue ich mich, dass wir zwei hervorragende Staats- und Völkerrechtler aus Polen und Tschechien gewinnen konnten.

Das Wort von der Vergangenheitsbewältigung ist für viele nach wie vor ein Reizwort, jedenfalls dort, wo es um die Folgenbeseitigung des Vertreibungsunrechts geht. Es verweist mehr auf Unerfülltes, eben Unbewältigtes, denn auf Abgearbeitetes und einen erreichten Zustand der Befriedung ... 65 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist eine allseitig akzeptierte Wiedergutmachung immer noch nicht zur Gänze gelungen. Wiedergutmachung begnügt sich nicht mit jenen – notwendigen – Anstrengungen der staatlichen Erinnerungskultur, die das geschehene Unrecht dem Prozess des Vergessens entwinden ... wollen. Wiedergutmachung verlangt mehr: Es muss auch etwas getan werden. **Wo staatliches Unrecht wütete, kann und darf der Rechtsstaat die Opfer und ihre Angehörigen mit den Folgen nicht allein lassen.** Schon gar nicht mit dem zynischen Hinweis, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass das Widerfahrene ein in der Vergangenheit abgeschlossener Vorgang sei und demzufolge gar keine Folgen aufweise, die in der Gegenwart (rechts-)erheblich seien.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Pflicht zu Wiedergutmachungsleistungen aus dem Sozialstaatsprinzip hergeleitet. **Eine effektive, gerechte und nicht-diskriminierende Wiedergutmachungspolitik**, ob nun im Wege der Naturalrestitution konfiszierter Güter, angemessener Entschädigung oder personenrechtlicher Rehabilitierung, **ist ein maßgebliches Kriterium eines rechtsstaatlichen demokratischen Gemeinwesens.** Der Anspruch richtet sich zuvörderst an Regierung und Gesetzgeber, im Rahmen der Gesetze ebenso an Verwaltung und Gerichte. Auf die Zurechnung der Unrechtstaten kommt es dabei nicht an. Der demokratische Rechtsstaat kann sich gegenüber seinen Bürgern nicht darauf zurückziehen, dass nicht er, sondern eine fremde Staatsmacht der Täter gewesen war. **Auch das Völkerrecht kennt mittlerweile die Verantwortlichkeit eines jeden Staates, schwerwiegende Rechtsverletzungen nicht nur nicht anzuerkennen, sondern aktiv für die Beendigung und Beseitigung der durch sie entstandenen Zustände zu sorgen.**

> »Das Völkerrecht kennt die Verantwortlichkeit eines jeden Staates, aktiv für die Beseitigung von Unrechtszuständen zu sorgen«

Auch unser drittes Symposion will hier ansetzen und nachhaken, damit sowohl Analysen als auch Beiträge zur Vergangenheitsbewältigung leisten. **Konkreter Hintergrund sind die neueren Entwicklungen in Politik und Rechtsprechung.** Hier zeigen sich manche positiven Ansätze eines stärker gewordenen Rechtsbewusstseins, aber ebenso weiterhin beharrliche Defizite. **Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten bei der Wiedergutmachung der vertreibungsbedingten Unrechtsfolgen, insbesondere der erlittenen Eigentumsverluste, sind nach wie vor unverkennbar.**

Gewiss, die Restitution von Eigentum oder auch nur die Leistung von Entschädigungszahlungen an die früher Berechtigten oder ihre Rechtsnachfolger stößt auf komplexe Gerechtigkeitsprobleme, auf administrative Hindernisse, auf handfeste fiskalische Interessen und/oder auf politisch-emotionale Ressentiments, im innerstaatlichen Raum ebenso wie im bi- und internationalen Verhältnis. **Worum es aber gehen muss, das ist, das Thema seiner politischen Manipulierung und Instrumentalisierung, vor allem aber seiner Tabuisierung zu entreißen und den Diskurs über die Gerechtigkeit der Vergangenheitsbewältigung offen und national wie grenzüberschreitend im Einklang zu halten mit den fundamentalen Prinzipien von Recht, Freiheit und Eigentum,** auf die unser Beieinanderleben in Gegenwart und Zukunft gegründet ist.

In diesem Sinne wird Herr Prof. Dr. Depenheuer uns zunächst den Rahmen ausleuchten, in dem der Umgang mit ‚altem Eigentum‘ aus staatsphilosophischer und eigentumsgrundrechtlicher Warte steht: zwischen Vergessen, Erinnern und Wiedergutmachung. Herr Privatdozent Dr. Folz befragt sodann die von der International Law Commission zusammengefaßten Völkerrechtsregeln zur allgemeinen Staatenverantwortlichkeit, ob und inwieweit sie als Rechtsquelle für eine effektive und nicht-diskriminierende Restitutions- und Rehabilitierungspolitik zu begreifen sind.

Steht schon dabei auch **die Folgenbewältigung der sogenannten Boden- und Industriereform in der SBZ der Jahre 1945 bis 1949** im Hintergrund der Reflexion, so schärft sich der prüfende Blick im Folgenden. Herr Rechtsanwalt und Notar Wendenburg setzt sich mit der Behandlung von Eigentumsrestitutionsansprüchen in Gesetzgebung und Rechtsprechung auseinander und begutachtet die Entwicklung der Kompensationsregeln zum begünstigten Flächenerwerb. Herr Ministerialrat Dr. Rodenbach gibt vor allem einige Hintergrundinformationen aus der Vollzugspraxis im Rückgabe-, Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsrecht, bevor Herr Rechtsanwalt Dr. Wasmuth unter Anführung historischen Aktenmaterials darlegt, dass die Vertreibungs- und Konfiskationsmaßnahmen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage entgegen der undifferenzierten Würdigung in der Rechtsprechung explizit Strafcharakter hatten und daher rehabilitierungsrechtlich auch dementsprechend behandelt werden müssten.

Schließlich geht es um den Stand und die Perspektiven der staatlichen Wiedergutmachungspolitiken in Tschechien und Polen. Nachdem in Folge der EU-Beitritte der beiden Nachbarländer auch für die nach 1945 aus dem Sudetenland und den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie vertriebenen Deutschen wieder die Freiheit besteht, sich in der alten Heimat niederzulassen und dort einer wirtschaftlichen Betätigung nachzugehen, – eine Freiheit, die, obgleich unionsrechtliche Selbstverständlichkeit, durchaus auch als Korrektur perpetuierter Unrechtslagen begriffen werden kann – **ist eine diskriminierungsfreie, die alten Staatsdekrete überwindende Regelung von Eigentumsrestitution oder Enteignungsentschädigung das einzige noch verbliebene Problemfeld.** Zur Lage und Haltung in Tschechien berichtet Herr Prof. Dr. Filip aus Brünn, über den Stand und die Standpunkte in Polen referiert Herr Prof. Dr. Wróbel, Richter am Obersten Gericht in Warschau.

(Hervorhebungen durch die Redaktion der PAZ.)



Foto: Horn/Gierlich (Kulturstiftung)

Ein hochrangiger Referentenkreis (v.l.n.r.): RA Dr. Johannes Wasmuth (München), Hans-Günther Parplies (Bonn), Prof. Dr. Andrzej Wróbel (Warschau), Prof. Dr. Hans-Detlef Horn (Marburg), Prof. Dr. Gilbert H. Gornig (Marburg), Prof. Dr. Jan Filip (Brünn) und Dr. Hans-Peter Folz (Augsburg). Nicht im Bild: Prof. Dr. Otto Depenheuer (Köln), Rechtsanwalt und Notar Albrecht Wendenburg (Celle) und Ministerialrat Dr. Hermann-Josef Rodenbach (Bundesministerium der Finanzen, Berlin)

Halb Europa ist von Deutschland enttäuscht

Fauler Kompromiss mit Paris schlägt weiter hohe Wellen – Zuletzt auch Kritik innerhalb der CDU

Der angekündigte Stabilitätshammer drohe zum harmlosen Wattestäbchen zu werden, kritisierte der Präsident des CDU-Wirtschaftsrates Kurt Lauk die EU-Pläne zur Reform des Euro-Stabilitätspaktes. Mit welchen Strafen gebe es keinen harten Euro, so Lauk. Und er ist nur einer von vielen, dem der deutsch-französische Kompromiss missfällt.

Vor allen in nördlichen EU-Staaten, den Niederlanden, Österreich und Luxemburg sowie bei der Europäischen Zentralbank reagierte man ablehnend auf den Umstand, dass Frankreich und Deutschland allein wesentliche Entscheidungen vorwegzunehmen beabsichtigen und Berlin dem Drängen aus Paris nachgab. So verärgerte der deutsche Verzicht auf automatische Sanktionen gegen Defizitsünder jene Länder, die einen stabilen Euro wünschen. Die angedachte sechsmonatige Gnadenfrist für Schuldenländer, bevor Sanktionen angedacht werden, zeuge zudem von wenig Durchsetzungskraft. Und die Tatsache, dass Sanktionen dann weiterhin mit qualifizierter Mehrheit im EU-Ministerrat beschlossen werden müssen, würde diese absolut unwahrscheinlich machen. Bislang habe die EU-Kommission 22 Mal ein Defizitverfahren eingeleitet, aber „nie wurden Sanktionen verhängt“, klagte auch der deutsche Außenminister Guido Westerwelle (FDP), bevor er dann wenige Tage später beim Gipfeltreffen der EU-Außenminister in Luxemburg Merkels Linie vertrat.

Die Kanzlerin glaubt, mit dem Hinweis, dass Deutschland sich überlege, nicht länger als bis 2013 für seinen Anteil am Euro-Rettungsschirm zu haften, genügend Druck für eine Änderung des EU-Vertrages erzeugen zu können. Diese Änderung solle dann wirklich eine Verschärfung des Stabilitätspaktes enthalten inklusive Entzug des Stimmrechts für unbelehrbare Defizitsünder. Doch dies erzeugte nun Widerspruch gerade bei jenen Ländern, die durchaus härtere Maßnahmen wünschen. Ein Entzug des Stimmrechtes sei entwürdigend, und außerdem sei eine Änderung der EU-Verträge einfach nicht realistisch. Das dürfte auch der Grund sein, warum der französische Präsident Nicolas Sarkozy Merkels Plan zur Verschärfung der Stabilitätsregeln in den EU-Verträgen befürwortet, schließlich hat er diese damit in eine ferne Zukunft verschoben. Der EU-Vertrag muss nämlich einstimmig geändert werden, alle 27 Mitgliedsländer müssen diese Änderungen ihren Parlamenten zur Abstimmung vorlegen, und in Irland muss sogar ein Referendum dafür durchgeführt werden. So etwas dauert ewig, eine Einstimmigkeit ist äußerst unwahrscheinlich, und außerdem wollen die meisten EU-Regierungschefs eine nationale Debatte über den in der Bevölkerung ungeliebten EU-Vertrag vermeiden.

> Strengere Regeln für die Stabilität des Euros wurden verschoben

Zudem wird demnächst sowieso noch oft genug über die EU diskutiert werden. Schließlich fordert die EU-Kommission im Rahmen der aktuellen EU-Haushaltsdebatte das Recht, eine eigene Steuer zu erheben, und will bald Vorschläge über Art und Umfang vorlegen. Deutschland ist derzeit noch strikt dagegen, allerdings dürfte das Brüssel nicht schrecken, schließlich hat Berlin allein in diesem Jahr mehrfach nachgegeben. *Bel*

Die Klippen von Stuttgart

Von Olaf Jensen

Klaus Wowereit beherrscht die Kunst, seine Gegner von aufreizend hohem Ross herab abzufertigen. Das heißt: Er beherrschte sie bislang. Dieser Tage beschlagen am Berliner Rathaus die Fenster, weil drinnen das große Schwitzen begonnen hat. Der Grund für die steigende Nervosität im rot-roten Senatslager heißt Renate Künast. Die grüne Fraktionschefin im Bundestag will am 5. November eine große Rede halten und, so vermuten die Beobachter, die offene Schlacht anzetteln: An jenem Tag will sich Renate Künast gegenüber den Mitgliedern der Berliner Grünen erklären.

Es wird erwartet, dass sie ihre Kandidatur für das Bürgermeisteramt bei den nächsten Landtagswahlen im September 2011 anmelden wird. Alles andere wäre eine Überraschung. Die Grünen sind in Berlin noch höher in den Umfragegipfel aufgestiegen als auf Bundesebene: Die jüngste Forsa-Umfrage gibt ihnen an der Spree 30 Prozent – stärkste Partei! Die SPD folgt mit 26, ihr dunkelroter Rathauspartner mit 15 Prozent.

Elend abgeschlagen die bürgerlichen Parteien: Die CDU erhielte mit 16 Prozent kaum mehr Stimmen als die FDP bei den vergangenen Bundestagswahlen, die Liberalen selbst wären mit drei Prozent von der landesparlamentarischen Bühne verschwunden. Erstaunlich hoch rangieren die „Sonstigen" mit zehn Prozent.

Auf Bundesebene versucht die SPD die Grünen als verwöhnte Schicki-Micki-Truppe zu entlarven, die sich ein nettes Image zugelegt habe, ohne die Probleme ernsthaft anzugehen. Deshalb seien sie nun jedermanns Liebling, doch in den Klippen des harten Alltags würden sie schon noch auflaufen. Sich selbst stellt die SPD demgegenüber als Selbstbild vom kernigen Wohnblock-Sozi dar, der zwar keine Ahnung hat, wie Prosecco schmeckt, dafür umso besser Bescheid weiß um die echten Sorgen der kleinen Leute. Und sich eben auch mal unbeliebt macht, wenn es sein muss.

Leider funktioniert diese Tour in Berlin nicht so recht. Schuld ist ausgerechnet Wowereit. Zu lange hat er sich als süffisant lächelnder, Sektglas schwingender Dandy selbst in Szene gesetzt. Da nimmt ihm die neue Kernigkeit kaum jemand ab.

Den Grünen lauert eine ganz andere Gefahr: Sollte die Partei nach der März-Wahl in Baden-Württemberg dort an die Regierung kommen, wird ihr „Stuttgart 21" so oder so auf die Füße fallen: Entweder als Milliarden-Forderungen von Firmen im Falle des Baustopps oder als gewaltige Wählerenttäuschung im Fall des Weiterbaus. Dann könnte es sogar für die eloquente Künast noch einmal eng werden. Mit dem schönen Schein der Wünsch-Dir-Was-Partei dürfte es dann nämlich vorbei sein.

Der Politik den Rücken gekehrt

Studie: Brandenburgs Jugend ist pragmatisch und zuversichtlich – Vertrauen in Parteien sinkt



Durch Abwanderung und Geburtenschwund leidet Brandenburg zunehmend unter einem dramatischen Fachkräftemangel: Schüler zu Besuch im Überbetrieblichen Ausbildungszentrum in Friesack im Havelland

Bild: pa

Brandenburgs junge Generation ist pragmatisch, verspricht sich wenig von Politik und sieht mit Engagement und Leistungswillen zunehmend positiv in die Zukunft, so das Ergebnis einer aktuellen Jugendstudie.

Die „7. Untersuchung zur Lebenssituation Brandenburgischer Jugendlicher" bei 3100 Jugendlichen unter 20 Jahren entstammt dem Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam. Das Institut und sein Direktor Dietmar Sturzbecher sind noch in anderen Bereichen tätig, so bei der „Entwicklung kommunaler Strategien gegen Extremismus (EKSE)". Dabei werden „Projekte und Maßnahmen, mit denen in Brandenburg seit den 1990er Jahren schon erfolgreich gegen Rechtsextremismus vorgegangen wurde, im Hinblick auf Transfermöglichkeiten untersucht", heißt es.

Bei der aktuellen Untersuchung geht es dem Auftrag nach nicht um solchen Transfer, sondern um die Fortsetzung einer Reihe, die seit 1991 vor allem „wendebedingte" Änderungen im Leben junger Brandenburger erklären soll. Die Befragung ist bemüht, das ganze Leben zu erfassen: Schule, Fahrt dorthin, Einstellung zur Zukunft oder zur Gewalt, die seltener toleriert wird. Die zufällig an Schulen und Oberstufenzentren Befragten sahen sich zudem mit Fragen zu „Politikverdrossenheit", „politischer Partizipationsbereitschaft", „Rechtsextremismus" und „Ausländerfeindlichkeit" konfrontiert. Die ersten Fragen zielten auf „Werte, Zukunftserwartungen und Migrationswünsche".

Letzteres beschönigt dabei den bisher von vielen erlebten Zwang, Brandenburg für Ausbildung oder Beruf zu verlassen. Mittlerweile aber besteht Hoffnung, dass immer mehr eine Chance in der Heimat sehen. Zwar ist der Ruf des Landes besonders bei jungen Frauen in dieser Hinsicht nach wie vor schlecht – sie wandern eher ab als junge Männer. Doch das ändert sich offenbar langsam, wie die Untersuchung ergab.

Das Papier macht deutlich: Erfüllende Arbeit und genussvolles Leben stehen hoch im Kurs, Gesundheit ist wichtiger geworden. Die Unterkategorien „Vertreten der eigenen Meinung" und „aktive Teilnahme am politischen Leben" erregen dagegen messbar weniger Interesse bei der Jugend als einst. Aktives politisches Engagement hat den geringsten Stellenwert aller Fragen. Das ist relativ neu, denn bis 2005 hatte das Interesse daran noch stetig zugenommen. Nur 32 Prozent schätzen heute politischen Einsatz noch als „bedeutsam" (2005: 37 Prozent). Politisches Interesse lässt bei Mädchen und über 18-Jährigen am meisten zu wünschen übrig. Die selbsteingeschätzte Politikkompetenz erhöhte sich dem gegenüber.

> Noch immer verlassen zu viele ihre Heimat

Politikverdrossenheit herrscht weiter bei über 80 Prozent der Jugendlichen – eine Abnahme um Promillepunkte, von der Studie als Erfolg verbucht. Statt hier Zusammenhänge zu erhellen, widmen sich die Wissenschaftler jedoch lieber linken Modethemen wie Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Dem von ihnen selbst gemessenen deutlichen Rückgang bei beidem begegnen die Forscher mit Skepsis: „Ungeachtet dieser positiven Entwicklung ist die Zustimmung zu einzelnen Indikatoren jedoch höher. Rund 40 Prozent der Jugendlichen sind beispielsweise der Meinung, dass es zu viele Ausländer in Brandenburg geben würde."

Linke Extreme interessieren erstaunlicherweise gar nicht. Dabei definieren die Macher rechtsextrem unter anderem als „Autoritarismus". Sprich, wer Autoritäten oder weniger Zuwanderung befürwortet, ist ein potenzieller Rechtsextremist. Trotz solch methodischer Sichtblenden fördern die Forscher auch brauchbare Ergebnisse zutage. So wächst ihrer Untersuchung zufolge der Stellenwert von Familie, obwohl nur noch gerade die Hälfte der befragten jungen Leute in einer klassischen Familie lebt. Auch wächst der „berufsbezogene Zukunftsoptimismus". Zweifelten 2005 noch 45 Prozent in der Region daran, je ihren Traumberuf zu finden, tun dies 2010 nur noch 30 Prozent. Die Studie legt nahe: Gefühlte Chancen nähern sich den Daten des Arbeitsmarktes. Jugendarbeitslosigkeit nimmt in Brandenburg deutlich stärker ab als im Bundesschnitt, auch wenn lokal starke Unterschiede in der Mark problematisch bleiben: Lag sie bei unter 25-Jährigen 2004 noch bei 17,7 Prozent (Bundesdurchschnitt: 11,6) ist sie inzwischen bei 11,5 (Bund: 8,8) angekommen. Anstellungen mit Sozialversicherungspflicht nahmen selbst in der Wirtschaftskrise zu. Maßnahmen für Fortbildung und Arbeitsbeschaffung konnten entsprechend zurückgefahren werden. Und die miserable demographische Entwicklung eröffnet dem Nachwuchs immer bessere Chancen: Bis 2015 benötigt Brandenburg 200000 zusätzliche Fachkräfte, schätzt die Landesregierung. Doch die Geburtenrate liegt „40 bis 50 Prozent unter dem Niveau, das für eine stabile Bevölkerungsentwicklung erforderlich ist", mahnte Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) bereits 2004.

Trotz bundesweit derzeit großer wirtschaftlicher Dynamik ist der Brandenburg-Boom daher bereits von Arbeitskräftemangel bedroht – durch Altern und Ausdünnen der Gesellschaft, was Firmen bald abschrecken könnte, hier zu investieren. So sehen Experten bis 2030 anhaltendes Wachstum nur im direkten Umland von Berlin. Die aktuelle Studie sowie Zahlen der Industrie- und Handelskammer zeigen, dass manche Jugendliche dies genauso sehen: Sie schauen sich nicht nach Stellen in Brandenburg um, sondern gehen gleich in die Hauptstadt.

Sverre Gutschmidt

Lästiger Schatten

Wulff-Vertrauter Karp im Affärensumpf

Bundespräsident Christian Wulff hat ein Problem, und das heißt Markus Karp (44, CDU). Der einstige Organisator von Wulffs Wahlsieg zum Ministerpräsidenten Niedersachsens 2003 steht gleich von zwei Seiten unter Beschuss. Das Land Brandenburg will seinem Universitäts-Professor und Ex-Staatssekretär, derzeit Vorstand der Stadtwerke Wolfsburg, 90000 Euro Pensionsansprüche aberkennen. Karp wird zudem mit einer Spendenaffäre der Niedersachsen-CDU in Zusammenhang gebracht.

Die Staatsanwaltschaft Braunschweig ermittelt wegen Untreue und illegaler Wahlkampfhilfe. Jüngst beschlagnahmte Akten könnten auch Wulff belasten. Karp soll CDU-Aktivitäten aus der Stadtwerke-Kasse finanziert und einen Mitarbeiter beauftragt haben, Wahlkampf in der Arbeitszeit zu betreiben. Der beschuldigt Karp jetzt. Vordergründig geht es um unerlaubte Nebentätigkeit, nicht gemeldete Einkünfte sowie einen Schaden für Brandenburg, weil Karp eigentlich dort noch als Professor verbeamtet und bis 2015 dauerbeurlaubt ist.

Die Affäre wirft einen Schatten auf Wulffs Personalpolitik. Er holte Karp nach Hannover. Nach wie vor eng sind auch andere Wulff-Bindungen aus dieser Zeit: Der Ex-Pressesprecher der Niedersachsen-CDU und Karp-Gegenspieler Olaf Glaeseker ist jetzt Sprecher des Bundespräsidenten. Wulff holte zudem Johanna Wanka (CDU) unmittelbar vor Ende seiner Ministerpräsidentschaft als Wissenschaftsministerin in sein Kabinett. In Wankas Zeit als Brandenburgs Wissenschaftsministerin erhielt Karp die dubiose Beurlaubung, mit der er laut der Regierung Brandenburgs dem Land einen Schaden von 90000 zugefügt hat – weil ihm das Geld nicht zustehe. Wanka will in diese Entscheidung nicht eingegriffen haben – und Wulff?

SV

Rot-Rot verdrängt Arme und Alte

Sanierungspolitik des Berliner Senats drückt sozial Schwache an den Stadtrand

Zwei Milliarden Euro bringt Berlin bisher für elf Sanierungsgebiete auf. Es geht, so der Senat, um gute Quartiere, familienfreundliche Umgebungen und die Umwelt. Während die Mieten allgemein steigen und die Stadt beim sozialen Wohnen spart, bleibt für Alteingesessene allerdings wenig vom Sanierungssegen. Der Verdacht: Rot-Rot fördere auch Luxuswohnen und nehme den damit wachsenden Miet-Druck auf weniger Bemittelte in Kauf.

Das rund 34 Hektar große Areal Winsstraße in Prenzlauer Berg mit 5000 Wohnungen gilt als Sanierungsfläche: Viele Altbauten, kaum Kriegsschäden. Ein Großteil der Umgestaltung ist bereits vollzogen. Schulen wurden renoviert, Seniorenwohnen ermöglicht, das Areal bekam gar den Preis „Soziale Stadt". Dennoch regt sich Kritik. Eine Studie zeigt: Von heute gut 8000 Bewohnern wohnten nur rund 16 Prozent schon Anfang der 90er Jahre und somit vor Sanierungsbeginn hier. Ein massiver Bevölkerungsaustausch begleitete demnach den Umbau.

Rund 54 Prozent der Bewohner sind jetzt junge Erwachsene (18 bis 45 Jahre), berlinweit sind es 28 Prozent. Gut 76 Prozent der jetzigen Mieter sind Akademiker, Anfang der 90er Jahre waren es nur rund 17 Prozent. Demnach gelang es zwar, Kinder ins Viertel zu holen (34 Prozent der Bewohner haben welche), aber auf Kosten der Alten und Armen. Berlin fördert derzeit sieben Gebiete. Die Sanierungen dauern ein Jahrzehnt oder länger. Während der Zeit hat sich gerade in Trend-Bezirken die Sozialstruktur verbessert.

> Arbeiterkieze werden zu Akademikervierteln

Unter den derzeit geförderten Kiezen finden sich gehobene Quartiere im Szeneviertel Prenzlauer Berg. So wird der dortige Helmholtzplatz trotz fertigem neuen Grün und Spielplatz weiter im Sanierungsplan gehalten. Unter den Anwohnern sind längst viele wohlhabende Neu-Berliner. Das zentrumsnahe, entsprechend markttaugliche Niederschöneweide (Treptow) steht auch nach Austausch belasteter Böden, Bepflanzungen und der Restaurierung alter Industriebauten bis 2012 auf dem Förderplan.

Der Druck auf viele Sozialmieter, aus der Stadt an den Rand zu ziehen, wachse, kritisieren Sozialverbände. Das Fazit des Berliner Mietervereins fällt drastisch aus: „Häuser saniert, Bewohner ausgetauscht." „In Friedrichshain wurden Mietaufschläge von 40 Prozent festgestellt" – nach Sanierung, sagt der Mieterverein. Das gesamte soziale Fördersystem greife nicht mehr. Die Folgen trügen die „Heraussanierten".

Ein aktueller Bericht der Stadtentwicklungsverwaltung liest sich anders. Das dortige Lob gilt dem nachher „überdurchschnittlich hohen Anteil an Kleinkindern". Auch die Zunahme der Einwohnerzahlen nach Sanierung hebt das Papier positiv hervor. Inzwischen haben die Grünen das Thema für sich entdeckt, wollen ihrer Ansicht nach mehr bedürftige Viertel als bisher, so in Neukölln, fördern. Doch selbst im Falle ihrer Regierungsbeteiligung ist die Zeit für rein soziales Sanieren abgelaufen: Die Umgestaltung funktioniert nach dem Schneeballsystem. Die Stadt kann bis zu drei Jahre nach der Aufwertung Geld von den Wohneigentümern einfordern. Erst mit diesen Mitteln lassen sich andernorts neue Sanierungen anschieben, weshalb die Mieten in den Sanierungsgebieten erst steigen müssen, damit das Programm weiterlaufen kann.

SV

Europa rückt schnell zusammen

Grenzüberschreitenden Hochgeschwindigkeitszügen gehört die Zukunft

Europa wächst immer schneller zusammen. Das grenzüberschreitende Netz von Hochgeschwindigkeitszügen wird dichter. Deutschland kann davon verkehrspolitisch und wirtschaftlich profitieren.

Mit Tempo 300 quer durch Europa – als vor 175 Jahren, am 7. Dezember 1835, Deutschlands erste Eisenbahn von Nürnberg nach Fürth zuckelte, hätte niemand einen solch kühnen Traum gewagt. Was das Tempo betrifft, ist der Traum längst Wirklichkeit. Der französische TGV (Train à grande vitesse) hat es vorgemacht, der deutsche ICE kann es inzwischen sogar noch besser. Geschwindigkeiten bis zu 350 Stundenkilometer sind keine Hexerei, sondern europäischer Eisenbahn-Alltag. Und niemand weiß, wo die technisch machbare Grenze für das konventionelle Rad-Schiene-System liegt – ansonsten können wir ja irgendwann vielleicht die in Deutschland entwickelte, für Tempo 600 taugliche Magnetschwebetechnik von den Chinesen zurückkaufen.

Ob TGV oder ICE, wenn sie die europäischen Metropolen und Ballungsgebiete so schnell, komfortabel und preisgünstig verbinden sollen, dass sie mit Flugzeug und Auto konkurrenzfähig sind, brauchen sie eine grenzüberschreitende Infrastruktur. Diese zu schaffen, wäre die ureigenste Aufgabe der Europäischen Union.

In der Tat hat Brüssel im Rahmen des sogenannten TEN-Programms (Trans-European Networks) bereits 1996 Leitlinien für ein europäisches Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnnetz aufgelegt. Es legt eine Reihe von großräumigen Verkehrsachsen fest, sowohl in Nord-Süd- als auch in West-Ost-Richtung. Fünf von ihnen haben Vorrangcharakter, darunter die als „Magistrale für Europa“ bezeichnete Achse Paris–Straßburg–Stuttgart–München –Wien–Pressburg. Darin eingebettet ist das derzeit heftig umstrittene Projekt Stuttgart 21, das ja weit mehr beinhaltet als nur den Neubau eines Bahnhofs. Würde es scheitern, bliebe die Magistrale an zentraler Stelle unterbrochen.

Dies wiederum hätte auf das gesamte europäische Netz schädliche Auswirkungen, worauf die Schweizer gerade erst beim Durchschlag des Gotthard-Tunnels zu Recht hingewiesen haben – die Eidgenossen, obwohl gar nicht EU-Mitglied, machen ihre europäischen Hausaufgaben, während die deutschen EU-Musterknaben protestieren und prozessieren.

Die einen bauen, die anderen protestieren und prozessieren

Weitere Deutschland tangierende TEN-Projekte sind die Achse Berlin–Palermo mit dem – ebenfalls bereits als „umstritten“ ausgemachten – Brenner-Basistunnel (als Nr. 1 eingestuft) sowie das Projekt PBKAL (Paris, Brüssel, Köln, Amsterdam, London), in das nach deutschen und britischen Vorstellungen auch Frankfurt aufgenommen werden sollte.

Die Strecken dieses europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes müssen nicht nur vom Gleisbau her für Tempo 350 ausgelegt sein. Vor allem die Signal- und Sicherheitstechnik muss harmonisiert werden. Dies versucht Brüssel seit 14 Jahren mit ETCS (European Train Control System), einem einheitlichen Zugbeeinflussungssystem, das inzwischen in Italien und der Schweiz erfolgreich erprobt und nun auch in anderen Ländern, darunter Deutschland, eingesetzt wird.

Für Deutschland hat das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz nicht nur verkehrspolitische, sondern auch wirtschaftliche Bedeutung. Die neueste ICE-3-Baureihe von Siemens kann in fast allen Ländern eingesetzt werden und ist dabei, zum milliardenschweren Exportschlager heranzuwachsen. Mit Blick auf Stuttgart 21 gilt hier aber dasselbe wie beim Transrapid: Wer moderne Technik im eigenen Land nicht einsetzen will, wird sie auch im Ausland nicht verkaufen können.

Hans-Jürgen Mahlitz



Ein Mitarbeiter von Siemens arbeitet im Siemens-Werk an einem Triebwagen des ICE 3: Der intern als Baureihe 407 bezeichnete Zug soll Ende 2011 in Betrieb gehen. Bild: AP

Zeitzeugen



George Stephenson – Der 1781 geborene englische Ingenieur baute 1814 seine erste Dampflokomotive. Sie wurde in einer Kohlengrube eingesetzt. Am 27. September 1825 fuhr unter seiner Leitung zwischen Stockton und Darlington die erste öffentliche Eisenbahn der Welt. Auch die Lok, die 1835 Deutschlands ersten Zug zog, war von ihm gebaut.

Friedrich List – Der deutsche Wirtschaftswissenschaftler (1789–1846) griff als erster die technischen Neuerungen aus England auf, insbesondere die Erfindungen Stephensons. Seine Vision: Ein „deutsches Eisenbahnsystem“ sollte entscheidend dazu beitragen, die Zerstückelung in 39 souveräne Staaten des Deutschen Bundes zu überwinden. So sollte Deutschland beim Einstieg in das Industriezeitalter gegenüber England aufholen. Angeregt von seinen Ideen entstand in Nürnberg die „Königl. privilegierte Ludwigs-Eisenbahn-Gesellschaft“, Betreiber der ersten deutschen Eisenbahn.

Hermann Kemper – Der 1892 in Nortrup/Osnabrück geborene deutsche Ingenieur gilt als Erfinder des Transrapid. 1934 ließ er beim Reichspatentamt unter der Nummer 643316 die Erfindung einer „Schwebebahn mit räderlosen Fahrzeugen, die an eisernen Fahrschienen mittels magnetischer Felder schwebend entlang geführt wird“, eintragen. 1972 erhielt er als Würdigung seiner Forschungsleistungen das Bundesverdienstkreuz. Bis Ende des Jahrhunderts wurde seine Erfindung einsatzreif entwickelt, der Bau einer Referenzstrecke in Deutschland scheiterte aber an politischen und ideologischen Widerständen. Die einzige kommerzielle Strecke betreibt China mit deutscher Technik. Technisch wäre der Transrapid in der Lage, da anzuknüpfen, wo die konventionelle Eisenbahn an ihre Tempogrenzen stößt.



Rüdiger Grube – Der 1951 in Hamburg geborene Manager und gelernte Flugzeugbauer ist seit 1. Mai 2009 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG. Er übernahm die Leitung des Verkehrskonzerns in einer äußerst schwierigen Phase. Sein Vorgänger Hartmut Mehdorn war durch eine Serie von Pannen und durch seine auf einen baldigen Börsengang fixierte Geschäftspolitik in Misskredit geraten. Grube stand – und steht immer noch – vor der schwierigen Aufgabe, das Unternehmen Deutsche Bahn wieder auf ein ruhigeres Gleis zu setzen. Zunächst schien ihm das zu gelingen. Nun steht er im Streit um Stuttgart 21 wieder an vorderster Front – mit welchem Erfolg, ist noch ungewiss.

Schlichtung als Fernseh-Spektakel

Unter recht hohem Publikumsinteresse begann am vergangenen Freitag der inhaltliche Teil der Schlichtungsgespräche über das Bahnhofsprojekt Stuttgart 21. Das Interesse war beachtlich, die Übertragung der fast neunstündigen Debatte im Sender Phoenix erreichte die zeithöchste Quote, die der 1997 gegründete Sender je verzeichnen konnte.

Der inhaltliche Nutzen war allerdings begrenzt. Schlichter Heiner Geißler drängte die Experten immer wieder zu „fernsehgemäßer“ Aussprache. Doch nicht jeder Sachverständige ist Talkshow-geeignet, abgesehen davon, dass es Sachverhalte gibt, die sich beim besten Willen nicht in Sätze packen lassen, die ein wenig vorbereitetes Millionenpublikum verstehen würde.

Gespräche mit ganz eigener Logik

Bestens präpariert sind hingegen die Teilnehmer der Gesprächsrunden, aber ihnen geht es nicht um neue Einsichten, sondern nur darum, ihre Meinung zu popularisieren. Bei echten Schlichtungen gehen die Teilnehmer mit völlig anderen Absichten in die Gespräche. Hier spielt die Außenwirkung keine Rolle, gesucht wird nach Kompromissen, wo es im Falle Stuttgart 21 doch nur um eine Ja-Nein-Entscheidung geht.

Nicht nur deswegen blieb ein merkwürdiges Gefühl zurück. Geißler gab offen zu verstehen, dass die bis Ende November laufenden Gespräche im Grunde wie das Hornberger Schießen enden müssen. Was die Beteiligten mit den Diskussionsergebnissen täten, sei dann ihre Sache. Also formieren sich die Bataillone neu. Die Grünen als Hauptgegner des Projekts kämpfen vor allem gegen die zunehmende Überzeugung, auch sie würden – selbst im Falle eines Wahlsieges im März – das angefangene Verkehrsprojekt fertigstellen. *K. B.*

Protektionismus à la France

Wie Paris Siemens und Deutsche Bahn entgleisen lassen will

Mit immer neuen Tricks versucht Frankreich, Deutschland von England fernzuhalten. Freilich geht es diesmal nicht um uralte Invasionsängste, sondern um ein 600-Millionen-Euro-Geschäft. So viel kosten die zehn Hochgeschwindigkeitszüge, die der Betreiber des Kanaltunnels bei Siemens bestellt hat; sie sollen – möglichst ab 2013 – Großbritannien per Schiene mit dem Kontinent verbinden.

Tunnelbetreiber Eurostar gehört mehrheitlich der französischen Staatsbahn SNCF. Deren bisheriger Haus- und Hoflieferant Alstom baut den französischen Hochgeschwindigkeitszug TGV, der unter anderem auch die Kanaltunnelstrecke exklusiv bedient. Der französische Staat war größter Aktionär von Alstom, bis er 2006 seine Anteile an die ebenfalls eher staatsnahe Unternehmensgruppe Bouygues verkaufte.

Die Tunnelstrecke, die London mit dem Festland verbindet, ist bislang nur zu knapp 50 Prozent ausgelastet – Rentabilität sieht anders aus. Daher setzt die Eurostar Group auf eine direkte Anbindung des deutschen Verkehrsraums, also an das Netz der Deutschen Bahn. Die wiederum favorisiert natürlich ihren Stammlieferanten Siemens, der gerade eine neue Baureihe des ICE 3 (Baureihe 407) aufgelegt hat. Das 200 Meter lange Hochgeschwindigkeitsgefährt ist voll mehrheitssystemfähig, kann vier verschiedene Stromspannungen in Tempo umsetzen und beherrscht alle derzeit in Zentraleuropa gängigen Signal- und Sicherheitssysteme. Ein „echter Europäer“ also, wie die Bahn stolz vermerkt.

Der neue ICE 3: Ein Multitalent und »echter Europäer«

Die Qualitäten des neuen Siemens-Paradezuges – dazu zählt auch eine hitzewellentaugliche Klimaanlage – überzeugten die Kanaltunnelbetreiber. Das Votum für den Kauf von zehn Exemplaren fiel im entscheidenden Expertengremium von Eurostar mit Zustimmung der französischen Regierungsvertreterin Francoise Deygout. Damit war Madame's internationale Karriere beendet; obwohl sie von Briten und Deutschen als „kompetente und kooperative Expertin“ geschätzt wurde, zog Paris sie flugs aus dem Gremium zurück. Verkehrsminister Dominique Bussereau qualifizierte den Großauftrag an Siemens als „null und nichtig“ ab, Alstom reichte vor einem Londoner Gericht Klage ein.

Die französischen Aktionen gegen den lästigen deutschen Konkurrenten stützen sich auf zwei Argumente: Angeblich erfüllt der ICE die Sicherheitsbestimmungen nicht, da er nur 200 Meter lang ist, die Notausgänge zur Rettungsröhre aber 400 Meter weit auseinanderliegen; ferner verstoße die ICE-Bauart mit einzeln angetriebenen Achsen (statt vorn und hinten je einer konventionellen Lok) gegen die Sicherheitsregeln.

Punkt 1 hat sich durch Tests mit 300 britischen Studenten erledigt: Die Not-Evakuierung des ICE lief völlig reibungslos. Und Punkt 2 erledigt Alstom selber: Sein neues Modell AGV, als Nachfolger des TGV vorgesehen, verfügt ebenfalls über Einzelachs-Antrieb. Dümmer kann Protektionismus eigentlich nicht mehr betrieben werden.

H.J.M.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Meinungsfreiheit ist immer gefährlich

Bundesverfassungsrichter Masing stößt Debatte über NS-Verbotsgesetze an – Warnung vor Missbrauch

Die Tyrannei beginne dort, wo Meinungen zum Verbrechen erklärt würden, warnte der Philosoph Baruch Spinoza schon im 17. Jahrhundert. Wie aktuell seine Warnung noch immer ist, zeigt eine Debatte führender Juristen über die bundesdeutschen NS-Verbotsgesetze.

Darf zur Abwehr nationalsozialistischer Bestrebungen die Meinungsfreiheit beschnitten werden? Wenn ja: Bedrohen solche Einschnitte nicht das hohe Gut der Meinungsfreiheit insgesamt? Diese Frage trieb die Teilnehmer einer Tagung der Deutschen Sektion der Internationalen Juristenkommission in Würzburg um.

Der Bundesverfassungsrichter Johannes Masing riskierte dabei einen kritischen Blick auf die deutsche Rechtsprechung. Der 2008 von der SPD für Karlsruhe nominierte Jurist schlug dabei eine Bresche für die Meinungsfreiheit.

Freiheit sei gefährlich, und Meinungen ebenso, stellte Masing seinen Ausführungen voran. Damit wollte er seine grundsätzliche Haltung klarmachen: Auch ganz und gar unerwünschte, ja gefährliche Meinungen müssten vom freiheitlichen Staat geduldet werden.

Die Wirklichkeit aber sehe anders aus: „Die Vorstellung, illegale Meinungen müssten verboten werden, greift um sich", so der Richter. Das aber eröffne einen gefährlichen Pfad, der sich gegen die Meinungsfreiheit an sich wenden könne. Letztlich müsste irgendwann jeweils politsch abgewogen werden, welche Meinung denn noch akzeptabel sei und welche nicht. Doch, so warnt Masing, „gilt die Meinungsfreiheit nur nach Maßgabe von Abwägungen, gilt nur noch ‚common sense'". Ein Einfallstor für parteiliche Willkür?

Offenbar quälen den Verfassungsrichter grundsätzliche Bedenken zu der von ihm selbst mitgestalteten Wunsiedel-Entscheidung. In der oberfränkischen Stadt Wunsiedel liegt der 1941 nach England ausgeflogene Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß begraben. Anhänger des NS-Regimes veranstalteten dort über viele Jahre immer am 30. Oktober einen Gedenkmarsch für Heß. Sie glauben, dass der damals 93-jährige Heß 1987 nicht auf natürlichem Wege in seiner Haft in der Festung Spandau gestorben sei, sondern von seinen britisch-amerikanischen Bewachern ermordet worden sei, nachdem die sowjetische Seite ihre Bereitschaft zu seiner Entlassung signalisiert habe. Der Erste Senat des Bundesverfahrungsgerichts bestätigte schließlich im November 2009 das Verbot des Aufmarsches.

Masing nannte das nun in Würzburg einen Verstoß gegen die reine Lehre. Es sei schwierig gewesen, dies der Bevölkerung zu vermitteln. Er räumte zwar ein, dass es möglich sei, NS-Meinungen außerhalb der Meinungsfreiheit zu stellen und gesondert zu behandeln. Doch, „Sonderrecht" sei zwar erlaubt, aber nicht geboten.

Die Grenze verlaufe dort, wo die Meinungsäußerung in Aggression umschlage. Dazu zählt das Strafrecht etwa den Aufruf zur Gewalt oder zu anderen Gesetzesübertretungen. Da müsse der Staat hart durchgreifen und müsse nicht erst bis zum (vollzogenen) „Ehrenmord" warten, fordert der Verfassungsrichter.

Es gehe jedoch nicht an, dass sich staatliche Behörden dafür feiern ließen, dass sie eine erlaubte Veranstaltung abgedrängt hätten. In der Vergangenheit brüsteten sich immer wieder Politiker und Verwaltungen damit, von ihnen als rechtsextrem eingestufte, aber von Gerichten zugelassene Veranstaltungen wie Versammlungen und Demonstrationen auf anderem Wege vereitelt zu haben, beispielsweise durch Sitzblockaden gegen Demos oder Einflussnahme auf Gastronomen, ihre Säle nicht zu vermieten oder die Vermietung zu stornieren.



Linksextreme fordern Freiheit nur für „erwünschte" Meinungen: Antifa-Demo gegen „Faschismus" Bild: action press


Johannes Masing Bild: pa

Im Mittelpunkt von Masings Befürchtungen steht ein möglicher, fortschreitender Dammbruch: Die Grenze, ab der zu verbietende nationalsozialistische Auffassungen vorliegen, muss jeweils in politischer Abwägung getroffen werden. Wer beispielsweise die Ehrenerklärungen auch nur Wort für Wort wiederholte, welche die Vorsitzenden aller großen demokratischen Parteien (einschließlich der SPD Kurt Schumachers) in den 50er Jahren für die Waffen-SS abgaben, der könnte sich schnell jenseits dieser Grenze wiederfinden. Der Linkspartei ist zudem alles daran gelegen, den „Antitotalitarismus" zu diskreditieren. Auf ihm gründete sich die gemeinsame Ablehnung aller demokratische Parteien nach dem Kriege gegenüber jedweden Formen totalitärer Regime, ob rot oder braun. Dabei wurden die Gemeinsamkeiten Hitlerscher und Stalinscher Menschenschinderei besonders in den Fokus gerückt.

Von Linksaußen geht das Bemühen aus, diese „Gleichsetzung" als „Verharmlosung" des Nationalsozialismus zu diffamieren. Somit könnten, nachdem heute bereits positive Meinungen über das braune Regime Hitlers verboten sind, bald auch bestimmte Formen der Kritik an der roten Diktatur Stalinscher Prägung illegal werden. Eine solche Ordnung meint die extreme Linke, wenn sie vom „antifaschistisch-demokratischen Konsens" spricht.

Diese mögliche, immer weitergehende Einengung der Meinungsfreiheit ist es, die Johannes Masing umtreibt. Bislang werden NS-Kundgebungen vorzugsweise mit der Begründung verboten, sie stellten eine „Störung des öffentlichen Friedens" dar. Masing fragt sich, ob diese Regel nicht bald auch auf weitere sogenannte „Störungen" ausgedehnt werden könnten. Johannes Masings Vorgänger Wolfgang Hoffmann-Riem hatte, freilich erst kurz nach dem Ende seiner Amtszeit, diesen Gedanken zu Ende gesponnen und war zu dem Schluss gekommen, dass er selbst die Holocaust-Leugnung nicht unter Strafe stellen würde. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

Nur Berliner Problem?

Berlin – Der Integrationsbeauftrage der Berliner SPD, Raed Saleh, verteidigt seine Stadt vor den Vorwürfen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Dieser hatte betont, die Berliner Probleme bei der Integration dürften nicht deutschlandweit das Bild von der Eingliederung prägen. „Eine so starke Ausprägung von Parallelgesellschaften und eine so große Konzentration von Migranten mit mäßigem Integrationswillen findet man nirgendwo anders", so de Maizière. Ursache für die Fehlentwicklung sei, dass vor der Maueröffnung viele Migranten in die für Westdeutsche wenig attraktiven Stadtgebiete nahe der Mauer gezogen seien. Die rot-grüne Multikulti-Illusion habe ein Übriges getan. Saleh verwies darauf, dass nach dem Mauerfall viele Fließbandjobs verlorengegangen seien und Integration in einer wirtschaftlich schwachen Region immer schwieriger sei. *Bel*

Finanzaffäre bei der Linken

Berlin – Offenbar gibt es weitere dubiose Finanzverwicklungen um den Chef der Partei „Die Linke", Klaus Ernst. Laut „Focus" soll es undurchsichtige Finanztransaktionen zwischen dem 2004 von Ernst mitgegründeten Verein „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit e.V." (WASG) und der Partei „Arbeit & Soziale Gerchtigkeit – Die Wahlalternative" gegeben haben. Gelder, die der Verein der Partei zur Verfügung gestellt hatte, sollen bei beiden nicht als Spende ausgewiesen worden sein. Thomas Händel, Mitgründer und Schatzmeister beider Neugründungen, erklärte, dass es sich bei den 2005 vom Verein überwiesenen 74589 Euro und 97488 Euro nicht um Spenden, sondern um Aufwendungen der Partei für Veranstaltungen und den Aufbau von Personalstrukturen gehandelt habe. Klaus Ernst, der laut Vereinsregister neben Händel Vorstand des Vereins ist, wollte bisher keine Auskunft geben. *Bel*

Eltern nutzen Tagesmütter

Immer mehr Eltern in Deutschland lassen schon ihre kleinen Kinder fremdbetreuen. Doch nicht nur der Ausbau der Krippen- und Kindergartenplätze nimmt stark zu: Immer mehr Eltern entdecken die Vorzüge von Tagesmüttern beziehungsweise -vätern. Obwohl es für Ausbildung und Bezahlung keine bundesweit einheitlichen Regeln gibt, beteiligt sich der Staat häufig auch an den Kosten für diese Betreuungsform. So haben laut Statistischem Bundesamt im März bundesweit die Eltern von 112000 Kindern das Angebot der öffentlich geförderten Kindertagespflege wahrgenommen. Was einer Steigerung von 14 Prozent zum Vorjahr entspricht. Da die Zahlen über die Anzahl der Kinder, die von rein privat finanzierten Tagesmüttern betreut werden, nicht bekannt ist, ist davon auszugehen, dass deutlich mehr Kinder auf diese Weise fremdbetreut werden. 64 Prozent der Kinder, die von staatlich geförderten rund 40000 registrierten Tagesmüttern beziehungsweise -vätern betreut werden, sind unter drei Jahre alt, was in etwa 3,5 Prozent der jeweiligen Altersgruppe entspricht. Durchschnittlich werden 2,7 Kindern von einer Person betreut. *Bel*

Ignoranz, die kalt macht

Von Wilhelm v. Gottberg

Erika Steinbach, Mitglied des Bundestages, ist am 23. Oktober in Berlin mit einem hervorragenden Ergebnis erneut im Amt der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) bestätigt worden. Dieses Ereignis kommentierte der Deutschlandfunk, Landesstudio Berlin, am gleichen Tag um 19.05 Uhr nach der Nachrichtensendung. Kommentatorin war Dorothea Jung.

Auszüge aus dem Kommentar: „Die Vertreibung der Deutschen sieht Erika Steinbach in einer Reihe mit dem Völkermord an den Armeniern, den Massakern in Jugoslawien oder in Dafur ... Erika Steinbach polarisiert ... Wer wissen will, warum mehrere osteuropäische Nachbarn diese Frau so wenig schätzen, sollte sich an ein paar weitere Äußerungen der Präsidentin erinnern. Zum Beispiel, dass sie meinte, die Tschechen hatten unter der NS-Herrschaft fast gar nicht gelitten, oder daran, dass sie sich im Bundestag gegen den Deutsch-Polnischen Grenzvertrag aussprach mit der Begründung: ‚Man kann nicht für einen Vertrag stimmen, der einen Teil unserer Heimat abtrennt.' ... Wer sich auf derart missverständliche Weise zur deutschen Geschichte äußert, der darf sich nicht wundern, wenn er beim politischen Gegner zur Reizfigur wird ... Dass die Verbandspräsidentin provoziert, ist nicht zu leugnen ... Die gewählten Delegierten haben sich für eine Präsidentin entschieden, die nach ihren jüngsten Äußerungen zum Kriegsbeginn in der CDU weitgehend isoliert ist ... Der Verband selbst steht nach den Auseinandersetzungen um die Stiftung ‚Flucht, Vertreibung, Versöhnung' ebenfalls heftig in der Kritik. Klar ist: Das von Erika Steinbach skizzierte Geschichtsbild wird in ein sichtbares Zeichen gegen Vertreibung nicht in der Form eingehen, wie sie es angeregt hat. Der Verband befindet sich im Abwärts. Er bräuchte dringend eine Neuorientierung. Denn die Generation der direkt Betroffenen stirbt aus. Junge Menschen, die sich für die Geschichte von Vertreibung und Heimatverlust interessieren, brauchen keine Landsmannschaften, die einen Opferdiskurs inszenieren ... Einen solchen Neuanfang hat der Bund der Vertriebenen versäumt, und mit Erika Steinbach an der Spitze wird es ihn schon gar nicht geben."

> DLF-Kommentar kritisiert »inszenierten Opferdiskurs«

Dieser Kommentar gibt Einblick in die Ahnungs- und Geschichtslosigkeit der Kommentatorin. Sie lässt jede Sensibilität gegenüber den vertriebenen Landsleuten vermissen. Wer so schreibt, ist für die Kommentierung eines politischen Ereignisses gänzlich ungeeignet. Die radikale Ablehnung der Vertriebenen, ja Kaltherzigkeit gepaart mit dumpfer Stimmungsmache hat Frau Jung bei der Niederschrift des Kommentars die Hand geführt. Nicht Frau Steinbach provoziert, wenn sie historische Tatsachen anspricht, sondern der Vorwurf der Provokation fällt auf die Kommentatorin zurück.

> Heimatvertriebene sind bis heute aktive Brückenbauer

Im Übrigen ist Frau Steinbach in der CDU keineswegs isoliert. Wenn einige in der Fraktion der CDU bei der hier in Rede stehenden Thematik Frau Steinbach widersprochen haben, bedeutet das keine Isolierung. Die Parteien brauchen nach innen die kontoverse Diskussion. Der BdV und seine Verbände haben immer Mitgefühl gezeigt, auch mit den nach Millionen zählenden Opfern der NS-Terrorherrschaft in den Nachbarstaaten. 50 Jahre ist nur über die Opfer geredet worden, für die Deutschland zwischen 1933 und 1945 verantwortlich ist. Erst seit etwa zehn Jahren ist es möglich, auch das zu thematisieren, was Deutschen bei Kriegsende und danach widerfahren ist. Wir brauchen keine oberlehrerhaften Belehrungen der Frau Jung, was der BdV zu tun habe, um der Opfer auf beiden Seiten zu gedenken.

Vor allem aber brauchen wir in Funk und Fernsehen keine Kommentatoren, die mit falschen und volksverhetzenden Argumenten sich dem Verdacht aussetzen, bei Karl-Eduard von Schnitzler und seinem Schwarzen Kanal in die Schule gegangen zu sein.

Wie sehr Dorothea Jung mit ihrem Kommentar danebenliegt, zeigt ein Blick in das Archiv des Westdeutschen Rundfunks. Gudrun Schmidt, seinerzeit Redakteurin beim WDR, schrieb schon vor dreizehn Jahren nachstehenden Kommentar zur Arbeit des BdV und seiner angeschlossenen Verbände. Dieser Kommentar ist auch heute noch uneingeschränkt gültig.

„Es gibt wohl kaum eifrigere Brückenbauer zwischen dem Westen und dem europäischen Osten und Südosten als die Heimatvertriebenen und Aussiedler. Wer schließt Freundschaft mit den Polen, den Tschechen, den Russen, den Rumänen? Wer engagiert sich am meisten, wenn Hilfsgüter organisiert werden sollen? Wer renoviert Kirchen, Baudenkmäler und Museen, richtet Schulen und Bibliotheken ein, stellt Wallfahrtsstätten wieder her, damit Polen, Tschechen und Deutsche wieder gemeinsam singen und beten können? Und wer bezahlt das alles zum größten Teil aus der eigenen Tasche? Es sind die Heimatvertriebenen, die in ihrer berühmten Charta bereits im Jahre 1950 auf Rache und Vergeltung verzichteten und sich strikt daran hielten."

MELDUNGEN

Neuwahl in Griechenland?

Athen – Der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou fürchtet eine herbe Niederlage für seine Partei bei der anstehenden Kommunalwahl am 7. November. Die Opposition macht massiv Stimmung gegen das schmerzhafte Sparprogramm von Papandreous Sozialisten. Dieser hat im Falle einer Niederlage im November vorgezogene Parlaments-Neuwahl nicht mehr ausgeschlossen. *Bel*

Sudan droht neues Chaos

Khartum – Während sich die UN bereits Sorgen macht, dass das Referendum über eine Teilung des Sudans mangels Vorbereitung zur Katastrophe wird, gibt es Gerüchte, dass die Regierung in Khartum die Abstimmung verschieben will. Eigentlich sollten die Südsudanes im Januar 2011 über ihre Unabhängigkeit befinden. *Bel*

SPÖ koaliert mit allen

Wien – Zwei Wochen nach den Landtags- und Gemeinderatswahlen, die für SPÖ, ÖVP und Grüne schwere Verluste brachten, gab Bürgermeister Michael Häupl die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit den Grünen bekannt – entgegen einiger Skepsis im SPÖ-Kader, der Rot-Schwarz als kleineres Übel ansieht. Eine Zusammenarbeit mit der FPÖ hatte Häupl abgelehnt. Der steirische Landeshauptmann Franz Voves hingegen hat sich – zum Missfallen der Bundes-SPÖ – für eine Koalition mit ÖVP und FPÖ entschieden. Nun wurde die aus Wahltaktik verfassungswidrig von der SPÖ-ÖVP-Regierung verzögerte Präsentation des Bundeshaushalts 2011 nachgeholt – wie erwartet enthält es massive Mehrbelastungen. *RGK*

Dunkle Ahnungen vom Niedergang

Das britische Empire ist keine Weltmacht mehr – Neue britische Regierung zieht die Konsequenzen

Die konservativ-liberale Regierung Großbritanniens hat ihren Bürgern in der letzten Woche ein eisernes Sparprogramm in allen Bereichen des öffentlichen Lebens verordnet. Auch der Rüstungsetat, die „heilige Kuh" der ehemaligen Weltmacht, wird massiv beschnitten.

Die Labour-Vorgängerregierung hatte ein gigantisches Haushaltsdefizit in Höhe von rund elf Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) hinterlassen. Anders als bei der schwarz-gelben Bundesregierung hierzulande geht das neue britische Kabinett ohne Zögern und wahltaktisches Kalkül an die Arbeit. Schon im Juni machte der neue Schatzkanzler George Osborne deutlich, dass der gigantische Schuldenberg mit dem größten Sparpaket seit Jahrzehnten bekämpft werden soll, und kündigte ein „hartes, aber faires Budget" an. Die Bevölkerung Großbritanniens scheint willig, den Kurs mitzugehen, denn – anders als in Frankreich oder Griechenland – blieben größere Proteste bisher aus. Allein die Labour-Opposition warf der Regierung vor, sie nutze die Einsparungen, um ihre „Ideologie" von einem neoliberalen, geschrumpften Staat durchzusetzen.

Noch gibt es aus der Bevölkerung wenig Widerstand

Ziel der Sparmaßnahmen ist es, im Laufe der Legislaturperiode bis zum Jahr 2015 das Haushaltsdefizit von umgerechnet 177 Milliarden Euro um 95 Milliarden Euro zu reduzieren. Derzeit verschlingt allein der Schuldendienst zehn Prozent des britischen BIP. So schienen die Erhöhung des Rentenalters und der Mehrwertsteuer, Einsparungen bei Sozialleistungen sowie Kostensenkungen bei Polizei und Justiz unausweichlich. In der öffentlichen Verwaltung sollen in den nächsten fünf Jahren sage und schreibe 490000 Arbeitsplätze eingespart werden. Die Studiengebühren werden auf durchschnittlich 8000 Euro pro Jahr erhöht. Finanzminister Osborne hatte schon vor einigen Wochen angekündigt, dass das Kindergeld für Besserverdienende gestrichen wird, womit er ein konservatives Wahlversprechen brach. Ausgaben für Investitionen sollen dagegen weitgehend erhalten bleiben, so auch die geplante, 16 Milliarden Pfund teure, unterirdische Eisenbahnlinie „Crossrail" unter der Londoner Innenstadt.

Für das Selbstbewusstsein der einstigen Weltmacht sind freilich die Kürzungen im Militärhaushalt am gravierendsten. Die neue Verteidigungsdoktrin sieht die Abrüstung des britischen Flugzeugträgers „HMS Arc Royal" vor. Ein zweiter Träger, die „HMS Illustrious", wird statt mit Flugzeugen nur noch mit Hubschraubern bestückt.

Soldaten sollen aus Deutschland abgezogen werden

Von den zwei im Bau befindlichen Trägern soll allein die „Prince of Wales" komplett mit Flugzeugen ausgerüstet und einsatzbereit gemacht werden. Die zweite schwimmende Plattform soll nur noch in Gemeinschaft mit der französischen und US-amerikanischen Marine genutzt werden.

Desweiteren verliert die britische Marine 4000 Mann sowie fünf ihrer 24 Kriegsschiffe. Zu diesen für die einst so stolze britische Flotte schmerzlichen Verlusten passte die Nachricht, dass das modernste und teuerste britische Atom-U-Boot in der letzten Woche vor Schottland auf Grund lief. Die umgerechnet vier Milliarden Euro teure „HMS Astute" war auf einer Erprobungsfahrt vor der Insel Skye auf einen Felsen gelaufen.

Auch die Royal Air Force muss mit empfindlichen Kürzungen leben. Sie behält zwar vorerst ihre Kampfflugzeuge vom Typ „Tornado", muss aber auf 5000 Soldaten verzichten. Das Heer verliert 7000 Leute und die Panzerarmee wird um 100 Fahrzeuge verkleinert. Die britische Militärpräsenz in Deutschland, bisher 25000 Mann stark, wird bis zum Jahr 2014 halbiert und bis 2020 ganz beendet, was bereits Proteste von Land- und Stadtregierungen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen hervorrief. Allein die britische Nuklearwaffe „Trident" bleibt unangetastet. So behält Großbritannien zumindest den kleinen Trost, seinen nuklearen Schutzschild erhalten zu können.

Aufgrund dieser Fakten ist es nicht verwunderlich, dass in Großbritannien dunkle Ahnungen vom unaufhaltsamen Niedergang der Nation kursieren. Erst die horrende Finanzkrise, die das Land mit dem Finanzzentrum London besonders hart traf, jetzt das absolut zwingende Gebot zu sparen. Das ist schmerzlich für eine Nation, die noch vor 70 Jahren ein weltumspannendes „Empire" ihr eigen nannte. Großbritannien dürfte in Zukunft auch nicht mehr in der Lage sein, einen Krieg um die Falkland-Inseln zu führen, geschweige denn zu gewinnen. Dafür bräuchte man Flugzeugträger und Kampfflugzeuge. Doch die stehen in den nächsten zehn Jahren nicht zur Verfügung. Britische Jets werden auf der ganzen Welt auf Stützpunkten „befreundeter Nationen" verteilt sein. Großbritannien besitzt zwar nach wie vor kampferprobte und schlagkräftige Truppen, doch bei den Einsätzen im Irak und in Afghanistan offenbarten sich gravierende Mängel – es haperte bereits in wirtschaftlich noch rosigen Zeiten an ausreichend Soldaten wie an Ausrüstung. *Hinrich E. Bues*

Militär muss mit weniger Rüstung und Soldaten auskommen

Gefleddert: Die Finanzkrise traf auf eine bereits äußerst angespannte Haushaltslage. Bild: alimdi.net

Die USA wählen

Linker Präsident mit rechtem Kongress

Bei den Wahlen am 2. November droht der Demokratischen Partei von US-Präsident Barack Obama eine schwere Schlappe. Nach aktuellen Umfragen ist Obamas linke Mehrheit im Repräsentantenhaus verloren, seine Mehrheit im Senat gefährdet. Außerdem zeichnet sich ein Einbruch bei den Gouverneursposten ab. Momentan stellen die Demokraten in 26 der 50 Bundesstaaten den Regierungschef. Nun wird in 37 Staaten gewählt. Die Demoskopen erwarten, dass die Republikaner per Saldo kaum weniger als sieben Gouverneursämter hinzugewinnen. Diese Verschiebung wirkt über den Tag hinaus: Im Jahre 2011 werden – wie alle zehn Jahre – die Wahlkreisgrenzen an die Bevölkerungsentwicklung angepasst. Darauf haben die Gouverneure Einfluss und sie nutzen ihn im Sinne ihrer Partei.

Aus deutscher Sicht fragt sich, ob Obama gegen eine konservative Mehrheit im Kongress überhaupt noch vernünftig regieren kann. Denn in Deutschland wäre eine Bundesregierung ohne entsprechende Mehrheit im Bundestag unvorstellbar: Sie könnte keine Gesetze mehr verabschieden, ganz abgesehen davon, dass ein Bundestag mit veränderter Mehrheit laut Grundgesetz-Artikel 67 unmittelbar einen neuen Kanzler wählen könnte.

In den USA sind die Spielregeln anders. Haben Präsident und Kongress andere politische „Farben", dann muss der Staats- und Regierungschef zwar viele Kompromisse machen – in der Gesetzgebung und vor allem in Finanzfragen. Aber handlungsunfähig ist er noch lange nicht. In den USA ist es geradezu normal, dass bei den Wahlen zur Mitte der Präsidentschaft die oppositionelle Partei Zugewinne erzielt. Nicht selten muss der Präsident in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit mit einem politisch „falschfarbenen" Kongress zurecht kommen. Ein Schaden für das Land war das keineswegs immer. Beispielsweise zwang die republikanische Kongressmehrheit den demokratischen Präsidenten Bill Clinton ab Mitte der 1990er Jahre zu einer Politik des Schuldenabbaus durch Haushaltsüberschüsse. Heute leben die USA wirtschaftlich in einer anderen Welt. Die schweren Folgen der Finanzkrise sind denn auch der Hauptgrund für das anhaltende Popularitätstief der Demokraten (siehe rechts). *K.B.*

Barack Obama bliebe handlungsfähig

Millionäre streben in die Politik

Ob als Gouverneur oder Senator, US-Wirtschaftsbosse greifen nach der Macht im Staat

Wer wird am 2. November, wenn in den USA nicht nur wichtige Posten im US-Senat neu gewählt werden, sondern auch in 37 Bundesstaaten die Gouverneure zur Wahl stehen, Nachfolger von Arnold Schwarzenegger? Auch in Kalifornien muss das Amt des Gouverneurs neu besetzt werden. Schwarzenegger hört auf, weil er bereits seine zwei erlaubten Amtszeiten hinter sich hat. Für die Demokraten tritt der 72-jährige Jerry Brown an, der Justizminister war bereits von 1976 bis 1984 Gouverneur in Sacramento. Für die Republikaner schicken sich gleich zwei ehrgeizige Damen an, den bevölkerungsreichsten Staat der USA zu regieren: Milliardärin Meg Whitman will in Arnold Schwarzeneggers Rolle schlüpfen und Gouverneurin werden. Millionärin Carly Fiorina möchte die langjährige demokratische Senatorin Barbara Boxer ablösen. Beide Damen haben keinerlei politische Erfahrung, Whitman hat sogar 28 Jahre nicht einmal gewählt. Sie sind jedoch beachtliche Wirtschaftskapazitäten.

Die 54-jährige Meg Whitman, aufgewachsen in Long Island, New York, machte nach Wirtschaftsstudium an den Business Schools in Harvard und Princeton ihren Weg bei der von der US-Regierung gestützten Investment-Bank Goldman Sachs. Den Coup aber landete sie als Präsidentin des Online-Auktions-Hauses eBay. Dort startete sie 1998 mit einer mageren Website, 30 Angestellten und einem Budget von vier Millionen. Als sie den Posten 2008 aufgab, um sich auf die Gouverneurswahl vorzubereiten, hatte eBay 35000 Angestellte und Milliardenumsätze. Bei der Präsidentschaftswahl im selben Jahr schnupperte die dynamische Geschäftsfrau (verheiratet mit Griffith Rutherford Harsh IV., Neurochirurg am Medical Center der Stanford Universität, zwei erwachsene Söhne) erste politische Luft als Finanzberaterin der republikanischen Kandidaten Matt Romney und John McCain. Diese Erfahrung brachte sie auf die Idee, selbst in die Politik einzusteigen. 141 Millionen Dollar eigenen Geldes hat sie bisher in ihre Wahlkampagne gesteckt. Der höchste Einsatz von eigenen Mitteln eines US-Kandidaten überhaupt – Schwarzenegger investierte seinerzeit 49 Millionen Dollar.



Im Wahlkampf: Meg Whitman (l.) und Carly Fiorina

Fotos: pa, academie.ru

Carly Fiorina, 56 Jahre alt, stammt aus einer texanischen Familie in Austin. Ihr Vater ist Jurist, die Mutter abstrakte Malerin. Carly studierte Philosophie und mittelalterliche Geschichte in Stanford, ehe auch sie ein Wirtschaftsstudium vorzog. Verheiratet mit einem US-Italiener begann ihre Karriere als leitende Angestellte der Telefongesellschaft AT&T und danach als Präsidentin (CEO) der Computerfirma Hewlett-Packard. 2009 war auch sie Beraterin von John McCain, der ihr zur Kandidatur riet.

Beide Frauen verkörpern den Trend bei dieser Wahl, den der Journalist Tim Rutten „ein Comeback von Vermögen und Big Business in der Politik" nennt. Überall drängen plötzlich – neben den von Groß-Unternehmen offen wie heimlich geförderten Tea-Party-Kandidaten – Wirtschaftsbosse in die höchsten Posten der Politik, preisen sich als Retter in der Krise und suggerieren dem verunsicherten Volk, dass, wer ein Unternehmen leiten und mit Milliarden jonglieren, auch regieren könne. Doch kaum im Amt, stolpern viele enthusiastische Neulinge zumeist, wie Schwarzenegger, in den Fallstricken der Realpolitik.

Dies musste bereits Meg Whitman erfahren. Ihr einst siegesbewusstes Kopf-an-Kopf-Rennen erlitt einen unerwarteten Schlag (39 zu Browns 52 Punkten). Durch eine Mexikanerin namens Nicky Diaz Santillian, die neun Jahre die gute Seele für die Whitman-Familie war. Doch dann forderte Whitman: „Wir müssen mit äußerster Härte gegen alle vorgehen, die illegale Arbeitskräfte beschäftigen." Und feuerte ihre eigene illegale Hausangestellte 2009 mit einem Anruf, ohne Abfindung und den Worten: „Wir haben uns nie gesehen, verstanden?" Doch Nicky verhielt sich nicht still und appellierte jetzt an die wahlentscheidenden Latino-Wähler: „Ich wurde weggeworfen wie ein Stück Abfall!" Und so könnte es geschehen, dass die Affäre „Nannygate" den kalifornischen Traum zumindest einer der ehrgeizigen Damen ein schnelles Ende bereitet. *Liselotte Millauer*

US-Geschenk zulasten Europas

Washington verschafft Schwellenländern mehr Einfluss beim Internationalen Währungsfonds

Obwohl der Internationale Währungsfonds (IWF) derzeit in Form von Rettungspaketen massiv in Europa involviert ist, geben Europäer Einfluss ab.

Äußerst verdutzt reagierte das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) in der Schweiz auf Presseanfragen, ob nach den Plänen der 20 größten Industrie- und Schwellenländer (G 20) im südkoreanischen Gyeongju das Land auf seinen Sitz im Exekutivdirektorium des IWF verzichten müsse. Noch sei offen, wie sich die Reform auf die Sitzverteilung auswirke, betonte ein Sprecher, dessen Land allerdings nicht zu den G 20 gehört und somit an deren Absprachen für eine IWF-Reform nicht beteiligt war. Die Schweiz poche als starker Finanzplatz aber darauf, dass sie ihren Sitz behalten könne, hieß es weiter. Zudem sei die Schweiz von einer möglichen Konsolidierung der EU-Vertretung nicht betroffen, schließlich bestehe die schweizerische Stimmrechtsgruppe aus Ländern, die – abgesehen von Polen – wie die Schweiz nicht zur EU gehören.

In Südkorea hatten sich die Finanzminister der G 20 geeinigt, den Schwellen- und Entwicklungsländern beim IWF mehr Einfluss zu gewähren. Dabei sollte nicht nur der Stimmanteil zugunsten der aufstrebenden Staaten zulasten der Industrienationen erhöht werden, auch sollen zwei Schwellenländer zulasten der EU zwei Sitze im 24-köpfigen IWF-Direktorium erhalten, in dem alle wichtigen Entscheidungen getroffen werden.

Aber wenn nicht die vergleichsweise kleine Schweiz, wer muss dann seinen Platz abgeben? Die Vereinbarung der G 20 gilt zwar als großer Durchbruch, da sie genügend Einfluss haben, um beim IWF die Quoten neu verteilen zu lassen, doch da bei dem Treffen nur Finanzminister anwesend waren – die Staats- und Regierungschefs treffen sich erst im November im Seoul –, waren diese nicht in der Lage, für ihr Land gleich auf den Sitz im Exekutivdirektorium zu verzichten.

Bisher haben die USA, Japan, Deutschland, Großbritannien und Frankreich einen ständigen Sitz im IWF. Außer den drei Europäern kommen derzeit fünf weitere Direktoren aus der EU (Niederlanden, Belgien, Italien, Dänemark und Spanien), sie wurden jedoch von ihren jeweiligen Stimmrechtsgruppen, von denen es insgesamt 19 gibt und auf die die insgesamt 187 IWF-Mitgliedsländer aufgeteilt sind, gewählt. Diese sind unterschiedlich groß und bunt gemischt, aber doch irgendwie wieder homogen. So steht Spanien der Gruppe vor, der andere spanisch-sprachige Länder wie Costa Rica, Guatemala, Mexiko, Nicaragua, Venezuela, Honduras, El Salvador angehören. Dänemarks Gruppe hingegen setzt sich überwiegend aus den skandinavischen und baltischen Ländern zusammen. In der Gruppe wird es unmöglich sein, ein Nicht-EU-Mitglied in das IWF-Direktorium zu entsenden.

Wie genau jetzt also bei der Konstellation zwei EU-Länder auf ihren Sitz verzichten sollen, ist ungewiss. Eine Möglichkeit wäre, die Gruppen völlig neu zu mischen, doch auch dann müsste in einigen Gruppen die diskriminierende Order herrschen, dieses oder jenes Mitglied nicht zum Repräsentanten zu wählen, weil es Mitglied der EU ist.

> Wer soll jetzt auf seinen Sitz verzichten? Schweiz? Italien?

Doch während die Debatte um die Sitzverteilung im Detail noch bevorsteht, wurden die Quoten bereits neu verteilt, so dass Kanada und Saudi-Arabien aus der Gruppe der zehn größten Eigner am IWF zurückfielen und Deutschland zugunsten Chinas einen Platz nach hinten rückte. Die USA, Japan, China, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Russland, Indien und Brasilien haben also beim IWF am meisten zu sagen, aber auch am meisten zu zahlen. Insgesamt kann der Fonds jetzt über 920 Milliarden US-Dollar verfügen, die seine Mitglieder nach ihren Anteilen zu entrichten haben. Und seit der Finanzkrise kann sich der IWF über eine Renaissance freuen. In den 90er Jahren nach der Asienkrise war die Organisation stark in die Kritik geraten. Zwar hatte der IWF strauchelnden Ländern wie Thailand, Indonesien und Südkorea mit Krediten geholfen, allerdings hatte der in Washington ansässige IWF derart harte Sanierungsschritte gefordert, dass auf diese Weise jegliche Konjunkturerholung im Keim erstickt wurde. Hinzu kam, dass der IWF Privatisierung von Staatseigentum forderte, das interessanter Weise anschließend sehr oft von US-Firmen beziehungsweise US-Investoren aufgekauft wurde. So geriet der Fonds in den Verdacht, der verlängerte Arm der Vereinigten Staaten zu sein. Denn auch wenn die USA bei der jetzigen Reform ihre Quote in der Nachkommastelle leicht reduzierten, so halten sie immer noch einen Anteil von über 15 Prozent an der 1944 von ihr initiierten UN-Sonderorganisation. Japan, China und Deutschland folgen mit jeweils knapp fünf Prozent. Da Beschlüsse im IWF aber mit einer Mehrheit von 85 Prozent getroffen werden müssen, verfügt Washington weiter als einziger über eine Sperrminorität. Selbst wenn sich alle Europäer mit ihren Quoten zusammentaten, kamen sie in der Vergangenheit nicht über besagte 15 Prozent hinaus. Angesichts der neuen Quotenverteilung rückt die Möglichkeit, dass Europa geeint ein Veto bei den IWF-Beschlüssen einlegen kann, in weitere Ferne.



Haben gut Lachen: US-Notenbankchef Ben Bernanke und US-Finanzminister Timothy Geithner freuen sich darüber, dass trotz großer Reform für die USA fast alles beim Alten bleibt. Bild: Reuters

Angesichts der Tatsache, dass vor allem Washington auf die Aufwertung der Entwicklungs- und Schwellenländer gedrungen hat, bei der Reform zu deren Gunsten allerdings Europa an Einfluss einbüßen lässt, stellt sich die Frage, warum die Europäer das so hingenommen haben. Gerade weil der IWF seit der von den USA ausgehenden Finanzkrise stark in Europa involviert ist – neben Rettungspaketen unter anderem für Rumänien und Griechenland ist der IWF auch am Euro-Rettungsschirm beteiligt –, hätten die Europäer darauf bestehen müssen, so viel Einfluss über die Politik des IWF zu behalten wie möglich. Nun können China, Brasilien und Indien bei Europa betreffenden IWF-Entscheidungen mehr mitreden. Welche Konsequenzen das für Europa hat, hängt auch davon ab, wie sich die Beziehungen zu den Ländern in den nächsten Jahren verändern.

Die USA zumindest hoffen, dass sich China, wenn es denn einen festen Sitz beim IWF hat, auch mehr an dessen Bestimmungen hält und unter anderem seine Währung aufwertet. *Rebecca Bellano*

KURZ NOTIERT

Entscheidung über Koch: Dieser Tage dürfte sich entscheiden, ob Roland Koch die Führung des Baukonzerns Bilfinger & Berger übernimmt. Der neue Chef soll den Konzern mit rund zehn Milliarden Euro Umsatz und über 60 000 Beschäftigten zum Dienstleistungsunternehmen weiterentwickeln. Finanziell wäre Koch mit dem Wechsel saniert: Als Ministerpräsident verdiente er 190 000 Euro im Jahr, bei dem Baukonzern wäre sein Gehalt siebenstellig. *K.B.*

Deutscher Bank drohen Klagen: Zwar ist das Kreditinstitut bisher gut durch die Bankenkrise gekommen, doch nun drohen US-Investoren mit Klage. Denn auch wenn die auf dem US-Markt stark involvierte Deutsche Bank kaum selbst Hypotheken vergeben hat, so hat sie diese aufgekauft, in Anleihen verpackt und den Vertrieb für diese übernommen. Die Beschwerdeführer wollen belegen, dass die Deutsche Bank ihnen die Anleihen als qualitativ hochwertiger angepriesen habe, als diese nach Wissen der Bank waren. Sollten sie das beweisen können, müsste die Deutsche Bank mit Kosten von 14 bis 20 Milliarden Dollar rechnen. *Bel*

Weitere Milliardenspritze benötigt: Die US-Regulierungsbehörde FHFA geht davon aus, dass die beiden US-Immobilienfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac in den nächsten Jahren mindestens weitere 74 Milliarden Dollar benötigen. Seit 2008 hat die US-Regierung bereits 148 Milliarden US-Dollar in die Rettung investiert. *Bel*

Expansion Richtung Türkei: Der österreichische Mineralöl-Konzern OMV, der beim Nabucco-Projekt, einer Erdgasleitung durch die Türkei, federführend ist und 2006 einen Minderheitsanteil am türkischen Ölkonzern Petrol Ofisi erworben hatte, übernimmt den größten türkischen Tankstellenbetreiber komplett. Um den Kaufpreis von einer Milliarde Euro zu finanzieren, wird eine Kapitalerhöhung der OMV erwartet. Fast zeitgleich konnte der österreichische Stromkonzern, die Verbund AG, ein in der Türkei errichtetes Gas-Dampfkraftwerk mit 920 Megawatt Leistung in Betrieb nehmen. *RGK*

Immer noch unter Druck

Zwei große offene Immobilienfonds mussten schließen

Die Glasfassade des in der Hochglanzbroschüre abgedruckten imposanten Büroturmes funkelt, das Lächeln des Bankberaters drückt Zuversicht aus und ein Blick auf die Rendite der letzten fünf Jahre scheint vielversprechend: Allein in diesem Jahr haben sich hunderttausende deutsche Anleger für den Kauf von Anteilen von offenen Immobilienfonds entschieden. Gerade nach der Weltfinanzkrise verspricht eine Anlage in Grund und Boden schließlich Sicherheit. Doch Vorsicht: Allein in den vergangenen zwei Wochen haben mit Kanam US-Grundinvest und Degi Europa bereits zwei große offene Immobilienfonds ihre Auflösung bekanntgegeben. Und der Immobilienfonds Morgan Stanley P2 Value muss bis zum 1. November erklären, ob er nach der Schließung während der Finanzkrise wieder öffnen kann oder ob auch er sich auflösen muss. Der Dachfonds Premium Management Immobilien der Allianz wiederum hat erst Ende September bekanntgegeben, keine Anteile mehr zurückzunehmen. Das bedeutet, dass Anleger, die Anteile dieses Fonds halten, und das dürften vor allem Kunden der Commerzbank sein, auf unbestimmte Zeit nicht an ihr Geld kommen.

Die Gründe für die missliche Lage der Fonds sind vielfältig. Die einen hatten 2008 anlässlich der Bankenkrise das Problem, dass viele Kunden ihr Geld zurück wollten, was aber nicht im gewünschten Umfang möglich war, da die Gelder von Immobilienfonds oft zu 95 Prozent in Bürogebäude oder Einkaufscenter angelegt sind. Die kann man aber nicht von heute auf morgen verkaufen. Hinzu kommt, dass die Nachfrage nach Büroraum in den letzten beiden Jahren in vielen Teilen der Welt nachgelassen hat: Mieten fallen aus, die Preise kommen unter Druck. In Deutschland gab es hier zwar keine generelle Überbewertung („Blase“), wie etwa in Großbritannien. Aber manche Bürobauten liegen einfach in schlechter Lage oder sind nicht mehr auf dem neuesten Stand, so dass Mieter in neuere Bauten umziehen.

> Keine »Blase« wie in England, aber dennoch Probleme

So besitzt Degi Europa 19 Immobilien. Darunter das Hochhaus „Westend-Gate“ in Frankfurt am Main, das 1976 fertiggestellt wurde. Im Rahmen einer Neubewertung musste der Fonds eingestehen, dass das Gebäude höchstens noch 193 statt der bilanzierten 242 Millionen Euro wert ist. Das führte dazu, dass die Fondsanteile abgewertet wurden, also Anleger allein dadurch weniger Geld bekommen hätten, so sie denn ihren Anteil hätten verkaufen können. Jetzt muss Degi Käufer für seine Immobilien finden und je nachdem, was er erlöst, bekommen die Anleger einen Teil ab. Unter ihnen werden viele Kunden der ehemaligen Dresdner Bank sein, denn bis zur Fusion mit der Commerzbank war Degi eine Tochter der Dresdner Bank. Dann wurde Degi an die schwedische Aberdeen Asset Managment verkauft und verlor so seinen Vertriebsweg in Deutschland, da die Ex-Dresdner-Banker jetzt Commerzbank-Produkte verkaufen mussten. Damit floss kaum neues Geld nach. Gepaart mit der Abwertung einiger Immobilien war dies der Todesstoß für den Fonds. *Bel*

Keine Kraft für Reformen

Die G 20 sind nicht in der Lage, brennende Probleme zu lösen

Das Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankchefs vorige Woche in Südkorea war ein Erfolg, heißt es, denn man hat sich geeinigt. Dies zwar nur bei einem Nebenthema, nämlich einer Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF), doch immerhin wird damit das kommende Gipfeltreffen der „Großen 20“ entlastet. Vorgesehen ist eine Veränderung der Stimmgewichtung im IWF zugunsten der „Schwellenländer“ – und zulasten Europas, also vor allem Deutschlands. Die Schweiz, vielleicht das einzige Land mit einer wirklich verantwortungsbewussten Finanzpolitik, dürfte überhaupt durch die Finger schauen.

Positive Meldungen aus der realen Wirtschaft können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Schwächen des Finanzsystems seit der Krise 2008 nicht saniert, sondern bloß durch „Rettungspakete“ besser kaschiert worden sind. Die Grundübel aber bleiben, nämlich enorme Schulden und extreme Leistungsbilanz-Defizite mancher Staaten, allen voran der USA, deren Notenbank in den Händen von ein paar privaten Bankiers unbegrenzt Geldschöpfung aus dem Nichts betreiben darf, daher auch unbegrenzt US-Schatzscheine aufkaufen kann und die Welt mehr denn je mit papierenen Dollars überschwemmt.

Aber die USA suchen die Schuldigen lieber im Ausland und haben schon im Vorfeld des G20-Treffens ein Trommelfeuer losgelassen: Die Star-Ökonomen Paul Krugman und Nouriel Roubini wetterten gegen Deutschland, weil es sich „nur auf die Stärkung seines Exports“ konzentriere. Großspekulant George Soros „warnte“ Europa vor dem Abbau der Budget-Defizite, weil das eine Deflation auslösen könnte. US-Notenbankchef Ben Bernanke hält die Inflation für „zu niedrig“. Und US-Finanzminister Timothy Geithner verlangt von den „exportstarken Ländern“, also primär China, Deutschland und Japan, mehr zu konsumieren statt zu exportieren.

> Der Chef der US-Notenbank findet die Inflation »zu niedrig«

Der faule EU-Kompromiss bei Euro-Budgetsündern dürfte also ganz im Interesse dieser Herren sein – weniger aber die EU-Einigung zur Kontrolle von Hedgefonds, die ja für den Großteil der fragwürdigen internationalen Finanztransaktionen verantwortlich sind. Allerdings wird erst die Praxis zeigen, ob die Regelungen nicht auch wieder nur Papiertiger sind.

Vor allem China wird bedrängt, die eigene Währung deutlich aufzuwerten. Doch für Peking, bei dem die USA (Staat und Unternehmen) mit rund 2000 Milliarden Dollar in der Kreide stehen, hieße das, seine Dollar-Bestände zu entwerten und damit wohl auch etliche Unternehmen in den Konkurs zu treiben. China will daher nur in kleinen Schritten vorgehen wie in den letzten Monaten mit der Aufwertung um insgesamt zwei Prozent und Zinserhöhung um 0,25 Prozentpunkte geschehen. Gegen die US-Drohung, China mit höheren Importzöllen zu bestrafen, hat Peking heute jedenfalls eine ungeahnte Trumpfkarte: China könnte die Lieferung von „Seltenen Erden“ einstellen und angesichts einer ohnehin bestehenden Verknappung dieser Metalle weite Bereiche der westlichen Hoch-Technologie lahmlegen. *RGK*

Böse Konzerne

Von Rebecca Bellano

Als Kniefall vor der Lobby bezeichneten Teile der Opposition die Entscheidung der schwarz-gelben Regierung, die Subventionen bei der Ökosteuer für energieintensive Unternehmen weniger stark zu reduzieren als angedacht. In den Medien wurde Stimmung gemacht, dass nun die armen Raucher wegen der bösen Konzerne mehr zahlen müssten.

Gut, vielleicht hätte man eine pfiffigere Idee finden können, um die verlorenen Einnahmen zu kompensieren als die Erhöhung der Tabaksteuer. Aber das ändert nichts daran, dass die energieintensiven Unternehmen, unter ihnen viele Mittelständler, gute Argumente auf ihrer Seite hatten. Sie sind ja durchaus bereit, ihren genutzten Strom zu bezahlen, auch die vielen Steuern auf den Strom zahlen sie weitgehend. Nur die Ökosteuer aus rot-grünen Regierungszeiten ist, um weltweit wettbewerbsfähig zu sein, der reinste Klotz am Bein, schließlich konkurriert man am Weltmarkt mit Ländern, die noch nicht mal etwas von Umweltschutz halten, geschweige denn von künstlichen Konstrukten wie der Ökosteuer. Hinzu kommt: Wenn einer Interesse hat, seinen Stromverbrauch zu reduzieren, dann ein energieintensives Unternehmen, bei dem die Stromkosten einen wesentlichen Teil der Produktionskosten ausmachen.

Kreuz im Kalender

Von Konrad Badenheuer

Wer immer noch Gerechtigkeit für die deutschen Vertriebenen erhofft und sich womöglich aktiv dafür einsetzt, braucht Geduld, schwarzen Humor und ein dickes Fell. Monatelang geschieht rein gar nichts, oft genug triefen die Zeitungen nur so vor Häme, Verachtung oder Mitleid mit dem großen Anliegen nach später Gerechtigkeit.

Die zurückliegende Woche war da anders. Gleich drei erfreuliche Signale waren innerhalb weniger Tage zu vernehmen: Am Donnerstag bestätigte die Bundesversammlung des BdV die hochverdiente Erika Steinbach mit 95 Prozent. Die CDU hat es mit Staunen vernommen, weil dort die „letzte Konservative" schon fast eine Nischenexistenz fristet.

Clever hat der BdV vernünftige und machbare Dinge gefordert, die noch vor wenigen Jahren auch Union und FDP verlangt haben (vgl. S. 13). Jetzt sind die Mehrheiten für die Umsetzung da – sollen die Vertriebenen wieder angeschmiert werden?

Hoch erfreulich die Einstimmigkeit, mit der am Montag Professor Manfred Kittel seine „Eckpunkte" für das Vertriebenenzentrum durchbekommen hat. Das Konzept verdient wirklich Unterstützung, und isoliert war da ausnahmsweise nicht der BdV, sondern der Zentralrat der Juden mit seiner Absenz.

Bleibt drittens eine ganz außergewöhnliche Tagung von Staats- und Völkerrechtlern zu Wochenbeginn. Lange nicht mehr hat man solche klaren und gerechten Worte zur Eigentumsfrage vernommen (siehe S. 2).

Was für eine Woche!

Von wegen »schlanker Staat«

Von Hans Heckel

Die Resultate der Kommission zur Reform der Bundeswehr bringen FDP-Chef Westerwelle in eine prekäre Situation. Besonders unter seiner Ägide formte die FDP ihren Markenkern als Partei niedriger Steuern, des „schlanken Staates" und, mit letzterem einhergehend: des Abbaus unnötiger Bürokratie.

Nun fiel dem Politiker mit Heimat Bonn der Vorschlag der Weise-Kommission direkt auf die Füße: Dass die Zahl der Mitarbeiter in der aufgeblähten Verwaltung unserer Streitkräfte halbiert werden soll, müsste einem Liberalen wie ihm spontan gefallen. Doch laut Weises Vorstellungen ist diese Radikalkur damit verbunden, den Standort Bonn, bislang der (quantitativ) dominierende, zu einer öden Außenstelle zu schrumpfen. Das wäre mit erheblichem Verlust von Arbeitsplätzen und mit Wegzug von Steuerzahlern gen Berlin verbunden.

Prompt verfällt Westerwelle, wie sein ebenfalls rheinländischer Generalsekretär Christian Lindner, in die Sprache provinzieller Standortsicherer. Die Zweiteilung der Aufgaben habe sich „bewährt", gibt der Chefliberale im Duktus des bräsigen Besitzstandwahrers zu Protokoll und pocht auf das Bonn-Berlin-Gesetz von 1991.

Bundeswehr-Reform: Westerwelle kämpft nur für sein Bonn

Dieses Gesetz ist allen, die tatsächlich einen „schlanken", kostengünstigeren und effizienteren Staatsapparat wünschen, seit jeher ein Ärgernis. Keinem gewöhnlichen Bundesbürger ist glaubhaft zu machen, dass die räumliche Verteilung von zentralen Regierungsaufgaben auf zwei 500 Kilometer auseinander liegende Orte effizient sein soll. Den potenziellen Anhängern der Liberalen schon gar nicht, zumal die FDP, neben der PDS, die einzige Bundestagsfraktion stellte, die in der denkbar knappen Abstimmung 1991 mit Mehrheit für Berlin votierte. Westerwelle spielt mit den kläglichen Resten von Glaubwürdigkeit, die den gezausten Liberalen noch geblieben sind.

In scharfem Kontrast dazu steht die sehr offene Reaktion von Verteidigungsminister zu Guttenberg auf die radikalen Empfehlungen der Kommission. Der Minister weiß, dass er dabei ist, sich Todfeinde im eigenen Apparat zu machen, was für jeden Minister gefährlich ist.

Unterstützt wird er von seinem Staatssekretär Walther Otremba, der bereits im Wirtschaftsministerium für ihn tätig war, ihn dort als „alter Hase" selbst ins Amt einführte. Offenbar haben die beiden Politiker in den wenigen Monaten so viel Vertrauen zueinander gefasst, dass zu Guttenberg den zweiten Mann gleich mit hinübernahm ins Verteidigungsressort. Das schafft ihm nun ein gutes Stück Rückendeckung. Die wird er brauchen, wenn er eine Reform durchsetzen will, die bei vielen Mitarbeitern des Ministeriums auf eisige Ablehnung stoßen wird.



Wittert Gefahr für seinen Wahlkreis: Sonst ist FDP-Chef Guido Westerwelle für einen schlanken Staat, doch die angedachte Radikalkur für das Bundesverteidigungsministerium gefährdet die Arbeitsplätze seiner Direkt-Wähler.

Bild: pa

Moment mal!

Warum gibt es scheinbar nur rechten Populismus?

Von Klaus Rainer Röhl

Manche Worte können gefährlicher sein als Schlagringe. Solche Worte nannte man darum auch gern mal Schlagworte. Schlagzeilen zieren jeden Morgen am Kiosk die „Bild"-Zeitung. Mit Schlagworten führt auch der „Spiegel" seinen wöchentlichen Kampf für die „Wahrheit". Journalismus ist Agitation durch Tatsachen, sagte einst Lenin. Die „Spiegel"-Schreiber von heute haben, als Post-68er, nur noch eine dumpfe Sympathie für Lenin, und kaum eine Ahnung. Wenn sie ein Zitat über Lenin oder den Sinn des Journalismus brauchen, holen sie das aus dem Internet. Wenn der Computer nicht schnell genug ist, eine Sekunde mehr braucht, muss ein neues Programm her. Darüber machen sie sich Gedanken. Kaum darüber, ob auch ihre Zeitschrift, wie einst die Parteizeitung der russischen Bolschewisten, „Iskra" (=Funke), nur ein „kollektiver Propagandist" oder schon ein „kollektiver Organisator" für die Partei ist. Denn was ist die Partei, für die der „Spiegel" nach dem Tode Rudolf Augsteins und dem erzwungenen Auszug seines Kronprinzen, Stefan Aust, mit „Tatsachen" kämpft? Mit dieser unübersehbaren und unkontrollierbaren Masse von Tatsachen leben die Redakteure und führen ihren wöchentlichen Kampf für das Gute, das zugleich auch das politisch „Korrekte" war. Bis vor kurzem jedenfalls. Parteiisch ist die Redaktion des „Spiegel" schon. Keiner der Redakteure würde das leugnen, von den beiden Chefs bis zum jüngsten Volontär. Jeder würde das für sich anders formulieren und stolz darauf sein, anders zu sein als der Redakteur im Büro nebenan, eine eigene Persönlichkeit. Aber irgendetwas hat er schon mit der ganzen Redaktion gemeinsam und das ist ...? Gar nicht so einfach zu formulieren, aber zum „Focus" würde man nur gehen, wenn man gut 1000 Euro mehr im Monat bekommt und eine „gute" Wohnung in München, und zu „Bild" würden sie alle überhaupt nicht gehen, es sei denn – Prestige vermindert, Gehalt verdoppelt – für Geld. Aber auch bei „Bild" gibt es – abgebrüht hin, abgefahren her, einen Konsens, der sich nur über einen gemeinsamen Buhmann definiert, über eine vage Abscheu, die mit einem Schlagwort schnell Übereinstimmung herstellt. Eines dieser Schlagworte ist – Populist! Populisten sind die natürlichen Gegner aller guten, coolen und abgefahrenen, sonst aber ratlosen Nachgeborenen der 68er.

Ob »Spiegel«, »Focus«, »Bild«, alle eint die Abscheu vor Populisten

Was sind Populisten? Auffällig ist in den letzten Monaten die geradezu sprunghafte Vermehrung der „Populisten". Anfangs waren es nur der österreichische Parteiführer der Liberalen, Jörg Haider, oder der ehemalige Wortführer der FDP und Wegbereiter von Westerwelle, Jürgen Möllemann. Heute ist es Thilo Sarrazin und, nach anfänglichem Zögern, auch der Parteichef der CSU, Horst Seehofer. Überall müssen Populisten entlarvt und bekämpft werden. Die „Spiegel"-Leute wissen nicht mehr, wo ihnen der Kopf steht. Zahllos sind in Europa, von Norwegen, Schweden, Belgien und den Niederlanden bis nach Ungarn und Tschechien, „Populisten" beziehungsweise gleich ganze „populistische" Parteien wie Pilze aus dem Boden geschossen und müssen von den guten Journalisten aufs Korn genommen werden.

Dabei kommt es zu grotesken Eiertänzen zwischen ins feindliche Ausland ausgesandten Reportern und den in Hamburgs Brandstwiete zurückgebliebenen Redakteuren. Die angereisten Berichterstatter waren sichtlich begeistert von Budapest, dem Glanz der deutschenfreundlichen Metropole, von der Eleganz und der Toleranz der Gesellschaft, die sich auch Festivals mit Roma-Folklore leistet. Die Redaktion aber weiß: Die Rechtspopulisten der Fidesz-Partei gewinnen 2010 im Parlament eine Zweidrittelmehrheit, die alles, auch eine neue Verfassung, möglich macht. Und nach der Kommunalwahl bekam die Hauptstadt mit dem Diplomingenieur István Tarlós erstmals auch einen Oberbürgermeister aus dem rechten Lager. Die Hamburger „Spiegel"-Redakteure waren besorgt über diese Rechtspopulisten. Doch: Gibt es nur rechte Populisten? „Links-Populisten" sucht man in der deutschen Presselandschaft jedenfalls vergebens. Weder Gysi noch Lafontaine sind danach Populisten. So erweist sich „Populismus" als schlichter Propaganda-Begriff. Geschaffen zum Niedermachen. Schlagt ihn tot, er ist ein Populist. Oder schweigt ihn tot.

Wie haben wir uns die wütenden Angriffe auf Sarrazin und Seehofer und den verzweifelten Kampf der „Spiegel"-Fechter gegen den „Populismus" zu erklären? Die Erklärung liegt eigentlich auf der Hand: Das Hamburger Magazin nimmt immer noch die einst von seinem Gründer Rudolf Augstein in Lizenz der britischen Militär-Regierung selbstgestellte Aufgabe wahr, das deutsche Volk zu erziehen. Das ging lange gut. Aber plötzlich – nach 65 Jahren – wollen die Deutschen nicht mehr erzogen werden. Das hat auch wirtschaftliche Gründe.

Viele Bürger glauben nicht mehr, was die Politiker ihnen erzählen

Eine ziemlich große Zahl von Deutschen, ungefähr ein Drittel, ist unzufrieden mit der Politik. Mit der Politik der Regierungsparteien. Aber auch mit der SPD. Die Volksparteien bröckeln. Was tun? Sollen die Redakteure nun für Sarrazin Partei nehmen und für seine nicht mehr zu ignorierenden Anhänger, die vorerst nur in der Buchhandlung abgestimmt haben?

Mindestens 35 Prozent aller Deutschen geht es schlecht, mit steigender Tendenz, trotz gutem Dax. Sie sind arbeitslos oder Klein-Rentner oder haben nur einen wackeligen Job und keine richtigen Aussichten und kein Geld mehr in Reserve. Sie sehen für sich und die Zukunft schwarz. Sind diese Mitbürger eigentlich dumm? Im Gegenteil. Sie sind ohne Illusionen und deshalb hellhörig.

Dumm und gleichgültig sind eher die gut oder halbwegs gut Verdienenden, sie lassen sich leichter verführen vom schönen Schein der Worte und Kontoauszüge. Die Nutznießer der Drittel-Gesellschaft sind leichtfertig und kurzsichtig. Erst wenn sie auf den Bauch fallen, werden sie wehleidig. Viele da unten sind aufmerksamer, misstrauischer, klüger. Sie leben bewusster.

Weil sie dauernd aufpassen müssen, bei jedem Einkauf und jedem Schluck Kaffee, den sie trinken, und jedem Lichtschalter, den sie anknipsen. Sie leben von 967 Euro Rente (statistischer Durchschnitt) bei 500 Miete und Strom und anderen Nebenkosten. Sie leben von Schulden oder von dem bisschen Vermögen, das sie noch von früher haben, oder von ihren Eltern oder ihrer Frau. Aber sie leben von Tag zu Tag schlechter. Ihre Kinder und Enkelkinder auch. Manche leben sogar nur von Hartz IV.

Die Mitte bröckelt. Heizkosten, Stromkosten, Arzneimittel, Krankenkassen – die ganze Lebenshaltung wird teurer. Die Zahl derer da unten wächst. Sie haben jeden Tag mehr Wut im Bauch und glauben immer weniger dem Fernsehen, dem Radio und den Zeitungen. Sie glauben nicht mehr, dass Angela Merkel konservativ ist und national denkt. Oder dass SPD-Chef Gabriel die soziale Gerechtigkeit will. Sie wählen weder Gysi noch die NPD. Sie sind die zukünftigen Wähler einer demokratischen Rechten, die mit dem Totschlagwort „Populismus" nicht mehr zu stoppen sein wird.

Klaus Rainer Röhl erreichen Sie unter klausrainer@gmx.de

Ein Spaziergang durch Raum und Zeit

Eine Ausstellung dokumentiert die Entwicklung des Berliner Stadtkerns im Lauf der Jahrhunderte

Berlin hat viele Zentren. Aber wo liegt die Mitte der Stadt? Durch den Fernsehturm und das Rote Rathaus scheint sie weithin markiert.

Viele Berliner und Touristen wissen nicht, dass sich zwischen Fernsehturm und Rotem Rathaus der mittelalterliche Kern der heutigen Metropole erstreckte. St. Marien- und Nikolaikirche sind die letzten Zeugen einer Altstadt, die durch fortlaufende Modernisierung, Kriegszerstörung und sozialistische Hauptstadtplanung ausgelöscht wurde. Das jetzige Aussehen der inneren Mitte Berlins ist umstritten. Wem gehört sie und was gehört hier her? Sie ist ein prominenter städtischer

Ausstellung zeichnet dramatische Entwicklung nach

Lebensraum, aber auch zentraler Ort der Bundeshauptstadt. Ihre Gestaltung visualisiert den Umgang mit Geschichte. Kluge Entscheidungen zur Zukunft dieses so bedeutsamen Areals erfordern die Kenntnis seiner Vergangenheit.

Mit der neuen Sonderausstellung rückt das Stadtmuseum Berlin die einstige Pracht und die vielfältigen Brüche der Berliner Mitte ins Bewusstsein der Öffentlichkeit und zeichnet ihre oft dramatische Entwicklung nach. Sie konzentriert sich dabei auf den steten Veränderungsprozess, der mit Beginn der Industrialisierung einsetzte. Seit dieser Zeit wies die Berlin-Cöllner Altstadt kein geschlossenes Stadtbild mehr auf. Dort trafen Bauten der mittelalterlichen Händlerstadt, der neuzeitlichen Residenz und des sich im Kaiserreich herausbildenden kommunalen Verwaltungsviertels aufeinander.



Kahlschlag 1972: Blick vom Rathausturm auf die Kreuzung Gruner-, Stralauer und Spandauer Straße

Bild: Michael Setzpfand

Die Zeit der Weimarer Republik stand im Zeichen städtebaulicher Utopien, die totalitären Erneuerungsprojekte des Nationalsozialismus blieben glücklicherweise rudimentär. Die DDR schuf sich dann im Herzen Berlins ein repräsentatives Staatsforum. Die Ausstellungspräsentation setzt vornehmlich auf das Medium Fotografie, das seit etwa 1840 zur Stadtbilddokumentation dient. Eine der frühesten Aufnahmen zeigt den Eckturm des alten Berliner Rathauses kurz vor seinem Abriss. Dies geschah zur Verbesserung der Verkehrssituation – ein Motiv, das sich wie ein roter Faden durch die Stadtplanung zieht. Die jüngsten Aufnahmen thematisieren die aktuellen urbanen Transformationen des Stadtkerns. Dazwischen spannt sich ein faszinierendes Panorama Berliner Geschichte, das durch einen „Quellenpfad“ des Center for Metropolitan Studies der Technischen Universität Berlin bereichert wird.

Das Stadtmuseum Berlin zeichnet, ausgehend vom Areal vor dem Roten Rathaus, in 18 Themenräumen einschließlich eines Prologs und eines Epilogs die wesentlichen Phasen der Stadterneuerung seit 1840 bis heute nach. Es konzentriert sich dabei auf das Gebiet von Alt-Berlin und Alt-Cölln. Es entstehen komplexe Bilderfolgen, die das historische Berlin wieder erstehen lassen und in ihrer Fülle und Detailgenauigkeit einen Gesamteindruck früherer Stadtstrukturen vermitteln.

In der Ausstellung wird eine Vielzahl von bislang noch nie präsentierter Fotos und Filme zur Stadtbaugeschichte Berlins gezeigt. Darunter auch Material aus privater Hand. Gleich einem Stadtspaziergang durch Raum und Zeit setzen die Bilder das heutige und frühere Berliner Stadtinnere visuell miteinander in Beziehung. Dabei wird das Entstehen, Vergehen und Vergessen sowie das immer wieder neue Werden der Stadt auch auf emotional berührende Weise deutlich. *E.B.*

Die Ausstellung „Berlins vergessene Mitte – Stadtkern 1840 bis 2010“ im Ephraim-Palais, Stadtmuseum Berlin, Poststraße 16 ist bis zum 27. März 2011 dienstags und donnerstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, mittwochs von 12 bis 20 Uhr zu sehen, Eintritt 5 / 3 Euro.

Schon Alfred Lichtwark schätzte ihn

Der Maler Georg Friedrich Kersting war einer der bedeutendsten Interieurmaler des Biedermeier

Freunde der Bilderwelt Caspar David Friedrichs werden auch eine Darstellung schätzen, die den Meister in seinem karg eingerichteten Arbeitszimmer an der Staffelei zeigt. Durch ein Fenster fällt Licht auf eine Leinwand, auf der ein Wasserfall im Gebirge zu entdecken ist. Einen Tisch mit ausgewählt wenigem Werkzeug, einen Stuhl – mehr brauchte Friedrich nicht zum Arbeiten. Das Bild, das er malt, kommt aus seinem Inneren. Freund und Malerkollege Georg Friedrich Kersting hat 1811 mit diesem Bild ein treffliches Porträt

Ein treffliches Porträt des Freundes

Friedrichs gemalt. Es befindet sich seit 1923 in der Hamburger Kunsthalle. Deren Direktor Alfred Lichtwark hatte schon 1910 bekannt, Kersting sei ihm „einer der liebsten Meister des ganzen 19. Jahrhunderts“. 1819 malte Kersting eine Replik des Motivs, die sich in der Kunsthalle Mannheim befindet, und eine weitere Fassung, die der Nationalgalerie Berlin gehört.

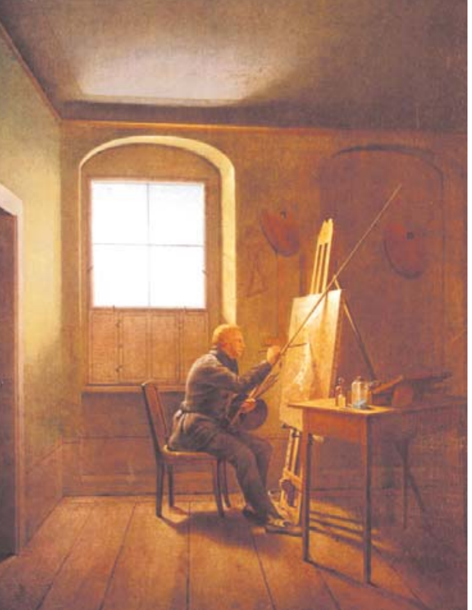
Im Gegensatz zu Caspar David Friedrich ist Georg Friedrich Kersting nur ausgewiesenen Kunstkennern ein Begriff. Geboren wurde er vor 225 Jahren, am 31. Oktober 1785, in Güstrow als Sohn eines kinderreichen Glasermeisters. Der begabte Junge konnte zwar die Domschule seiner Vaterstadt besuchen, war aber nach dem Tod des Vaters auf die Unterstützung begüterter Verwandter angewiesen. Den ersten Zeichenunterricht erhielt er bei dem Maler Johan Beutel, der zwischen 1793 und 1822 in Güstrow tätig war. Ab 1805 besuchte er dann die Königlich Dänische Kunstakademie in Kopenhagen, die bei angehenden Künstlern aus Norddeutschland sehr beliebt war.

Die dänische Malerei des Klassizismus beeinflusste das spätere Werk Kerstings nachhaltig. Durch das intensives Studium der Natur versuchte er zarte und helle Farben und eine natürliche Atmosphäre mit dem Pinsel auf die Leinwand zu bringen. Mit seinen ersten Arbeiten hatte er Erfolg und wurde von der Akademie mit einer kleinen und einer großen silbernen Medaille ausgezeichnet.

Nach drei Jahren Ausbildungszeit zog Kersting nach Dresden, das damals mit seinen bedeutenden Museen und Sammlungen eine große Anziehungskraft auf Künstler ausübte. In Dresden fand er bald Zugang zu einem geistig-künstlerisch anregenden Kreis, dem unter anderem Gerhard von Kügelgen, Theodor Körner, die Malerin Louise Seidler und Caspar David Friedrich angehörten.

In diesen Dresdner Jahren wurde das Licht zum Element in seinem Schaffen. Werke wie „Die Stickerin“ und „Der elegante Leser“ entstanden. Es waren ihm nahe stehende Menschen, die Kersting nun malte, Modelle, die irgendeiner einfachen, nützlichen Tätigkeit nachgingen und die er in einer ihnen gemäßen Umwelt zeigte. Vielleicht ist es das, was diese Bilder noch 200 Jahre nach ihrem Entstehen so ansprechend macht.

Es war die Zeit, als Deutschland in großer Not war, als Napoleon das Land seinem Joch unterworfen hatte. Vielerorts meldeten sich jetzt die jungen Männer zu den Waffen. Kersting trat 1813 als Freiwilliger in das Lützowsche Jägerkorps ein und wurde wegen seiner Tapferkeit zum Offizier befördert sowie mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Noch im Alter erzählte er seinem Sohn Richard voller Stolz und Begeisterung von jenen ereignisreichen Tagen. Auch für seine künstlerische Arbeit war diese Zeit bedeutungsvoll. So sind die damals entstandenen Skizzen und Zeichnungen wertvolle Zeitdokumente. Seinen gefallenen Kameraden Friesen, Hartmann und Körner widmete Kersting nach seiner Rückkehr die Bilder „Auf Vorposten“ und „Die Kranzwinderin“. Nach den Befreiungskriegen war Kersting als Hofmaler und Zeichenlehrer in Warschau tätig, bis er 1818 als Malervorsteher an die Königlich-Sächsische Porzellan-Manufaktur in Meißen berufen wurde. Im gleichen Jahr hatte er Anna Sergel geheiratet, die ihm vier Kinder gebar. In Meißen wurde ihm die Aufgabe übertragen, die Arbeiten der Maler zu beaufsichtigen, die Zusammensetzung des Porzellans und den Dekor zu bestimmen. Außerdem übernahm er die Leitung der Zeichenschule, die der Manufaktur angeschlossen war. Während Kerstings Amtszeit als künstlerischer Leiter stieg das Ansehen der Meißner Manufaktur. So stellte man auf Befehl des Königs für den Herzog von Wellington (er siegte mit Blücher über Napoleon bei der Schlacht von Belle-Alliance) ein aus 120 Gedekken bestehendes Tafelservice her.



Georg Friedrich Kersting: Caspar David Friedrich in seinem Atelier (Öl, 1811; im Besitz der Hamburger Kunsthalle) Bild: Internet

Wenngleich Kersting in der Manufaktur viel zu schaffen und zu bewirken hatte, so fand er doch immer noch Zeit, sich seinem eigenen künstlerischen Werk zu widmen. So schuf er eine Reihe von Bildern und Zeichnungen seiner Kinder und weitere Interieurbildnisse. „Er malte viel und mit Liebe, und die gesteigerte Innigkeit zur Natur war auffallend“, wusste Sohn Hermann zu erzählen.

Als Kersting am 1. Juli 1847 in Meißen starb, hinterließ er eine stattliche Reihe von Bildern, die heute in Museen wie der Hamburger und der Kieler Kunsthalle, der Münchner Neuen Pinakothek und der Berliner Alten Nationalgalerie zu finden sind. Auch das Museum der Stadt Güstrow pflegt das Andenken an den Sohn der Stadt. *Silke Osman*

IN KÜRZE

Gedenken an Theodor Fontane

In der ehemaligen Kapelle des Friedhofs der Französischen Gemeinde zu Berlin wurde jetzt eine Fontane-Gedenkstätte feierlich eröffnet. Theodor Fontane gilt heute als großer europäischer Schriftsteller der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der mit Werken wie „Effi Briest“ Weltliteratur schrieb. Besondere Aufmerksamkeit finden die Berliner Gesell-



Theodor Fontane: Gemalt von Carl Breitbach 1883 Bild: Internet

schaftsromane, die „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“, aber auch die Briefe und die späte Lyrik. Die Gedenkstätte zeigt eine Dauerausstellung zu Leben und Werk Fontanes. Auf sechs Säulen geben zahlreiche Abbildungen, erläuternde Texte und Zitate des Schriftstellers Information über seine hugenottische Herkunft, seine Kindheit und Jugend in Neuruppin, Swinemünde und Berlin, Fontanes berufliche Stationen als Apotheker, als Journalist im Dienste Preußens und als Theaterkritiker. Die inhaltliche Gestaltung ist in Kooperation mit der Französischen Kirche zu Berlin und dem Stadtmuseum Berlin entstanden. Letzteres verfügt über einen Teil des Nachlasses Theodor Fontanes und damit über wertvolles und informatives Wissen, das in die Dauerausstellung einfließen konnte. Die Gedenkstätte wurde vom Ausstellungsdesigner Andreas Neumann konzipiert und die ehemalige Kapelle von der Garten- und Landschaftsarchitektin, Azemina Bruch, restauriert.

Fontane wurde am 24. September 1898 auf dem Friedhof der französisch-reformierten Gemeinde zu Grabe getragen. Im Jahre 1945 wurden die beiden Grabstei-

Auch die Grabstätte wurde restauriert

ne Theodor und Emilie Fontanes durch einen Granatentreffer so stark beschädigt, dass das Französische Konsistorium diese durch einen gemeinsamen Stein aus schwedischem Granit ersetzte. Von 1961 bis 1989 befand sich der Friedhof im Sperrgebiet der geteilten Stadt und konnte nur eingeschränkt mit Passierschein betreten werden.

Zusätzlich gingen durch den Bau der Grenzanlage und teilweise bereits vorher eine Reihe von architektonisch und historisch bedeutsamen Grabstätten verloren. Nach dem Fall der Mauer wurde die stark verwitterte Grabstätte auf Initiative des Theodor-Fontane-Archivs und der Theodor Fontane Gesellschaft in einen würdigen Zustand versetzt.

Die Gedenkstätte in der Liesenstraße 7 ist nun im Rahmen der Rekonstruktion der gesamten Friedhofsanlage unter der Bauherrenverantwortung der Französischen Kirche zu Berlin entstanden und montags bis donnerstags von 9 bis 16 Uhr, freitags von 9 bis 15 Uhr und nach Absprache zugänglich. *PAZ*

Gründer des Roten Kreuzes

Vor 100 Jahren starb der Begründer des Humanitären Völkerrechts und des Internationalen Roten Kreuzes. Doch Henri Dunants Idee von der Fürsorge für die Opfer des Krieges bedeutet bis heute in allen Kriegen und Schrecken ein Zeichen der Hoffnung.

Henri Dunant wurde am 8. Mai 1928 in Genf geboren. Als christlicher Humanist widmete sich der zunächst erfolgreiche Kaufmann der Armenhilfe und der Gründung des Christlichen Vereins Junger Männer. Während einer Geschäftsreise nach Italien wurde Dunant am 24. Juni 1859 auf dem Schlachtfeld von Solferino im Krieg zwischen Napoleon III. und dem österreichischen Kaiser Franz Joseph zufällig Zeuge der Schrekken des Krieges. Unversorgt gingen die Verwundeten vor seinen Augen zu Zehntausenden zugrunde. Um das Elend zu lindern, rief Dunant eine spontane Hilfsaktion für die Verwundeten beider Seiten ins Leben.

Von dem Geschehen zutiefst beeindruckt, veröffentlichte er seine erschütternden Erlebnisse in dem Buch „Erinnerung an Solferino“, das er 1962 auf eigene Kosten herausgab. Doch Durant beließ es nicht bei seiner aufrüttelnden Schrift, sondern er organisierte mit Hilfe der Schweizer Regierung eine internationale Konferenz, auf der 1863 das „Internationale Komitee der Hilfsgesellschaften für die Verwundetenpflege“ gegründet wurde. Aus diesem neutralen



Henri Dunant Bild: Archiv

Sanitäter- und Krankenhelferverband für die kriegführenden Armeen ging später das Internationale Rote Kreuz hervor. Dank Dunants unermüdlicher Bemühungen unterzeichneten zwölf europäische Staaten im Folgejahr die Genfer Konventionen, in denen sie sich zur Einhaltung bestimmter Regeln im Krieg verpflichteten. Darin wurden nicht nur die Pflicht zur Verwundetenversorgung unabhängig von der Nationalität und die Neutralität des Sanitätsdienstes, sondern auch die menschenwürdige Behandlung von Kriegsgefangenen und die Schonung der Zivilbevölkerung festgeschrieben.

In den folgenden Jahren geriet Dunant in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Folge waren der soziale Abstieg und der Verlust seiner Reputation, die seine Verdienste weitgehend vergessen machten. Den Rest seines Lebens verbrachte er in Armut und Abgeschiedenheit. Erst um die Jahrhundertwende erinnerte man sich seines Einsatzes für die Menschlichkeit, und das Nobelkomitee in Oslo verlieh ihm 1901 den ersten Friedensnobelpreis. Am 30. Oktober 1910 starb Henri Dunant einsam im Spital des schweizerischen Biedermeierortes Heiden.

Die weitere Geschichte zeigt, dass Dunant mit seinen Visionen von Humanität und Frieden seiner Zeit weit voraus war. Heute sind sie fester Bestandteil der Völkerrechtsordnung und der Grundlagen der Vereinten Nationen.

Jan Heitmann

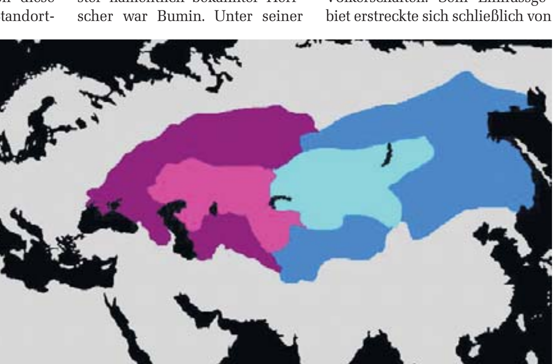
Aufbruch aus der Mongolei

Das Erste Goktürkische Reich (552 bis 659) – *PAZ*-Serie über die Geschichte der Türken (Teil 1)

Die Türken, ursprünglich zentralasiatische Nomaden, haben eine expansionistische Tradition. Ihr 552 gegründetes Türkisches oder Göktürkisches Reich war das erste historisch gesicherte Großreich in Zentralasien. Es erstreckte sich zeitweise vom Kaspischen Meer bis zur Mandschurei.

Etliche zentralasiatische Nomadenvölker sind im Laufe der Geschichte weit nach Westen und Osten gedrungen. Aufgrund der Nomadenwirtschaft waren diese Völker zum ständigen Standortwechsel gezwungen. Hieraus ergab sich eine starke Mobilität. Ihr Lebensraum, die baumlose Steppe, war im Norden durch die Taiga und im Süden durch die Wüste begrenzt. In West- und Ostrichtung gab es jedoch keine vergleichbaren natürlichen Grenzen. Vielmehr reichte die Steppe im Westen bis nach Ungarn und im Osten bis zur Mandschurei. Von daher expandierten die frühen Türken aus ihrem wahrscheinlichen Ursprungsgebiet im Westen der heutigen Mongolei (in der Karte hellblau) gleichsam auf dem selben Breitenkreis vor allem nach Osten und Westen. Die größten militärischen Stärken der Nomadenvölker waren der geschickte Umgang mit Pferden sowie mit Pfeil und Bogen. Zusammen mit ihrer Mobilität machte sie beides zu gefürchteten Gegnern. Einige Autoren meinen, dass sie außerdem wegen ihrer gesünderen Lebensweise einen größeren Bevölkerungsüberschuss hervorbrachten als ihre sesshaften Nachbarn.

Zu diesen mobilen und expansiven zentralasiatischen Nomadenvölkern gehörten auch die Turkvölker. Als deren ursprüngliches Herkunftsgebiet wird das Altaigebirge im Westen der Mongolei vermutet (auf der Karte im Zentrum des hellblauen Bereichs). Die Turkvölker bildeten eine eigene Sprachfamilie und unterschieden sich von anderen zentralasiatischen Nomaden durch die besondere Fähigkeit zur Eisenverarbeitung. Die Berichte über die Turkvölker lassen sich in chinesischen Quellen bis ins 2. bis 3. nachchristliche Jahrhundert zurückverfolgen. Ihr erster namentlich bekannter Herrscher war Bumin. Unter seiner



Das West- und das Osttürkische Reich um 600: Die direkten Herrschaftsgebiete sind hell gekennzeichnet, die Einflusssphären dunkel. Die heutige Türkei liegt noch komplett außerhalb des türkischen Horizonts. Bild: Wikipedia

Herrschaft befreiten sich die Turkvölker im 6. Jahrhundert von der Herrschaft der Juan-Juan (Rouran), einer Föderation von Nomandenstämmen in der heutigen Mongolei.

Vorausgegangen war dem der Versuch des Volkes der Gaoche, sich seinerseits von der Juan-Juan-Herrschaft zu befreien. Dieser Versuch des Jahres 546 scheiterte jedoch daran, dass der Juan-Juan-Herrscher A-na-kuei türkischerseits rechtzeitig gewarnt worden war. Wohl als Zeichen des Dankes wollte Bumin nun A-na-kueis Schwiegersohn werden. Der gab Bumin jedoch einen Korb mit der Begründung, dass der Türke als Angehöriger eines Stammes, der den Juan-Juan als Schmiedesklaven diente, nicht standesgemäß sei. Bumin reagierte auf diese Kränkung, indem er 552 mit seinen Türken die Juan-Juan vernichtend schlug. Anschließend gründete er das Erste Türkische beziehungsweise Göktürkische Reich. Was der Vater schuf, vergrößerte der Sohn. Muhan unterwarf in seiner Regierungszeit von 553 bis 572 zahlreiche benachbarte Völkerschaften. Sein Einflussgebiet erstreckte sich schließlich von den Grenzen des nördlichen Korea im Osten über die Wüste Gobi und den Baikalsee bis zum Schwarzen Meer im Westen.

Zum Problem der türkischen Herrschaft entwickelte sich eine Tradition, die eigentlich der Machtsicherung dienen sollte. Es war Brauch unter nomadischen Herrschern, nächste männliche Verwandte als Fürsten oder Gouverneure in den entfernter liegenden Gebieten einzusetzen. Sie genossen beträchtliche Unabhängigkeit, solange sie den Herrscher anerkannten und dessen Entscheidungen in allen Fragen der Außenpolitik respektierten. Das System bot den Vorteil, dass es eine flächendeckende Präsenz der herrschenden Dynastie ermöglichte. Die Beschäftigung potenzielle Nachfolger des Herrschers in der Verwaltung entlegener Gebiete verschaffte ihnen Erfahrung für eine spätere Regierungsübernahme, lenkte sie aber auch – so die Hoffnung – von Verschwörungen gegen den Herrscher ab. Das System hatte aber auch Nachteile. Die weitgehenden Vollmachten der Statthalter begünstigten Reichsteilungen.

Ein konkretes Beispiel ist das Schicksal des Ersten Türkischen Reiches. Bereits frühzeitig scheint es in eine Ost- und eine Westhälfte geteilt worden zu sein. So regierte Bumins ältester Sohn Muhan de facto nur den Ostteil. De jure war er auch Khan des westlich des Altai gelegenen Teils, aber tatsächlich herrschte dort als sein Statthalter Bumins jüngerer Bruder Istämi. Bis zum Tod von Muhans Nachfolger Taspar 581 sollte das Reich noch zusammenhalten, doch unter dessen Bruder und Nachfolger Nivar kam dann die Spaltung. Zu persönlichen Rivalitäten zwischen Khan und Statthalter kam ein Glaubensstreit. Denn nicht der gesamte Herrscherclan war bereit, wie Taspar den buddhistischen Glauben anzunehmen. Taspar hatte nicht nur dem buddhistischen Mönch Jinagupta Zuflucht vor chinesischer Verfolgung gewährt, sondern auch zwischen 572 und 581 eine buddhistische Mönchsgemeinde begründen lassen, was als Bekenntnis des Khans selbst zum Buddhismus interpretiert wurde.

> Das erste Türkenreich unterwarfen um 650 noch die Chinesen

584 erklärte der damalige Statthalter der westlichen Reichshälfte, Istämis Sohn und Nachfolger Tardu, seine Unabhängigkeit und nahm selbst den Herrschertitel eines Khan an. Ermutigt wurde der neue Khan zur Abspaltung durch den chinesischen Kaiser Wen. Überhaupt erwies sich die Politik des Teilens und Herrschens, das die chinesischen Kaiser gegenüber ihren türkischen Nachbarn anwendeten, als folgenreich. Sie förderten nicht nur kriegerische Auseinandersetzungen zwischen dem Westtürkischen und dem Osttürkischen Reich, sondern auch Machtkämpfe innerhalb der ehemaligen Reichshälften.

Die Expansion des chinesischen Kaiserreiches unter der ab 618 regierenden Tang-Dynastie beendete zunächst die frühe Expansion der Türken. Kaiser Taizong gelang es nicht nur, im Jahre 624 einen osttürkischen Angriffes mittels eines Bluffs abzuwehren, sondern auch den osttürkischen Khan Xieli in seine Gewalt zu bringen. Im Jahre 630 war damit das Ende des Osttürkischen Reiches besiegelt.

Wenige Jahrzehnte später ging auch das Westtürkische Reich nach einem Sieg der Chinesen unter. Und auch dort sind die Ursachen in eigener Uneinigkeit und einem aufstrebenden Nachbarn, eben in Form des chinesischen Kaiserreiches der Tang-Dynastie zu sehen. Nach dem Tod des Khans T'ung-shih-hu 630 während eines Aufstandes des Stammesverbandes der Karluken brachen zwischen den westtürkischen Stämmen Machtkämpfe aus. In ihrer Folge gelang es dem Kaiser von China, erst das Territorium des Westtürkischen Reiches in zwei chinesische Protektorate umzuwandeln, um es dann zwei Jahre später 659 ganz zu erobern. Das war das Ende des Ersten Türkischen Reiches.

Übrigens hatten die Europäer womöglich bereits zu diesem Zeitpunkt Erfahrungen mit den Türken gemacht: Viele Forscher rechnen die Hunnen, die keine Schriftzeugnisse hinterließen, zu den Turkvölkern.

Manuel Ruoff

Was Pantheon und Allerheiligen verbindet

Vor 1400 Jahren widmete Papst Bonifatius IV. den Römer-Bau den Märtyrern – der Ursprung des Kirchenfestes

Papst Bonifatius IV. verdankt Westeuropa nicht nur den Ursprung von Allerheiligen, sondern auch, dass das Pantheon in Rom, einer der eindrucksvollsten Bauten der Antike, erhalten blieb.

Bonifatius IV. erfreute sich ebenso wie sein Vorgänger Bonifatius III., dessen Nachfolge er 608 angetreten hatte, freundschaftlicher Beziehungen zum oströmischen Kaiser Phokas. Auf seine Bitte hin schenkte ihm der weltliche Herrscher das Pantheon. Dabei handelte es sich zu jenem Zeitpunkt noch nicht um eine christliche Kirche. Um 26 vor Christi Geburt hatte Marcus Vipsanius Agrippa zu Ehren seines Freundes, Förderers und Schwiegervaters Augustus einen Tempel errichten lassen. Anlass war der gemeinsame Sieg über Marcus Antonius und Kleopatra in der Seeschlacht bei Actium 31 v. Chr. Über ein Jahrhundert später wurde der Bau ein Opfer der Flammen, als 80 n. Chr. Rom von einem Großbrand heimgesucht wurde. In der Regierungszeit Kaiser Domitians von 81 bis 96 wurde das Gebäude wieder aufgebaut. 110 schlug der Blitz in den Sakralbau ein.



Papst Bonifatius IV. Bild: Archiv

Diesmal war es Kaiser Hadrian, der das Werk wiederaufbauen ließ. Kennzeichnungen auf den Ziegelsteinen lassen den Schluss zu, dass dieser Wiederaufbau zwischen 118 und 125 zu datieren ist. Hadrian musste nach dem Blitzschlag von 110 wieder bei null anfangen und bewirkte einige wichtige Änderungen gegenüber den Vorgängerbauten, die uns heute als charakteristisch für das Pantheon erscheinen. So war der Rundbau ursprünglich offen. Erst Hadrian versah ihn mit der Kuppel, die – gemessen am Innendurchmesser – mehr als 1700 Jahre lang die größte der Welt war. Und trotzdem lautet die ebenfalls aus der Zeit Hadrians stammende Aufschrift auf dem Fries des Pronaos: „M(ARCUS) AGRIPPA L(UCII) F(ILIUS) CO(N)S(UL) TERTIUM FECIT“, was heißt, dass der Bau von Marcus Agrippa in dessen drittem Konsulat errichtet wurde. Hadrians eigenes Verdienst bleibt unerwähnt. Wie in Preußen war auch in Rom zu seinen besten Zeiten die Bescheidenheit ein Ideal. Und die Zeit Hadrians zählt zu den besten des Römischen Imperiums. Nicht umsonst zählt dieser Herrscher neben seinen Vorgängern Nerva und Trajan sowie seinen Nachfolgern Antoninus Pius und Mark Aurel zu den sogenannten fünf guten Kaisern.

Die damalige Nutzung des Pantheons entsprach seinem Namen.

Immer noch beeindruckend: Das Pantheon in Rom Bild: pa

Denn das griechische Wort „pân“ heißt auf Deutsch alles und „theós“ Gott. Das Pantheon war allen Göttern Roms geweiht. Wie lange er in diesem Sinne kultisch genutzt wurde, ist unbekannt. Spätestens Anfang des 5. Jahrhunderts wird der Tempelbetrieb wohl eingestellt worden sein.

Papst Bonifatius machte den Bau dann zu einer christlichen Kirche. Statt allen Göttern weihte er das Haus nun – außer der Mutter Gottes – allen Märtyrern. Aus den Katakomben der Ewigen Stadt ließ er nun 28 Karren mit Gebeinen in die neue Kirche Santa Maria ad Martyres bringen. Einmal als letzte Ruhestätte umgenutzt, ließen sich in der Renaissance dann auch nichtheilige Größen aus Staat und Gesellschaft dort bestattet. Für die Maler Raffael, Perino del Vaga, Giovanni da Udine, Taddeo Zuccari und Annibale Carracci gilt das ebenso wie für den Architekten Baldassare Peruzzi und den Komponisten Arcangelo Corelli. Aber auch Raffaels Verlobte Maria Bibbiena oder der Kardinal Ercole Consalvi liegen dort. Nach der Gründung des Königreichs Italien diente der Bau dann als Grablege aller italienischen Könige mit Ausnahme Umbertos II., der in der Abtei Hautecombe in Savoyen begraben ist. Diese von Bonifatius begonnene Verwendung des Pantheons machte Schule. So haben mittlerweile auch Paris, der spanische Escorial, das georgische Tiflis und das bulgarische Burgas ein „Pantheon“ zum Zwecke der Bestattung bedeutsamer Personen.

Am 13. Mai 610 nahm Bonofatius die Weihe des nun von ihm umgewidmeten Pantheons vor. Die Erinnerung hieran wurde später zur Allerheiligenfest. Bonifatius ordnete eine jährliche Feier an. Diese fand zunächst am Freitag nach Ostern statt. Doch im darauffolgenden Jahrhundert weihte sein von 731 bis 741 amtierender Nachfolger Gregor III. eine Kapelle in der Basilika St. Peter allen Heiligen und legte für die Stadt Rom den Feiertag auf den 1. November. Allmählich verbreitete sich der 1. November in der gesamten Westkirche. 835 legte dann Papst Gregor IV. Allerheiligen für die gesamte Westkirche auf den 1. November fest. Die Zahl der Heiligen war zu groß geworden, als dass man jeden Heiligen an einem anderen Tag hätte feiern können. Und der unbekannten Heiligen sollte an diesem Tage auch gedacht werden.

M.R.

Die letzte große Schlacht des Alten Fritz

Bei Torgau fand vor 250 Jahren die blutigste Massenschlacht des 18. Jahrhunderts statt

Im Siebenjährigen Krieg stießen am 3. November 1760 die Preußen mit 35 000 Infanteristen, 13 500 Kavalleristen und 256 Geschützen bei der sächsischen Stadt Torgau auf die etwa gleich starken Österreicher. Friedrichs des Großen Versuch eines konzertierten Angriffes von zwei Seiten endete damit, dass die Österreicher das Feld räumten, aber die Preußen die noch etwas höheren Verluste an Soldaten davontrugen.

Nach der Besetzung Berlins vom 9. bis 12. Oktober 1760 hatten sich die russischen Truppen unter den Generalen Gottlob Heinrich von Totleben und Graf Sachar Tschernischew nach Frankfurt an der Oder sowie das österreichische Kontingent unter Feldzeugmeister Franz Moritz Graf Lacy zum österreichischen Hauptheer nach Eilenberg zurückgezogen.

König Friedrich der Große von Preußen ging gar nicht erst bis zu seiner Hauptstadt, sondern wollte versuchen, die Österreicher aus Sachsen zu verdrängen, das er zur Vergrößerung seiner Ressourcen dringend brauchte. Der österreichische Feldmarschall Leopold Joseph Graf Daun hatte sich mit 52 000 Mann und 275 Geschützen bei Torgau westlich der Elbe gut verschanzt. Die Dörfer Zinna und Süptitz lagen vor der Front im Süden, während im Norden dichter Wald einen Angriff erschwerte.

Friedrich suchte die Schlacht und nahm erstmals eine Teilung seiner Truppen vor: Er selbst umging das Lager der Österreicher mit 33 500 Soldaten westlich und wollte dann von Norden her angreifen, während 15 000 Mann unter dem General der Kavallerie Joachim von Zieten zur gleichen Zeit von Süden her angreifen sollten.

Allerdings stieß Zieten südlich von Zinna auf ein Korps Kroaten, das er bekämpfte. Der Lärm dieses Treffens drang fünf Kilometer weit bis zu den Truppen des Königs, der seinen General nicht allein lassen wollte und unverzüglich den Angriff befahl. Jedoch waren noch nicht alle seine Truppen kampfbereit, sondern steckten teilweise noch im Gehölz. Gegen 14 Uhr griffen die ersten preußischen Bataillone an, wurden aber durch das konzentrierte Artilleriefeuer der Österreicher zurückgeworfen. Gegen 15 Uhr waren auf Friedrichs Seite 5000 Soldaten gefallen oder verwundet.

Endlich war die Hauptmasse der preußischen Regimenter zu einem erneuten Angriff auf der Nordseite formiert, als österreichische Kavallerie auf dem Westufer der Elbe gegen das Dorf Neiden angriff und die anmarschierenden preußischen Bataillone auf dem linken Flügel zurückwarf. Da griffen frische preußische Kavallerieverbände ein und warfen nun ihrerseits die am Nordrand des Lagers kämpfenden Österreicher zurück, so dass sich das zweite Treffen der Österreicher, das bisher gegen Zieten Front gemacht hatte, umwenden musste. Zieten hatte inzwischen die zwischen Zinna und dem sogenannten Großen Teich stehenden österreichischen Verbände vertrieben, wollte aber nicht geradewegs auf die ihm gegenüberstehenden österreichischen Linien vorgehen, sondern suchte einen Weg, der ihn zur Südwestecke des österreichischen Lagers führen konnte.

Gegen 17 Uhr, als im Norden ein dritter preußischer Angriff zum Erliegen gekommen war und Daun, der am Fuß verwundet worden war und sich nach Torgau hatte wegtragen lassen, schon meinte, den Sieg errungen zu haben, griffen die Preußen unter Zieten – jetzt schon in der Dunkelheit – von Südwesten her an. Die Szene wurde schauerlich erhellt durch das brennende Dorf Süptitz, das die Österreicher angesteckt hatten.

Um 18 Uhr waren die Österreicher in der Südwestflanke umstellt. Auch von Norden her gingen die preußischen Soldaten noch einmal vor und vereinten sich unter dem Dröhnen aller Trommeln mit den Truppen Zietens. Der König ließ sämtliche verfügbaren Geschütze so aufstellen, dass die halbkreisförmig eingeschlossenen Österreicher schwer beschossen wurden. Alle ihre Verbände zogen sich nach Torgau zurück.



Friedrich der Große vor der Schlacht bei Torgau: Gemälde von Bernhard Rode aus dem Jahr 1791

Erst gegen 21.45 Uhr hörte das Schießen auf. Die Verluste der Preußen, deren Veröffentlichung der König verbieten ließ, waren beträchtlich: 16 670 Soldaten waren gefallen oder verwundet. Die Österreicher verloren 15 897 Soldaten. Der Erfolg auf dem Schlachtfeld war sehr teuer erkauft, der Gegner nicht so vernichtet, wie es die Absicht des Königs gewesen war; Daun behauptete sich in Sachsen.

Friedrich erwähnte die Schlacht in seiner „Histoire de la Guerre de sept ans“ (1763/1764) und gibt als Grund, warum er den Kampf habe wagen müssen, das Verhalten der Russen an, denn diese warteten noch immer an der Warthe, um bei einem Vorteil der Österreicher sofort über Brandenburg herfallen zu können. Nach der Schlacht gingen sie gleich bis Thorn zurück.

Friedrich erwähnte in seiner Schilderung über die Nacht nach der Schlacht noch eine Episode, die fast in Vergessenheit geraten ist, aber die menschliche Haltung der damaligen Soldaten beleuchtet, die sogenannte „seltsame Tatsache, wovon sich vielleicht kein Beispiel in der Geschichte findet. Es waren Soldaten beider Armeen, welche in diesem Holze (an Lagerfeuern in der kalten Nacht) Zuflucht gefunden hatten. Diese hatten untereinander eine Neutralität verabredet, um abzuwarten, wie das Schicksal über die Preußen und Österreicher entscheiden werde, beiderseits entschlossen, sich dem Glücke anzuschließen, und sich dem siegenden Teile zu ergeben.“ *Jürgen Ziechmann*

Kaffeekränzchen à la Luise

Jeden Donnerstag kamen die Kränzlerinnen nachmittags 3 Uhr artig geputzt zusammen.“ – so ein Zitat von Sophie von la Roche aus dem Jahre 1780. Rund 80 Personen folgten einer Einladung des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen zu einem „Kaffeekränzchen à la Luise“, das allerdings abweichend von der obigen Regel an einem Sonnabend stattfand. Bei der Begrüßung der Gäste durch den Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, Wolfgang Freyberg, erwähnte dieser besonders Almut Binkert aus Weißenburg, die für die Gestaltung des Nachmittags verantwortlich zeichnete.

Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung vom Sterntaler-Consort aus Würzburg, in dem Binkert mitspielt. Die Gruppe brachte Menuette von Josef Haydn sowie ein Vivace von Ludwig van Beethoven zu Gehör. Eingebettet darin waren Rezitationen aus den Briefwechseln zwischen Königin Luise und ihrer Erzieherin Salomé de Gélieu sowie der Auszug „Die Sterbestunde von Königin Luise“ aus dem Roman von Sophie Hoechstetter. Diese Wortvorträge sprachen in zeitgenössischen Kostümen Anja und Johanna Tiede von der Weißenburger Bühne.



Luise: Aus ihren Briefen

Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken war Gelegenheit, die noch bis zum 31. Dezember im Ellinger Barockschloss geöffnete Ausstellung und dort vor allem die Ausschnitte aus den historischen Spielfilmen über die beliebte und verehrte Königin Luise zu betrachten. *mef*

Früherer Leiter der Seeleitstelle Hela verstorben

Brigadegeneral a.D. Udo Ritgen trug zur Rettung von 500 000 ostpreußischen Flüchtlingen bei – Träger der Albertus-Nadel in Gold

Udo Ritgen verstarb am 11. Oktober 2010 in seinem 94. Lebensjahr. Er wurde am 15. Oktober im Kreise seiner Familie und zahlreicher Verwandter, Freunde und ehemaliger Kameraden in seinem südlich Münchens gelegenen Wohnort Pullach beigesetzt.

Mit dem Tod des ehemaligen Brigadegenerals Udo Ritgen haben die Landsmannschaften der Ost- und Westpreußen einen herausragenden und im Laufe seines langen Lebens hoch verdienten Vertreter der Preußen und der preußischen Heimat verloren. Sein Verlust ist schmerzlich, der Verstorbene sollte uns unvergessen bleiben.

Wer den Vorteil hatte, Udo Ritgen persönlich zu kennen und sein großes Engagement für unsere früheren ost- und westpreußischen Heimatgebiete wie auch die Pflege enger Kameradschaften aus den schweren Kriegsjahren erleben durfte, der empfindet es stark, dass sein Platz in unseren Reihen kaum ersetzbar ist.

Die Biografie des Verstorbenen war von zahlreichen Stationen gezeichnet, die seine Menschlichkeit und seinen Willen zur unbeugsamen Pflichterfüllung gegenüber seinen Mitmenschen und seinem Vaterland begründeten. Seinen gradlinigen Charakter und seine liebenswürdige Art verband der Verstorbene zu einem Charisma, das ihn aus der Masse hervorhob und zu einer wertvollen Führungspersönlichkeit prädestinierte.

Tätig in der Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern

Udo Ritgen entstammte einer westpreußischen Gutsbesitzerfamilie. Er wurde am 22. Juni 1916 in Danzig als erstes Kind des Rittergutsbesitzers Bruno Ritgen und dessen Ehefrau Irena geborene Berghoff-Ising geboren. Seine Jugend verlebte Ritgen auf dem Familiengut Groß Falkenau im Kreis Rosenberg im Kreise seiner vier Geschwister. Nach dem Besuch der Gymnasien in Deutsch Eylau und Marienwerder machte er dort 1935 das Abitur. Am 1. April 1936 startete Ritgen mit seinem Eintritt in das Infanterie-Regiment 3 in Deutsch Eylau als Fahnenjunker eine Karriere als Berufssoldat in der Wehrmacht und danach in der Bundeswehr. Der Führungsoffizier Ritgen kam im Zweiten Weltkrieg an mehreren Fronten zum Einsatz. Seine herausragenden militärischen Leistungen, sein Organisationstalent und seine persönliche Tapferkeit wurden mit hohen Auszeichnungen gewürdigt.

Am 24. September 1944 heiratete Ritgen Gertraude Christ, eine Tochter des Kapitänleutnants a. D. und verdienten Veteranen aus dem Ersten Weltkrieg, Justus Christ.

Sein dramatischstes Kommando übernahm Udo Ritgen im März 1945 als Major i. G. und Leiter der Seeleitstelle Hela. Das Armee-Oberkommando (AOK) Ostpreußen beauftragte ihn mit der Evakuierung und Rückführung von rund einer halben Million Flüchtlinge und Soldaten aus Ost- und Westpreußen von Hela aus über See. Unter ihnen befanden sich auch seine Eltern, eine seiner Schwestern und viele Familien, die auf den Gütern seiner Familie gelebt hatten. Seine und die Brüder seiner Frau, insgesamt fünf, fielen allesamt als tapfere Offiziere. Nach seiner Gefangenschaft in Belgien und in Munster bei Hannover wurde Ritgen im Frühjahr 1947 nach Westfalen entlassen.

Im Ensemble des Mahnmals Flucht und Vertreibung der Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern e. V. Oberschleißheim bei München befindet sich ein mit Hilfe der Bayerischen Staatsregierung nach hierher geretteten Landungsboot Type 41, das an den Rettungsaktionen von Hela aus unter Ritgens Kommando im Einsatz war und nun mahnend an die Leistungen dieses hervorragenden und tapferen Offiziers, seiner Kameraden und der Bootsbesatzungen erinnern soll. Die tapfere Besatzung hatte in den Wirren der letzten Kriegstage unter Lebensgefahr das mit Flüchtlingen voll besetzte Boot glücklich über die Ostsee zur sicheren Westküste gerettet. Dort wurde es später als Arbeitsboot verwendet und schließlich als eines der Rettungsboote von Hela wiedergefunden.


Dienst in Wehrmacht und Bundeswehr: Udo Ritgen Bild: privat

Im Jahre 1948 begann Ritgen ein Studium der Rechte in Frankfurt am Main, das er 1952 mit dem 1. Staatsexamen abschloss. Bereits im März 1953 setzte Ritgen seine militärische Karriere in der damaligen Vorläuferorganisation der deutschen Bundeswehr, dem „Amt Blank“, fort. Bei der Bundeswehr wurde Ritgen wieder Generalstabsoffizier. Dort oblagen ihm in einem Spezialkommando im Wesentlichen Beobachtungen, Analysen und Beurteilungen hoher und komplizierter militärpolitischer Abläufe und Zusammenhänge. In seine Zeit fielen einige sehr schwierige und gefährliche politische Verwerfungen im internationalen Raum. Im Internet ist zu lesen, dass er in der operativen Beschaffung (Ost) des Bundesnachrichtendienstes tätig war – eine in der Zeit des Kalten Krieges für die Sicherheit Deutschlands überaus wichtige Aufgabe.

Im Herbst 1975 begab sich Udo Ritgen in den Ruhestand. Doch der erfahrene Brigadegeneral blieb eine sehr gefragte Persönlichkeit für wehrpolitische Vorträge, andere publizistische Aktivitäten und für Ehrenämter. Neben seinen Hauptinteressen Politik, Wirtschaft, Wehrwesen, Wissenschaft, Technik und Geschichte konnte er sich nun auch wieder seinen Hobbys Bergwandern, Skifahren und Schwimmen stärker zuwenden.

Udo Ritgen war lange Zeit Mitglied des Vorstands der Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern e. V. In „dankbarer Würdigung seiner langjährigen Verdienste auf kulturpolitischem und wissenschaftlichem Gebiet um die Überlieferung und Erhaltung ost- und westpreußischer Kulturwerte“ verliehen ihm die Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern und die Landesgruppe Bayern der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen im Juni 2006 zu seinem 90. Geburtstag die „Albertus-Nadel in Gold“.

Der verstorbene Brigadegeneral Udo Ritgen hat sich um Menschen und Heimat große Verdienste erworben. *Reinhard Krohn/PAZ*

Geldstrafen kann doch keiner zahlen

Zu: „Brüssel will mehr Macht“ (Nr. 40)

Um das Ausufern der Schulden in den Mitgliedsländern einzudämmen, will Brüssel gegen Staaten, die ständig den gesetzten Schuldenrahmen nicht einhalten, Geldstrafen verhängen, um sie zu einer solideren Haushaltspolitik zu zwingen. Wie aber soll das funktionieren? Da müssten ja die Schuldensünder, denen das Geld fehlt, weswegen sie ja diese Schulden aufhäufen, zusätzliche Schulden machen, um ihre Strafen bezahlen zu können. Da ist der deutsche Vorschlag, solchen Staaten Subventionen zu kürzen oder deren Mitbestimmungsrechte zeitweise einzuschränken, sinnvoller.

Dieter Dziobaka, Hamburg

Doktorandin aus Wales sucht Vertriebene für Studie

Zu: Flucht und Vertreibung

Ich heiße Arddun Arwyn und promoviere im Fach Geschichte an der Aberystwyth University Wales, Großbritannien, unter der Betreuung von Herrn Dr. Peter Lambert. Mein Thema lautet „Das soziale Gedächtnis und die Kulturhistorik der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland, 1949 bis 2009“. Ich werde die verschiedenen Darstellungen von Flucht und Vertreibung sowie der verlorenen Heimat erforschen.

In meiner Arbeit werde ich darstellen, wie die Geschichte der Heimatvertriebenen von den Vertriebenenverbänden in den Medien, von Historikern und den Vertriebenen selbst präsentiert wird und welche Erinnerungen die Betroffenen haben. Ein weiterer Aspekt ist die Art und Weise, in der die Geschichten von Flucht, Vertreibung und der Heimat in den Familien weitergegeben wurden und werden. Ziel ist es, die Beziehung zwischen sozialem Gedächtnis, Kulturhistorik und der Identität der Vertriebenen und ihres Nachwuchses aufzuzeigen.

Als Teil meiner Forschung führe ich Interviews mit Heimatvertriebenen und deren Familien. Wenn Sie daran interessiert sind, an dieser Studie teilzuhaben und selbst interviewt zu werden, dann melden Sie sich gerne bei Graham Attwell, Hornerstr. 93, 28203 Bremen, Mobil (0176)35557555, Telefon (0421)1742790, aha08@aber.ac.uk.

Arddun Arwyn, Aberystwyth, UK

Moloch EU

Zu: „Brüssel will mehr Macht“ (Nr. 40)

So schlimm der ganze Europawahnsinn ist – es hat sicher auch was Gutes. Denn je mehr Brüssel die Völker bevormundet und die Daumenschrauben anzieht, umso größer wird die Ablehnung gegenüber diesem Moloch. Bin gespannt, in welchem Land sich der Zorn zuerst Luft verschaffen wird. Irgendwann ist es soweit. Die BRDler werden natürlich bis zuletzt gehorchen und sich fügen.

Andreas Walter, Dittelsdorf

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Der Islam und Deutschland: Bundespräsident Christian Wulff hat mit seiner Rede zum 3. Oktober eine Diskussion über die Beziehung ausgelöst. Bild: pa

Linksfaschisten gegen Assimilation

Zu: „Integration ausgepfiffen“ (Nr. 41)

Warum wird Assimilation von den linksfaschistischen Multikulti-Spinnern denn nur so bekämpft? Assimilation sollte doch der anzustrebende Endzustand jeder gelungenen Integration sein. Assimilation ist doch das Aufgehen der Zuwanderer in der Aufnahme-Gesellschaft durch freiwillige Heirat im Laufe der Generationen. Diese wunderbaren Integrations-Beispiele haben wir doch bei den Polen im Ruhrgebiet und auch bei den Hugenotten erlebt. Was soll denn daran falsch sein, wenn dies auf vollkommen freiwilliger Basis geschieht?

Unsere islamistischen Zuwanderer (vornehmlich die türkischen) und diese ideologisch verbohrten Linksfaschisten diskreditieren diese Vermischungen durch Heirat immer wieder als „Nazi-Ideologie“ und tolerieren lieber „reinrassige“ Import-Bräute aus Anatolien und tolerieren auch lieber die rassistisch motivierten „Ehren“-Morde der Islamisten. Wer Assimilation ablehnt, will in Wahrheit auch keine Integration, sondern die Zerstörung unseres Volkes durch Parallelgesellschaften.

Als Erstes müsste deshalb diesen deutschen linksfaschistischen Hetzern das Handwerk gelegt werden. Denn so wie jetzt kann Integration nicht gelingen. Mit Linksfaschisten meine ich ausdrücklich nicht Menschen wie Oskar Lafontaine oder Klaus Ernst, aber Leute wie Claudia Roth oder diese hasstriefenden, gewaltbereiten Radikalen von diesem „Kampf gegen Rechts“.

Dieter Schmekies, Bad Vilbel

Tag der Einheit zugleich Tag der offenen Moschee

Zu: „Enttäuschung“ und „Macht der Gefühle“ (Nr. 40)

Die Journalisten Badenheuer und Heckel haben die Geschehnisse zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit (leider nur mit Mitteldeutschland) auf den Punkt gebracht. Wäre nur noch zu ergänzen, dass unser Bundespräsident auch der Präsident der hier lebenden Buddhisten sein sollte.

Es lässt schon aufhorchen, wenn ausgerechnet an diesem Tag der Tag der offenen Moschee proklamiert wird. Den beiden christlichen Kirchen hätte es gut zu Gesicht gestanden, wenn an diesem Tag zu Dank-Gottesdiensten aufgerufen worden wäre (Nun danket alle Gott ...).

Wie eingewanderte Migranten, die jetzt einen deutschen Pass besitzen, zu ihrem neuen Land stehen, ist beim Absingen der Nationalhymne ersichtlich. Unser Vorzeige-Fußballer Özil hüllt sich da grundsätzlich in Schweigen. So auch beim letzten EM-Spiel gegen die Türkei. Immerhin sind solche Spiele eine Aushängeschild für Deutschland. Mit welcher Inbrunst haben die Türken hier ihre Nationalhymne gesungen.

Dieses Land schafft sich aus vielerlei Gründen unaufhaltsam ab. Frau Roth und Herr Özdemir laufen sich zur Regierungsübernahme in Berlin schon mal warm. Denk ich an Deutschland in der Nacht ...

Bernd Dauskardt, Hollenstedt

Coventry war Schwerpunkt der Flugzeugproduktion

Zu: „Deutsche Opfer“ (Nr. 38)

Ihren Hinweis auf die zeitliche Reihenfolge der Fliegerangriffe und deren Opferzahlen im Vergleich Coventry/Hamburg im Artikel finde ich „goldrichtig“. Natürlich hätte es den Textumfang gesprengt, zwei weitere, in der allgemeinen Diskussion vernachlässigte, Unterschiede aufzuzeigen, die Rechtfertigung und die Struktur der Ziele: Coventry war Schwerpunkt der Flugzeugproduktion und somit ein militärisch naheliegendes Angriffsziel, im Falle Hamburg war es wohl eher das „moral bombing“. Ich habe während des Krieges im brandenburgischen Jüterbog gewohnt und, obwohl es dort vier Kasernen und zwei Fliegerhorste – also ein taktisch durchaus lohnendes Angriffsziel – gab, sind dort nur einmal – eher versehentlich – ein paar Bomben gefallen, die auch fast keinen Schaden anrichteten, von Verletzten oder gar Toten ganz zu schweigen. Und zur Struktur: In England gibt es in vielen Städten keine Stadtplanung (wie in Deutschland) in dem Sinne, dass zwischen Wohn- und Fabrikbereichen eine möglichst „saubere“ Trennung besteht: Industrie- und Wohngebiete sind relativ eng verwoben, was natürlich auch zur Erhöhung der Opferzahlen beigetragen hat. Ich kenne Coventry zwar nicht, aber in Southampton zeigte sich das.

Dr.-ing. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

Talente vererben sich sehr wohl

Zu: „Tabuisierte Forschungen“ (Nr. 38)

Ich danke Ihnen für die Aufzeichnung der Vererbungslinien, wie manch andere Wahrheit eine extrem karriereschädliche Wissenschaft, weil sie der primitiven sozialistischen Gleichheitsideologie zuwiderläuft.

Bei uns an der Ecke hängen öfters Empfehlungszettel für Nachhilfeunterricht: „Ihr Kind ist nicht dumm. Es gibt keine dummen Kinder.“ Ich schrieb mal darunter: „Aber jedenfalls dumme Politiker!“

Zu meiner Zeit wurden in der Volksschule die Sitzplätze nach der schulischen Leistung vergeben – und verändert. Es waren aber immer die Kinder der gleichen Familien, welche die ersten Plätze belegten, so lange man denken konnte. Und das unabhängig von den sozialen Verhältnissen, denn die waren in den Dörfern ziemlich gleich. Es gab Familien die sportlich waren (wie meine) oder musikalisch. Manche Familien waren gut im Rechnen, andere besser mit den Fäusten.

Übrigens: Seit Generationen wussten Mütter und Großmütter, dass ihre hoffnungsvollen lieben Kleinen für ihre bedauerlichen Unarten eigentlich gar nichts können, denn schließlich haben sie diese ja von der schwiegerelterlichen Seite leider nur geerbt.

Felix Schecke, Hannover

Es gibt in Slowenien viele Opfer-Gedenkstätten

Zu: „Massaker von Antifaschisten“ (Nr. 14)

Der erschütternde Bericht über die willkürliche Hinrichtungen im ehemaligen Jugoslawien kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges endet wie folgt: Slowenien tut sich mit der Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels ähnlich schwer wie Polen oder die Tschechische Republik.

Dieser Behauptung muss ich heftig widersprechen. So ist zum Beispiel an der Außenwand (!) der Friedhofskirche von Novo Mesto [Rudolfswerth – d. Red.] eine Gedenkplatte angebracht, auf der die Namen der aus dieser Stadt von den Kommunisten verschleppten und ermordeten Personen aufgelistet sind. Ferner kann ich dem Verfasser des Berichtes nur empfehlen, in das Waldgebiet Kocevje [Gottschee – d. Red.], das während der Zeit des kommunistischen Jugoslawiens hermetisch abgeriegelt war, zu fahren. In diesem Waldgebiet sind Tausende von Slowenen ermordet worden.

Heute ist dieses Gebiet für jedermann zugänglich. Man findet ortsbezogene Gedenkstellen und eine zentrale Gedenkstätte, deren Einweihung unter anderem im slowenischen Fernsehen übertragen worden ist. Es mag vielleicht noch in den alten Seilschaften Leute geben, die diese Greueltaten vertuschen möchten, das offizielle Slowenien jedoch steht zu seiner Vergangenheit, wie es sich für einen demokratischen Staat gehört.

Seit ich die *Preußische Allgemeine Zeitung* lese, bin ich stets davon ausgegangen, dass ich eine Zeitung lese, deren Korrespondenten sauber recherchieren. Bitte erschüttern Sie diesen meinen Glauben nicht.

Horst Lindemuth, Weissach

Anmerk. d. Red.: *Mit „Aufarbeitung“ war – aus dem Kontext eigentlich ersichtlich – die* ***juristische*** *Bewältigung dieser Verbrechen mit Wiedergutmachung für überlebende Opfer und gegebenenfalls mit Bestrafung der Täter gemeint.*

Falscher Ort

Zu: „Ausgrabung in der Altstadt“ (Nr. 38)

Das Bild und der allgemeine Inhalt über Ausgrabungen können stimmen, nicht jedoch, dass dies am „Neuen Graben“ erfolgt. Für die Altstadt ist eine solche Bezeichnung nicht bekannt. Die bereits 1648 angelegte Straße Neuer Graben gehörte weder zur Altstadt noch lag sie gegenüber der Kneiphofinsel, sondern ein gutes Stück weiter westlich im Stadtteil Laak. Sie hatte außer dem Zschockschen Stift wohl eine Bebauung aus dem 19. Jahrhundert. Heute stehen dort etwa zehngeschossige Plattenbauten.

Gerhard Mannke, Elmshorn

Was in Deutschland als »gesicherter Forschungsstand« gilt

Zu: „Zeitzeugen – Peter Steinbach“ (Nr. 40)

Unter „Zeitzeugen“ kommt der Leiter der Gedenkstätte Widerstand in Berlin, Peter Steinbach, zu Worte. Zum aktuellen Streit um die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) und die Rüge durch das Bundesverfassungsgericht meint er, es sei „gesicherter Forschungsstand, dass die Deutschen im Nationalsozialismus kein Mitleid mit den Juden hatten“.

Wo ist dieser Forschungsstand nachzulesen? Durch böse Erfahrungen bin ich misstrauisch geworden. Dafür ein anschaulicher Beleg, der zugleich den Kern meiner Kontroverse mit der Bundeszentrale offen legt.

Seit 2002 hat sie ein Buch vertrieben, „Hitler und sein Volk“, auf dessen Rückseite zu lesen steht: „Der Autor ... beweist stichhaltig, dass die Deutschen nicht nur von den Verbrechen der nationalsozialistischen Machthaber wussten, sondern ... weit aktiver, als bisher bekannt war, mithalfen – durch Zustimmung, Denunziation oder Mitarbeit.“ Darunter nur: „Bundeszentrale für politische Bildung“. Wenn dem so wäre, so müssten wir es ertragen, ob wir wollten oder nicht.

Doch da diese „Beweise“ meinen Auswertungen von Hunderten von Zeitzeugnissen widerstreiten, habe ich das Buch mehrmals gelesen, um aus den „Beweisen“ Schlüsse zu ziehen. Als ich sie nicht fand, wandte ich mich an den zuständigen Minister, dann an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, dann an das Kuratorium der Bundeszentrale immer mit der Frage, wo sich in dem Buch diese Beweise befinden. Ich erhielt stets eine formal korrekte, aber absolut nichtssagende Antwort. Zu guter letzt folgte die schier unglaubliche Kapitulation: „Die Diskussion [über meine Anfrage] verlief naturgemäß kontrovers. Konsens bestand jedoch darin, dass der von der Verlagspublikation übernommene Klappentext nicht die Bewertung der Bundeszentrale wiedergibt.“ Doch Tatsache ist, dass unter dem verleumderischen Text steht: „bpb: Bundeszentrale für politische Bildung“ und sonst nichts!

Seit ich diese bittere Erfahrung machen musste, bin ich doppelt skeptisch gegenüber jenen, die von „gesichertem Forschungsstand“ sprechen. Darum lautet mein Resümee in dem Text, der dann makuliert wurde: „Wir dürfen nicht zögern, die Verbrechen des NS-Regimes als wichtigen Teil der deutschen Geschichte, der deutschen Identität zu bekennen. Aber wir sollten jenen entgegentreten, die allgemein von deutscher Schuld sprechen, wenn damit gemeint ist, dass die große Mehrheit der damals lebenden Deutschen mitschuldig gewesen sei an einem der größten Verbrechen in der Menschheitsgeschichte. Ein solcher Vorwurf ist ungeheuerlich, wenn er nicht bewiesen wird. Dieser Nachweis wurde bis heute nicht erbracht.“

So schrieb ich 2004. Meine weiteren intensiven Nachforschungen haben an diesem Kenntnisstand nichts geändert, wie mein neues Buch „Deutsche Schuld 1933 bis 1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen“ beweist.

Prof. Dr. Konrad Löw, Baierbrunn

Heisig: Das war kein Selbstmord!

Zu: Leserbrief „Unsere Politiker merken doch nichts mehr...“ (Nr. 39)

Es scheint höchst unwahrscheinlich, dass Kirsten Heisig Selbstmord begangen hat. Allzu viele Indizien sprechen dagegen: die Tatsache, dass die Behörden in allerkürzester Zeit erkannt haben wollen, dass sie durch Selbstmord umgekommen sei, die Tatsache, dass es keinen Abschiedsbrief gab, dass sie als lebensfroh beschrieben wird, dass sie die Korrekturlesung ihres Buches betrieb, weitere Öffentlichkeitsarbeit plante und zwei junge Töchter hinterließ. In ihrem Buch „Das Ende der Geduld“ beschreibt sie, dass ihr Zeugen sozusagen abhanden gekommen seien, weil sie eingeschüchtert plötzlich nicht mehr aussagen wollen.

An einem Frankfurter Gericht entfernen die Richter ihre Namensschilder von den Türen und verhandeln, wenn möglich, nicht in Gegenwart der „Klienten“, sondern senden die Urteile schriftlich zu. In meinem Freundeskreis wurde ein junger Mann von Ausländern vor einer Disco zusammengeschlagen. Die Polizei riet ihm, nicht vor Gericht gegen die Täter auszusagen, da ein bekannter Familienclan hinter ihnen stehe und er sich durch seine Aussage in große Gefahr begebe.

Eine Frau wie Kirsten Heisig hätte des dauernden Personenschutzes bedurft. Man fragt sich, warum die Behörden so schnell einen Selbstmord glaubten feststellen zu können. Will man die Bürger beruhigen oder ist „Ermitteln verboten“?

Brigitte Bean-Keiffenheim, Frankfurt a. M.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 43 – 30. Oktober 2010

Prädestiniert für eine enge Zusammenarbeit

Das dritte »Deutsch-Russische Forum« der Landsmannschaft Ostpreußen tagte in Gumbinnen

„Zukunft braucht Vergangenheit“ heißt die Leitlinie des vor drei Jahren ins Leben gerufenen „Deutsch-Russischen Forums“. Was als Experiment begann, wurde inzwischen zur festen Einrichtung. Am 16. Oktober trafen sich deutsche und russische Kulturschaffende in Gumbinnen.



Im Kulturhaus Gumbinnen: Wolfgang Freyberg stellt das Kulturzentrum Ellingen vor. Bild: MRK

Die Wahl des Austragungsortes fiel in diesem Jahr auf das Kulturhaus in Gumbinnen, weil Gouverneur Nikolaj Zukanow während seiner fünfjährigen Amtszeit als Bürgermeister von Gumbinnen (Gusew) die Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Gumbinnen suchte und pflegte. Nun hoffen auch die anderen im Gebiet aktiven Kreisgemeinschaften darauf, dass Zukanow sich in seiner Funktion als Gouverneur weiter für die Zusammenarbeit einsetzen wird.

Dank seiner guten Kontakte sorgte Klaus Lunau gemeinsam mit Ehefrau Walentina für die organisatorische Vorbereitung vor Ort. Brigitte Stramm, Mitglied des Bundesvorstands der Landsmannschaft Ostpreußen, war die Initiatorin für das gemeinsame Kulturprojekt. Sie übernahm die Gesamtorganisation von der Bundesrepublik Deutschland aus sowie die Leitung am Veranstaltungstag.

Dass den Menschen, deutschen wie russischen, der gegenseitige Austausch ein echtes Bedürfnis ist, beweist der große Andrang. Die Landsmannschaft, aus deren Mitteln alle bisherigen Foren finanziert wurden, hatte die Teilnehmerzahl auf 60 begrenzt, gekommen waren mehr als 70. Unter den 18 deutschen Teilnehmern waren Kreisvertreter und Kirchspielvertreter der Heimatkreise Königsberg Stadt und Land, Angerapp, Elchniederung, Tilsit, Tilsit-Ragnit, Labiau, Fischhausen, Gerdauen, Gumbinnen und Heiligenbeil anwesend. Nachdem Lunau die Gäste begrüßt hatte, sprach Stramm in ihrem Grußwort über erste Erfolge der Zusammenarbeit, die möglich wurden, weil nach und nach Archive geöffnet werden und Veröffentlichungen möglich sind. Getreu dem Motto „Nichts bleibt wie es ist, alles unterliegt einem ständigen Wandel“ wünschte sie allen Teilnehmern Erfolg für eine noch engere Zusammenarbeit.

Bürgermeisterin Galina Silenko, erst seit wenigen Tagen im Amt, sprach sich für die Erhaltung noch existierender deutscher Bauwerke

Erste Früchte des Forums: Vertrag über Zusammenarbeit

aus. Dies könne nur mit Beteiligung der ehemaligen Bewohner gelingen. In diesem Sinne äußerte sich auch Sinaida Mojsejewa von der Gebietsduma, indem sie erklärte, gerade die jüngere Generation müsse die Geschichte der Stadt kennenlernen und dazu gehöre die deutsche Zeit. Als Vertreter des deutschen Generalkonsulats nahm Konsul Wolfgang Birmans teil. Der Konsul hält das nördliche Ostpreußen aufgrund seiner geographischen Lage geradezu für prädestiniert für die Zusammenarbeit. In Gesprächen werde immer wieder deutlich, dass viele Russen an deutscher Geschichte interessiert seien.

Brigitte Stramm übergab im Namen der Landsmannschaft Ostpreußen einen mit dem Staatlichen Archiv Königsberg vereinbarten Vertrag zur Zusammenarbeit an die Delegationsleiterin des Archivs, Alla Fjodorowna. Es ist das erste erfolgreiche Ergebnis zurückliegender Foren.

Anschließend eröffnete Eckard Steiner von der Kreisgemeinschaft Gumbinnen das eigentliche Programm mit einem Vortrag über die Stadt Gumbinnen und ihr reiches kulturelles Erbe. In einem Exkurs zeichnete er die Entwicklung der Stadt seit 1991 bis zur Gegenwart, berichtete über humanitäre Hilfe, kulturelle Kontakte und die Erfolge der Kreisgemeinschaft. Wolfgang Freyberg vom Kulturzentrum Ellingen stellte das Museum im Deutschordensschloss Ellingen vor und zeigte am Beispiel bisheriger Wanderausstellungen, wie die Zusammenarbeit konkret aussehen kann. Genannt sei die Ausstellung über das Trakehner-Gestüt im Museum Friedländer Tor 2007, eine Ausstellung über Königin Luise 2008 und die Wanderausstellung zur Geschichte des Deutschen Ordens von der Gründung bis zur Gegenwart. Letztere zog auch die Aufmerksamkeit der örtlichen Presse und des Fernsehens auf sich.

Die großen Möglichkeiten zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit würden zur Zeit durch Schwierigkeiten im Grenzverkehr behindert. Hier biete das Forum eine Chance, die Probleme gemeinsam zu lösen.

Hindernisse gibt es allerdings nicht nur durch Staatsgrenzen. Seit dem Erlass eines Gesetzes zur Rückübereignung ehemaliger kirchlich genutzter Gebäude an die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) entstehen neue Probleme. Die ROK erhebt seit einiger Zeit nicht nur Ansprüche auf Kirchen, die ursprünglich von ihr genutzt wurden, sondern auch auf Ordensburgen und protestantische Kirchen. Anatolij Bachtin berichtete in seinem Vortrag über die Ordensburgen, dass die Eigentumsverhältnisse einiger Burgen

Eine zarte Pflanze benötigt Pflege, um zu wachsen

ungeklärt seien, andere sich bereits im Besitz der ROK befänden. Diese begründet ihren Anspruch damit, dass es in jeder Ordensburg auch eine Kirche gab. Einzige Ausnahme ist Schloss Insterburg, dessen Wiederaufbau staatlich unterstützt wurde. Für Labiau wurden bereits Pläne ausgearbeitet und die EU stellte Fördermittel bereit. Diese wurden allerdings an Polen übergeben mit dem Auftrag, das Bauprojekt umzusetzen. Polen habe diese Mittel jedoch zweckentfremdet verwendet. Auch Pläne privater Investoren hätten zu nichts geführt. In Taplacken sollte ein Hotel entstehen, aber weil dort Obdachlose untergekommen waren, für die kein Wohnraum zur Verfügung stand, konnte das Vorhaben nicht verwirklicht werden.

Mit dem Vortrag von Dr. Vitalij Maslow von der Kant-Universität in Königsberg über das „Zusammenleben zwischen Deutschen und Russen im Königsberger Gebiet nach der Kapitulation und in den ersten Nachkriegsjahren“ wurde ein Thema angesprochen, das gerade für die deutschen Teilnehmer traumatisch behaftet ist. Maslow berief sich auf die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz, in der das nördliche Ostpreußen an Russland gefallen sei. Die Politik der Sowjets gegenüber den Deutschen sei widersprüchlich gewesen. Einerseits habe ihnen Königsberg als die „Wiege des reaktionären Hitlertums“ gegolten, von dem Terrorakte ausgegangen seien, andererseits würden in den Protokollen keine Hinweise auf terroristische Handlungen erwähnt. Die Unterdrükkung der deutschen Bevölkerung sei aufgrund der Vorgaben der Alliierten erfolgt. Der sonst souveräne Übersetzer geriet bei diesem Vortrag öfter ins Stocken. Diese Tatsache schien den relativierenden Inhalt des Vortrags und die fehlende wissenschaftliche Distanzierung des Vortragenden noch zu unterstreichen. Nicht nur die deutschen Teilnehmer fühlten sich unangenehm berührt. Brigitte Stramm wies erklärend darauf hin, dass die deutsch-russische Zusammenarbeit eine zarte Pflanze sei, die erst noch wachsen müsse, ehe Themen von solcher Brisanz diskutiert werden könnten.

In den Diskussionen kam vor allem die Visumfrage aufs Tapet. Hier bietet der geschlossene Vertrag künftig die Chance, als Teilnehmer des Forums visafrei reisen zu können. Auch das Schicksal der Kirche Arnau, die mit deutscher Hilfe rekonstruiert wurde und auf die nun ebenfalls die ROK Anspruch erhebt, gibt Anlass zur Sorge. Auf der Ebene der Kreisgemeinschaften gibt es einen engen Austausch, der durch das Forum neue Impulse erhält. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Heilwasser in Goldap entdeckt

Wenn es auch nicht einen hohen Soda-Gehalt hat, es ist aber hoch mineralisiert. Es geht um Mineralwasser aus Goldap (Gołdap). Die erste Analyse wurde bereits durchgeführt. In der Umgebung der masurischen Kreisstadt wurde eine tiefe Mineralwasser-Quelle entdeckt. Im Sommer wurden zwei Proben für die Analyse entnommen. Heute ist es sicher, dass das Wasser hoch mineralisiert ist und zur Heilung im Goldaper Sanatorium verwandt wird. „Goldapianka“, so wird es heißen; in Kürze wird es in speziell dafür errichteten Räumen gelagert. Ein Teil des Wassers wird in Flaschen gefüllt und in Geschäften verkauft. *PAZ*

BdV präsentiert sich geschlossen

Für Zwangsarbeiterentschädigung und Nationalen Gedenktag – Alte Beschlüsse von Union und FDP

Neben Erika Steinbach als Präsidentin des BdV wurden auf der BdV-Bundesversammlung am 23. Oktober folgende sechs Personen als Vizepräsidenten gewählt (alphabetische Reihenfolge): Dr. Bernd Fabritius (Siebenbürger Sachsen), Wilhelm v. Gottberg (Ostpreußen), Alfred Herold (SL und BdV Hessen), Christian Knauer (BdV Bayern), Helmut Sauer (Schlesier, OMV Bundesvorsitzender), Albrecht Schläger (sudetendeutsch-sozialdemokratische Seliger-Gemeinde). Als weitere Präsidiumsmitglieder wurden gewählt: Oliver Dix, Adolf Fetsch, Stephan Meyer (MdB), Hartmut Saenger und Arnold Tölg.

„Wir haben die Querelen nicht begonnen“, erklärte die 67-jährige Präsidentin über die Streitigkeiten der zurückliegenden Monate hinsichtlich des Stiftungsrates. Der BdV werde seine Anliegen weiterhin „in Gelassenheit, aber auch mit Nachdruck verfolgen“.

Steinbach warnte die betreffenden Länder davor, die Vertreibung so vieler Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg zu relativieren. „Auch nicht unter Hinweis auf Ursache und Wirkung, wie es in der deutschen Politik und in manchen unserer Nachbarländer gang und gäbe ist.“ Solche Töne seien „einfach gespeist aus archaischem Blutrachedenken“.

Konkret forderte die Bundesversammlung des BdV von der Bundesregierung eine Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter

Wilhelm v. Gottberg: Es gab nicht nur deutsche Schuld

in Form einer Einmalzahlung. Die Delegierten erinnerten daran, dass die Bundestagsfraktion der Union mit den Stimmen FDP im Jahre 2003 bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht hatte. Schon wegen des hohen Alters der Betroffenen müsste diese Gesetzeslücke nun unbedingt geschlossen werden.

In zwei weiteren Entschließungen bekräftigte der Verband seine Solidarität mit den Spätaussiedlern. Die Integrationsleistungen für diese Gruppe seien eine gute Investition, die Aussiedler selbst ein Gewinn für das Land.

Außerdem erneuerte der BdV seinen Appell, den 5. August zum Zeichen der Verbundenheit mit den deutschen Heimatvertriebenen zum „Nationalen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung“ zu erklären. Auch hier liegen Festlegungen von Union und FDP aus der rot-grünen Regierungszeit vor. Am 11. Juli 2003 hat nämlich der Bundesrat mit seiner damaligen schwarz-gelben Mehrheit in einer höchst lesenswerten Entschließung dieses Anliegen unterstützt. Die Umsetzung steht aber trotz der seit Herbst vorhandenen Bundestagsmehrheit von Union und FDP bis heute aus.

Für eine historische Debatte ohne Tabus sprach sich in den Beratungen der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Rudi Pawelka, aus. Auch Vizepräsident Wilhelm von Gottberg kritisierte: „Jahrzehnte wurde nur über die deutsche Schuld gesprochen.“ Nun müsse der Blick nach vorne gerichtet werden. *K.B.*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

womit wir die letzte Folge beendeten, damit können wir heute beginnen: mit Fragen und Antworten und wieder neuen Wünschen – ein nahtloser Übergang also von einer Folge zur anderen ohne lange Einleitung, denn es kommen viele Zuschriften, so dass unser „Familienpungel“ mal wieder prallvoll ist. Und „vollgepremst“ mit den unterschiedlichsten Themen sind auch manche Briefe, für die nicht einmal eine ganze Familienseite reichen würde, um sie auch nur annähernd behandeln zu können. So muss ich auch noch einmal auf das Schreiben von Herrn **Gerhard Mannke** aus Elmshorn zurükkkommen, denn da sind noch zwei Fragen offen. Die eine betrifft seine Kindheitserinnerungen an eine Königsberger Konditorei, an der Schlossteichpromenade zwischen Münzplatz und Weißgeberstraße gelegen, die er mit seiner Großmutter manchmal besuchte. Ein grüner Holzbau mit einem roten Ziegeldach über der ersten Tischreihe und einem Kaffeegarten unter hohen Bäumen. Hing dieser Holzbau vielleicht damals mit der Konditorei Zappa zusammen, die an der Französischen Straße lag? Da diese in den 30er Jahren schloss, werden sich nicht mehr viele Königsberger an die einst sehr bekannte Konditorei erinnern. Aber vielleicht kann doch einer Herrn Mannke helfen, seine Erinnerungen aufzufrischen.

Und dazu gehört auch die pregelaufwärts von Königsberg gelegene „Wojedie“ – so wird in den Landkarten die Gegend zwischen Palmburg im Westen, Arnau im Osten, Reichsstraße 1 im Norden und dem Pregel im Süden bezeichnet. Als Gerhard Mannke im Sommer 1938 dort mit Vereinskameraden zum Baden war und sie dabei durch die Gegend stromerten, entdeckten sie kurz hinter Palmburg kurz vor dem Steilufer am Pregel eine brach liegende Fläche, auf der sich zahlreiche gut metergroße Findlinge befanden. Merkwürdig war, dass sie sich von oben in etwa zentimetergroße Würfel auflösten. Jetzt durch seine Heimatforschung in Erinnerung gebracht, würde Herr Mannke gerne von diesen sonderbaren Steinen etwas wissen. Er stieß in einem Heimatbuch auf eine Bemerkung, die diese Gegend betraf: „Jerusalem, Palmburg, Wojedie, einst Kirchdörfer, befestigte Schanzen, von Raubrittern heimgesuchte Landschaften“. Dazu ist zu sagen, dass der Orden viele seiner Ländereien nach Orten aus dem Heiligen Land benannte, so auch das Gut Jerusalem. Der Elbinger Komtur Reuss von Plauen ließ beim Gut eine halbkreisförmige Schanze aufwerfen, die von einem tiefen Graben umgeben war – wohl wegen besagter Raubritter! Als der Orden im Jahre 1349 sein erstes Kloster in Königsberg auf dem Löbenicht gründete, wurde es reich mit Ländereien ausgestattet, wohl auch mit dem Gut Jerusalem. Vermerkt wird dies bei der im Zuge der Reformation erfolgten Umwandlung dieses Nonnenklosters in das Große Hospital durch Herzog Albrecht im Jahre 1531. In unserer Zeit waren Gut und Dorf eingemeindet, 1928 war ein Pregelwasserwerk errichtet worden. Dies als kurzen Geschichtsabriss zu dem Wunsch von Herrn Mannke, der so viel wie möglich über die „Wojedie“ wissen möchte und vor allem die ehemaligen Bewohner dieser Gegend anspricht, ihm ihre Erinnerungen und Überlieferungen mitzuteilen. (Gerhard Mannke, Haferkamp 8 in 25337 Elmshorn, Telefon 04121/71530.)


Bild: privat

Seit 1945 verschwunden: Was wurde aus Irmela Mattulat (hier mit ihrer Mutter Helene)?

Vom Pregel zu Weichsel und Oder. Immer mehr Fragen kommen zu diesen Grenzgebieten, deren wechselvolles politisches Schicksal sich auch in der mehrfachen Umbenennung von Städten, Dörfern und Gütern widerspiegelt. Das bereitet vor allem jüngeren Menschen Schwierigkeiten wenn sie im Rahmen ihrer Familienforschung auf überlieferte, aber nicht auffindbare Ortsnamen stoßen. Da hat unsere Ostpreußische Familie schon oft geholfen wie im Falle des Gutes Bodszanowo/Sporwitten im ehemaligen Gouvernement Plock – in der letzten Folge konnten wir noch einen interessanten Bericht von Herrn Mannke nachliefern.

Dass Herr **Max Hamsch** aus Bornich nach der Veröffentlichung des Fotos, das seinen Schwiegervater **Erich Deutschmann** in einer ihm unbekannten Uniform zeigt, viele Zuschriften bekommen würde, ahnte ich bereits aufgrund der auch mir zugesandten Erklärungen, über die ich bereits berichten konnte. Es handelt sich also um eine polnische Uniform aus der Zeit vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. Nun kam auch ein kurzer, aber herzlicher Dank von Herrn Hamsch, und da dieser an die „vielen treuen Leser der *PAZ*“ gerichtet ist, gebe ich ihn mit Freuden weiter. Der gebürtige Breslauer hat sehr viele Anrufe und Zuschriften bekommen, und damit ist das Thema „unbekannte Uniform“ nun für ihn und uns abgeschlossen. Aber da bleibt noch eine andere kleine Frage, nämlich die über den Heimatort seines Schwiegervaters, Hohenbrück bei Bombst. Er weiß so gut wie nichts über diesen Ort in der ehemaligen Grenzmark Posen-Westpreußen, der in dem südlichen Teil lag, der vor dem Ersten Weltkrieg zur Provinz Posen gehörte. Die Grenzmark wurde als Folge der Gebietsverluste durch den Versailler Vertrag aus den westlichen Grenzgebieten von Westpreußen und Posen mit Schneidemühl als Provinzhauptstadt gebildet. Der westliche Teil des im äußersten Westen der Provinz Posen gelegenen Kreises Bombst lag in dem schmalen südlichen Zipfel, der an Brandenburg und Schlesien grenzte. Nach der Auflösung der Grenzmark 1939 kam der posensche Anteil zu diesen beiden Provinzen, heute gehört er zur Republik Polen. Wir sprechen also in erster Linie die Leser an, die aus Posen oder der Grenzmark stammen und denen die ehemalige Kreisstadt Bombst ein Begriff ist, die vielleicht auch über das damalige Hohenbrück etwas sagen können. Wenn Herr Hamsch auch nicht wieder so viele Zuschriften und Anrufe erwarten kann, er würde sich über jede Auskunft freuen. (Max Hamsch, Jahnstraße 14 in 56348 Bornich, Telefon/Fax 067771/8326.)

Das Uniformbild hat wohl auch unsern Leser **Horst Schröder** aus Bremen angeregt, ein altes Foto hervorzusuchen, das seinen Großvater **Christoph** Schröder mit einer ähnlichen Mütze zeigt, und es uns mit der Frage vorzulegen, ob es sich hier auch um eine polnische Uniform handelt könnte. Leider ist aber die übermittelte Kopie so unscharf, dass sie sich nicht zur Veröffentlichung eignet, was eigentlich sehr schade ist, denn der Träger zeigt sich in einer seltsamen Vermummung, ein heller Pelzmantel hüllt den Mann von Kopf bis Fuß ein, nur durch die Mütze mit Kordel ist er als Soldat erkennbar. Ein riesiger Zottelbär, der in den in dicken Fausthandschuhen steckenden Händen ein Gewehr in der Hand hält. Das Foto müsste etwa im Jahre 1920 in Pionki in Polen gemacht worden sein. Die Mütze ist dem polnischen Militär zuzueignen, wie Kordel und Emblem, das wohl den polnischen Adler zeigt, vermuten lassen. Jedenfalls muss die Aufnahme bei bitterer Kälte entstanden sein, wie der dicke, langzottelige Pelz beweist. Herr Schröder hätte gerne mehr über seinen Großvater gewusst, beispielsweise wo und wann er geboren wurde, und fragt, wer sich mit Nachforschungen über polnische Militärangehörige deutscher Herkunft befasst hat und bezügliche Auskunftstellen nennen kann. Wichtig wäre für ihn, etwas über den Ort Adolfin, Kreis Cholm – polnisch Chelm – zu erfahren und er hofft, dass – angeregt durch die bisherigen Erfolge – er aus unserem Leserkreis Hinweise bekommt. (Horst Schröder, Ruppertshainer Straße1 in 28307 Bremen, Telefon 0421/487729.)

Dicke Handschuhe kann man ja in den bitterkalten Wintern unserer östlichen Heimatländer gebrauchen, wo das Thermometer schon die -40-Grad-Marke erreichen kann, jedenfalls damals konnte, als wir Kinder waren und dann „Mauchen“, diese grässlichen Pulswärmer, tragen mussten. Glücklich, der ein Paar jener wunderschönen Kurenhandschuhe besaß, jene aus weicher Wolle gestrickten Fäustlinge mit ihren bunten Mustern, die durch ihre Länge die Mauchen überflüssig machten. Solche hatte sich auch die Kreisgruppe Siegerland für ihre Heimatstube gewünscht und – bekam sie. Frau **Karla Weyland**, Landesfrauenleiterin der LO-Hessen, machte es möglich. Sie konnte dem Leiter der Kreisgruppe, Herrn **Anton Olbrich**, mitteilen, dass eine frühere Mitarbeiterin bereit sei, ein Paar dieser selbst gestrickten Handschuhe mit ostpreußischen Motiven der Heimatstube zu überlassen – was inzwischen erfolgte. Und mit der Bücherspende hat es auch geklappt: Wie von uns angeregt, haben einige Teilnehmer an dem Braunsberger Treffen Bücher und Bildbände nach Münster mitgenommen und sie Olbrich übergeben können. „Die Ostpreußische Familie macht's möglich – immer noch ein gültiger Werbespruch für die Zusammenarbeit und die Erfolge“, lautete das Resümee.

Bücher! Da können wir ein sehr spezielles und für mögliche Interessenten wertvolles Exemplar vermitteln. Angeboten von Frau **Gerhild Weiß** aus Preetz, der Tochter von Frau Dr. **Adolfine Salamon**, die für das *Ostpreußenblatt* einmal einen Artikel über **Margot Schumann**, die Begründerin der Ausbildung zum Medizinisch-technischen Assistenten (MTA), geschrieben hatte. Für die Ausarbeitung hatte sich die Autorin eine Margot-Schumann-Biografie besorgt. Dieses Buch „Jahreszeiten – ein Leben der Arbeit und des Glückes“ möchte die Tochter in interessierte Hände abgeben oder einer geeigneten Sammlung überlassen. Wir danken Frau Weiß für dieses Angebot. (Gerhild Weiß, Platenstraße 5 in 24211 Preetz, Telefon 04342/2921.)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede

Bild: Pawlik

Als Redakteur des Heimatbriefes „Die Elchniederung“ hat Herr **Udo Ernst** besonders interessiert die Beiträge verfolgt, die sein Gebiet betrafen, und das waren in unserer Kolumne nicht wenige, gerade in der letzten Zeit. Nun stellt er selber eine Suchfrage, die bisher keinen Hinweis erbrachte, und deshalb ist unsere Familie für ihn der letzte Hoffnungsträger – und noch mehr für seine Frau **Siegrid** Ernst. Sie ist eine geborene **Rupsch**, und es geht um Angehörige dieser Familie. Ihre Tante **Helene Mattulat** geborene **Rupsch**, *30. August 1902 in Neufrost, Kirchspiel Neukirch, war in der Niederung sehr bekannt, denn sie war eine tüchtige und beliebte Hebamme. „Lenchen“ wohnte mit ihrem aus Ibenberg stammenden Mann **Fritz Mattulat** und der am 9. Juni 1937 geborenen Tochter **Irmela** in Rauterskirch. Helene Mattulat ist auf der Flucht 1945 umgekommen, wo sie verstarb, ist nicht bekannt, am 31. Januar 1945 wurde sie für tot erklärt. Das Schicksal der damals siebenjährige Irmela blieb bis heute ungewiss, es gibt nicht den geringsten Hinweis, was mit ihr auf der Flucht und nach dem Tod der Mutter geschah. Verstarb das Kind auch beim Tod der Mutter, blieb es irgendwo auf einer Station ihres Fluchtweges, wurde es von anderen Flüchtlingen mitgenommen, kam es in ein Heim oder ging es nach Litauen – niemand weiß es. Das Ehepaar Ernst hat alle erdenklichen Suchmöglichkeiten ausgeschöpft, auch Nachfragen in Moskau blieben ohne Erfolg. Nun ist also unsere Ostpreußische Familie als letzter möglicher Suchweg an der Reihe, aber meine Hoffnung hält sich in Grenzen, denn selbst die Suchanzeigen im Heimatbrief erbrachten keine konkreten Hinweise. Das sollte uns aber nicht entmutigen, zu fragen: Wer kannte Helene Mattulat und war mir ihr auf der Flucht 1944/45 zusammen und kann etwas über sie und ihre Tochter sagen? Wer hat Irmela wann und wo gesehen, war vielleicht mit ihr in einem Lager oder Heim zusammen? Da das Mädchen bereits zur Schule ging – wahrscheinlich in Rauterskirch – können sich vielleicht auch ehemalige Mitschüler oder Mitschülerinnen erinnern, wann und mit wem sie auf die Flucht ging. Es könnte ja auch sein, dass Irmela von irgendeiner Familie aufgenommen und später adoptiert wurde, so dass sie selber nichts mehr von ihrer Herkunft wusste oder sie auslöschte. Frau Ernst wäre für jeden Hinweis auf den Verbleib ihrer Cousine dankbar. (Udo Ernst, Franziusallee 206 in 24148 Kiel, Telefon 0431/723716, redelch@t-online.de)

Mit diesem Suchwunsch haben wir bereits den Brückenbogen zu unserer nächsten Folge gespannt, denn da werden wir weiter auf die große Suche gehen.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Treffen mit deutschen Brombergern und Graudenzern

Bundessprecher der Landsmannschaft Weichsel-Warthe besuchte mit zuständiger Mitarbeiterin Bernd Neumanns das Posener Land

Der Bundessprecher der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Martin Sprungala, und Magdalena Oxfort sind ein zweites Mal in das Posener Land gereist. Frau Oxfort arbeitet für den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann, als Kulturreferentin für Westpreußen, das Posener Land, Mittelpolen, Galizien und Wolhynien.

Den Auftakt der Fahrt des Bundessprechers und der Kulturreferentin machte der Besuch des Museumsfestes des „Wolhynier-Umsiedlermuseums“ in Linstow. Im Anschluss daran ging es weiter in die Republik Polen. Hier fand eine Vielzahl an Gesprächen und Begegnungen mit Vertretern der örtlichen Presse und Kulturschaffenden aller Bereiche sowie der Lehrerschaft statt.

Die Reise führte in viele Orte mit deutschen Wurzeln; so wurden beispielsweise die Städte Unruhstadt (Kargowa), Fraustadt (Wschowa), Schlawa (Sława), Wollstein (Wolsztyn), Lissa (Leszno), Reisen (Rydzyna), Rawitsch (Rawicz) und Glogau (Głogów) besichtigt. Neben dem Robert-Koch-Museum in Wollstein, das vom Heimatkreis Wollstein unterstützt wird, wurden das Regionalmuseum in Lissa und in Fraustadt sowie das Glogauer Museum mit seiner archäologischen Sammlung im sogenannten Hungerturm besichtigt.

Gespräche wurden mit dem Vorsitzenden des historischen Vereins in Schlawa und dem Herausgeber der Zeitung „Nasza Sława“, Alfred Rösler, geführt, weiterhin mit der Doktorandin und Kunsthistorikerin Marta Malkus, die zu einer ersten Stiftungsversammlung für die Wiederherstellung der evangelischen Kirche „Kripplein Christi“ im sogenannten Polnischen Turm, dem ehemaligen Kirchturm und heutigen Kunstausstellungsraum, einlud. Es waren junge Wissenschaftler und Studenten anwesend sowie der Bürgermeister von Fraustadt, Krzysztof Grabka.

Am dritten der insgesamt neun Reisetage nahmen Oxfort und Sprungala an der Eröffnung der Ausstellung „800 Jahre Ober Pritschen“, dem Kämmereidorf von Fraustadt, teil. Dort sprachen sie mit dem ehemaligen Zeitungsherausgeber Andrzej Szczudło, dem Wissenschaftler Zdzisław Włodarczyk von der Pädagogischen Hochschule Wielun sowie dem Lehrer und Publizisten Przemysław Zielnica.

> Gespräche mit Kulturschaffenden und Multiplikatoren

Ein eher entspannender Teil der Begegnungen war die vom ehemaligen Ortsvorsteher Josef Gorzelniak gebotene Kutschfahrt durch Mauche (Mochy), Kreis Wollstein Richtung Vincenthorst (Wincentowo) und Schwenten (Swietno) sowie Kiebel (Keblowo).

Den Höhepunkt und Hauptteil der Studienfahrt bildete die Begegnung mit der deutschen Volksgruppe in Bromberg unter der Leitung von Jan Gill und Graudenz unter der Leitung von Klemens Grabowski, die mit einem Bus nach Schlawa angereist waren. Am ersten Tag fand durch die Kunsthistorikerin Marta Małkus eine fachkundige Führung durch das Lapidarium statt, die Grabsteinsammlung des ehemaligen evangelischen Altstädter Friedhofs von Fraustadt. Auch die Medien waren mit einer Kamera dabei und interviewten die beiden Veranstalter.

Nach einer Führung der Gruppe durch die Stadt und ihre markanten Gebäude mit ihrer wechselseitigen deutsch-polnischen Geschichte war noch Zeit zum Kennenlernen und für Gespräche. Auch die Assistentin des Instituts für Auslandsbeziehungen (IfA) Teresa Grauer nahm an dieser Veranstaltung teil und knüpfte Kontakte mit den Veranstaltern.

Am folgenden Tag wurde die schlesische Grenzstadt Schlawa besucht. Der Grundherr des frühen 16. Jahrhunderts, der 1537 verstorbene Hans v. Rechenberg, galt als persönlicher Freund Luthers und führte hier sehr früh die Reformation ein. Auch in Schlawa gab es eine Stadtführung.

Zum Abschluss der Begegnung wurden die ehemaligen Außenlager des schlesischen Konzentrationslagers Groß Rosen Schlesiersee I und II, besucht. Dort waren ab 1944 halbjüdische Frauen interniert, um sinnlose Arbeiten zu verrichten. Bei Kriegsende wurden diese Lager geräumt und die Insassen parallel zur Flucht der deutschen Bevölkerung dieser Region auf verschlungenen Pfaden gen Westen abgeführt. Erschießungen säumten die Marschstrecke.

Von den ehemaligen Vorwerken Bänisch-Vorwerk und Neu-Vorwerk ist nichts erhalten geblieben. Auch ein offizielles Gedenken in Form eines Mahnmals gibt es hier nicht. Józef Wojciech aus Weine (Wijewo) hat vor Jahren hier ein kleines Gedenkkreuz aus Birkenstämmen aufgestellt, wohl wissend, dass dies ein christliches Symbol ist, doch er sieht das Kreuz auch als Symbol des Leidens, des Mitleidens und der christlichen Nächstenliebe. *M.S.*

Wir gratulieren ...

Zum 102. Geburtstag

Torkler, Emma, geb. **Borutta**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Rudolf-Breitscheid-Straße 24, 09112 Chemnitz, am 2. November

Zum 101. Geburtstag

Janneck, Herbert, aus Auerbach, Kreis Wehlau, jetzt Paul-Gerhardt-Straße 8, 61118 Bad Vilbel, am 5. November

Zum 98. Geburtstag

Groß-Pittag, Frieda, geb. **Ratzlaf**, aus Hasenberg, Pomauden, Kreis Wehlau, jetzt Michael-Rehl-Straße 8, 84518 Garching, am 4. November

Kessler, Elise, geb. **Herrmann**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Fischhausen, jetzt Heinrich-Hauschild-Straße 12, 25336 Elmshorn, am 3. November

Oppermann, Hans-Erich, aus Lyck, Yorkstraße 16, jetzt Am Lindele 72, 73230 Kirchheim/Teck, am 2. November

Zum 96. Geburtstag

Stark, Ilse, geb. **Elner**, aus Ebenrode, jetzt Neuenberg 15, 91629 Weihenzell, am 1. November

Stepukat, Grete, geb. **Viehofer**, aus Ebenrode, jetzt Waldring 43, 39340 Haldensleben, am 5. November

Zum 95. Geburtstag

Kröll-Troyke, Margarete, geb. **Beyer**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, jetzt Hammerbacher Straße 11, 91058 Erlangen, am 4. November

Messerschmitt, Gerda, aus Danzig, jetzt Birkenstraße 45, 28195 Bremen, am 3. November

Zum 93. Geburtstag

Hein, Ida, geb. **Romanowski**, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, jetzt Schuhkamp 5, 33803 Steinhagen, am 2. November

Marks, Liesbeth, geb. **Mallasch**, aus Dorschen, Kreis Lyck, jetzt Sonnenhalde 8, 88697 Bermatingen, am 5. November

Perlbach, Heinz, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Niobeweg 2, 24159 Kiel, am 4. November

Wieder, Berta, geb. **Weyer**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Rastenberger Straße 8, 99628 Buttstädt, am 5. November

Will, Frieda, geb. **Will**, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Dr.-Nimoy-Straße 11, 74731 Walldürn, am 7. November

Zum 92. Geburtstag

Dombrowski, Otto, aus Burdung, Waplitz, Kreis Neidenburg, jetzt Kardinal-von-Galen-Straße 41, 45711 Datteln, am 7. November

Fahle, Erwin, aus Ebenrode, jetzt Hauptstraße 15, 57562 Herdorf, am 2. November

Lischek, Herbert, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Buchenweg 1c, 83071 Schlossberg, am 6. November

Plügge, Dietlinde, geb. **Glagau**, aus Drebnau, Kreis Samland, jetzt 12669 Pilgrim St. Mission B.C., V2V 6H5, Kanada, am 5. November

Zum 91. Geburtstag

Bischof, Gertrud, geb. **Wirsching**, aus Tulchen, Kreis Ebenrode, jetzt Richard-Strauß-Straße 3A, 90455 Nürnberg, am 5. November

Bubritzki, Elisabeth, geb. **Schramma**, aus Borken, Kreis Lyck, jetzt Bördestraße 135, 28717 Bremen, am 7. November

Bischof, Gertrud, geb. **Wirsching**, aus Antschirgessern / Seewiese, Kreis Gumbinnen, jetzt Richard-Strauß-Straße 3a, 90455 Nürnberg, am 5. November

Kulinna, Erwin, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Elsenstraße 78, 12059 Berlin, am 4. November

Reimer, Fritz, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, jetzt Woermannstraße 26, 45329 Essen, am 7. November

Stegler, Ernst-Otto, aus Wetzhausen, Kreis Neidenburg, jetzt Apartado 496, MEX-72000 Puebla, Pue, Mexiko, am 7. November

Zum 90. Geburtstag

Claas, Irmgard, geb. **Sczesny**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, jetzt Von-der Kuhlen-Straße 15, 58642 Iserlohn, am 4. November

Schmitz, Hildegard, aus Neidenburg, jetzt Altdorferstraße 4, 40878 Ratingen, am 6. November

Schulze, Irmgard, aus Usdau, Kreis Neidenburg, jetzt Bertolt-Brecht-Straße 13, 39638 Gardelegen, am 7. November

Sczech, Karl Heinz, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 114, jetzt Wellsring 45, 67098 Bad Dürkheim, am 3. November

Spürk, Gertrud, geb. **Eich**, aus Ruthenen, Kreis Preußisch Eylau, jetzt Bruchstraße 33, 50259 Stummeln, am 5. November

Weber, Gertrud, geb. **Borowski**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt An der Walkenmühle 5, am 7. November

Zimmermann, Lieselotte, geb. **Gerber**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Hohe Straße 12, 45711 Datteln, am 6. November

Zum 85. Geburtstag

Balzer, Hedwig, aus Langsee, Kreis Lyck, jetzt Alte Lübecker Chaussee 5a, 24114 Kiel, am 6. November

Brockmann, Herbert, aus Weißensee, Kreis Wehlau, jetzt Hauptstraße 30, 29475 Gorleben, am 6. November

Dzikonski, Helmut, aus Eibenau, Kreis Treuburg, jetzt In den Siegen 35, 42109 Wuppertal, am 5. November

Engmann, Günter, aus Lindenort, Kreis Wehlau, jetzt Finkenweg 7, 59929 Brilon, am 6. November

Frömmich, Lieselotte, geb. **Kierstein**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Friedrich-Wolf-Straße 11, 16761 Hennigsdorf, am 2. November

Kämmer, Gerhard, aus Mükühnen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Waldweg 10, 24941 Jarplund-Wedding, am 6. November

Krüger, Herta, geb. **Stadie**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, jetzt Suhrsweg 26, 22305 Hamburg, am 2. November

Meier, Anneliese, geb. **Kruska**, aus Friedrichsdorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Silberacker 26, 31008 Elze, am 5. November

Nadler, Gertrud, aus Steinberg, Kreis Lyck, jetzt Karwendelstraße 1, 82061 Neuried, am 7. November

Nicolaus, Waltraut, aus Lyck, jetzt Triftstraße 24a, 56470 Bad Marienburg, am 2. November

Schröder, Lieselotte, aus Lyck, jetzt Am Burghart 17, 53773 Hennef, am 1. November

Schwarz, Helena, geb. **Liedtke**, aus Mogaiten, Kreis Samland, jetzt Moorbrinker Weg 22, 19057 Schwerin, am 6. November

Smukal, Waltraud, aus Neumalken, Kreis Lyck, jetzt Im Wiesengrund 12, 59427 Unna, am 1. November

Spauschus, Bruno, aus Kuglack, Kreis Wehlau, jetzt Nordernеyer Weg 20, 04157 Leipzig, am 5. November

Weimann, Alma, geb. **Masannek**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Roxdorfstraße 159, 12109 Berlin, am 2. November

Weicht, Barbara, geb. **Salewski**, aus Regehnen, Kreis Samland, jetzt Zwenkauer Straße 21, 04277 Leipzig, am 2. November

Zum 80. Geburtstag

Becker, Meta, geb. **Olbricht**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Vossbäck 16, 17121 Loitz, am 1. November

Berwein, Walter, aus Ortelsburg, jetzt Dalienstieg 62, 22850 Norderstedt, am 5. November

Biesel, Christa, geb. **Legien**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, jetzt Elisabethstraße 15, 42859 Remscheid, am 6. November

Blessing, Gertrud, geb. **Kiparski**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Schlömannstraße 18, 49152 Bad Essen, am 6. November

Ferchau, Christel, geb. **Bretschneider**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Fischhausen, jetzt Hesterring 4, 21376 Garlstorf, am 2. November

Fischer, Ruth, aus Ebenrode, jetzt Binsenwerder 1, 17033 Neubrandenburg, am 1. November

Geisler, Erika, geb. **Tonk**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, jetzt Joseph-Hayden-Straße 55, 45772 Marl, am 4. November

Glowatzki, Liesbeth, geb. **Kraffzik**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Alte Teichstraße 22, 44225 Dortmund, am 6. November

Jodeit, Sigrid, geb. **Salomon**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, jetzt Alfred-Hesse-Weg 31, 34346 Hannoversch-Münden, am 3. November

Kaufmann, Hannelore, geb. **Weichert**, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Oststraße 2, 99631 Weißensee, am 6. November

Kiehl, Konrad, aus Königsberg, jetzt Wegerichstraße 28, 48477 Hörstel, am 30. Oktober

Kirsch, Erika, geb. **Arndt**, aus Malkienen, Kreis Lyck, jetzt Jörnbergweg 5, 18292 Krakow, am 1. November

Klatt, Leo, aus Sanditten, Zargen Vorwerk, Kreis Wehlau, jetzt Bochowo 5a, 77123 Rokity, am 4. November

Kraushaar, Irma, geb. **Schulz**, aus Wirbeln, Kreis Ebenrode, jetzt Hochhausstraße 23, 04838 Eilenburg, am 1. November

Kreuzer, Else, geb. **Stinka**, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Höchster Weg 6, 50374 Erftstadt, am 5. November

Krüger, Ulrich, aus Freudenfeld, Krugdorf, Kreis Wehlau, jetzt Kriemhildstraße 8, 04279 Leipzig, am 7. November

Mittelstädt, Elfriede, geb. **Brodowski**, aus Schnippen, Kreis Lyck, jetzt Lehmkuhler Weg 40a, 40723 Hilden, am 6. November

Mulks, Werner, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Ottostraße 31, 08209 Auerbach, am 2. November

Orlowski, Franz, aus Rauhdorf, Kreis Ebenrode, jetzt Wiesenweg 6, 39649 Miesterhorst, am 7. November

Peter, Siegfried, aus Mehlkinten, Kreis Ebenrode, jetzt Großer Winkel 6, bei H. Peter, 31552 Hannover, am 5. November

Reinhold, Erwin, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Ahornweg 33, 21680 Stade, am 4. November

Schlicht, Heinz, aus Groß Ottenhagen, Kreis Königsberg Land, jetzt Nussbaumweg 15, 54424 Thalfang, am 3. November

Schulz, Martha-Maria, geb. **Voegler**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Luckenwaldstraße 3, 16244 Schorfheide-Finowfurt, am 5. November

Sorge, Hildegard, geb. **Teschner**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Richard-Wagner-Straße 63, 44651 Herne

Stache, Egon, aus Ostseebad Cranz, Kreis Fischhausen, jetzt Schulauer Straße 11, 22880 Wedel, am 4. November

Stöckler, Christel, geb. **Tanski**, aus Worfengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Hoheneuffenstraße 43, 72488 Sigmaringen, am 7. November

Szepannek, Walter, aus Seehag, Kreis Neidenburg, jetzt Cranger Heide 42, 44649 Herne, am 4. November

Till, Karl-Hermann, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Parkstraße 28, 18069 Rostock, am 3. November

Voelker, Inge, geb. **Lengwenus**, aus Goritten, Kreis Ebenrode, jetzt Bueckenstraße 2, 27218 Hoya, am 6. November

Weituschat, Bruno, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, jetzt Friedrich-Engels-Straße 10, 15517 Fürstenwalde, am 7. November

Wenk, Siegfried, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Schlehenweg 10, 94072 Bad Füssing, am 2. November



Sielaff, Erich, und Frau Edith, geb. **Milascheroski**, aus Birkenmühle, jetzt Straße des Friedens 7, 14641 Nauen, am 4. November

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 30. Oktober, 20.15 Uhr, Phoenix: Die verborgene Macht – Verschwörung in Amerika.

Sonnabend, 30. Oktober, 22.15 Uhr, BR: Gewaltfrieden – Die Legende vom Dolchstoß und der Vertrag von Versailles.

Sonntag, 31. Oktober, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Montag, 1. November, 7.30 Uhr, n-tv: Thementag Energie.

Montag, 1. November, 11.30 Uhr, 3sat: Die Deutschen.

Dienstag, 2. November, 20.15 Uhr, Arte: Der Stellvertreter.

Dienstag, 2. November, 20.15 Uhr, Phoenix: KGB in Deutschland.

Dienstag, 2. November, 22.05 Uhr, N24: Das letzte Gefecht der Bismarck.

Dienstag, 2. November, 22.25 Uhr, Arte: Brennpunkt Nahost.

Dienstag, 2. November, 23.05 Uhr, N24: Kamikaze unterm Hakenkreuz.

Mittwoch, 3. November, 20.15 Uhr, Arte: Die wahre Macht des Vatikans.

Mittwoch, 3. November, 20.15 Uhr, Phoenix: Wohin treibt der Islam.

Donnerstag, 4. November, 20.05 Uhr, N24: Samurai Sub – Japans geheime Flotte. Die größten U-Boote des Zweiten Weltkrieges.

Freitag, 5. November, 18.30 Uhr, Phoenix: Stalingrad.

Adventsfreizeit für Senioren

Bad Pyrmont – Vom 29. November bis 6. Dezember 2010 findet im Ostheim wieder die alljährliche Adventsfreizeit statt. In dieser vorweihnachtlichen Zeit wollen wir zusammen ein Stück auf die Weihnachtszeit zugehen. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, der Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergängen, Museumsbesuchen und einem Halbtagesausflug bis zur harmlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der unlängst als „Schönster Kurpark Deutschlands“ ausgezeichnete Kurpark lädt zu einem Bummel ein. Bei den täglichen Kurkonzerten finden Sie angenehme Entspannung und Unterhaltung. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und Genießen ein. Am letzten Abend stimmen wir uns mit einem „Adventsabend“ auf das kommende Weihnachtsfest ein. Für diese siebentägige Adventsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 337,00 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 291,50 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Vortrag

Dissen am Teutoburger Wald – Einen Vortrag: „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen! Hat die Politik sie inzwischen vergessen?“, hält am Mittwoch, 3. November, 19.30 Uhr, der bekannte Historiker Prof. Dr. Arnulf Baring, in der Aula der Realschule Dissen, Lerchenstraße 8, 49201 Dissen a.T.W. Program: 19.15 Uhr Empfang mit Erfrischungen, 19.30 Uhr Musik und anschließend Begrüßung durch Louis-Ferdinand Schwarz.

Veranstaltungskalender der LO

Jahr 2010

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine Allenstein

16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Auskünfte: (040) 4140080.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Gesamtdeutsches Heimatreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen/ Ostpreussen am 27. November 2010 im Spornitzer Landhotel – Das vorweihnachtliche Heimattreffen wird am Sonnabend, 27. November, in der Zeit von 10 bis 15 Uhr im Hotel Spornitz, nahe Parchim, stattfinden. Hierzu sind alle Landsleute herzlich eingeladen. Wissenswertes über das weihnachtliche Ostpreussen vorgetragen und ein darauf abgestimmtes musikalisches Programm sowie ein Film über die alte Heimat werden die Vergangenheit zur Gegenwart werden lassen, so dass der Landsmann und auch der Nichtostpreusse hiervon beeindruckt gerne zu Nachfolgetreffen kommen wird. Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt-Glewe oder auch mit der Eisenbahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden. Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden. Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze und bietet auch für den Weitgereisten eine Unterkunft an. Eine Übernachtung sollte aber rechtzeitig mit Frau Ruck unter Telefon (038726) 880 vereinbart werden. Auskunft erteilt Dr. Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinckman-Straße 14 b, 19370 Parchim, Telefon/AB/Fax (03871) 226238, E-Mail: friedel-hahn@arcor.de



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Museum Stadt Königsberg – Großen Anklang findet die Ausstellung „Kant der Europäer" im Museum, die anlässlich der „Europa- Kulturhauptstadt Ruhr 2010" in monatelanger Arbeit erstellt wurde und vor allem dadurch begünstigt wurde, dass das Museum die umfangreichste Kantsammlung besitzt, die es überhaupt gibt. Von nah und fern kommen Einzelbesucher oder Gruppen, nehmen Menschen die monatlich angebotenen Öffentlichen Führungen wahr. Um nur einige Beispiele zu nennen: Mehrere Schulklassen und Studentengruppen besuchten das Museum ebenso wie landsmannschaftliche Gruppen oder Kreise verschiedener Volkshochschulen. Für zwei Tage besuchten Mitglieder der Kieler Kant- Gesellschaft die Ausstellung und soeben ging ein dreitägiges Kant- Seminar der Universität Duisburg/Essen in den Räumen des Museums zu Ende, bei dem 25 Studenten und drei Dozenten insgesamt 24 Stunden Kant-Schriften besprachen und dabei ständig Teile der Ausstellung einbezogen. Der Schirmherr der Ausstellung, Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert, ließ sich eine Stunde lang führen wie auch Mitglieder mehrerer Johanniter-Kommenden aus dem Umkreis von Duisburg. Einige der Verfasser des Begleitbandes zur Ausstellung „Kant der Europäer – Europäer über Kant" u.a. Professor M. Zelazny von der Nikolaus-Kopernikus–Universität in Thorn (Torun), scheuten nicht den weiten Weg ins Ruhrgebiet. Hin und wieder kommen Besucher oder Besucherinnen ein zweites Mal in diese Ausstellung. Wir laden darum sehr herzlich alle Leser der *PAZ/OB* und ihre Familien oder Freunde ein, ebenfalls nach Duisburg zu kommen und diese hervorragend beurteilte Ausstellung zu besuchen. (Öffnungszeiten: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend: 10 bis 17 Uhr; Freitag: 10 bis 14 Uhr; Sonntag: 10 bis 18 Uhr.)

Gruppen, die eine Führung haben möchten, wenden sich bitte an das Museumsbüro, Telefon (0203) 283/2151 – Frau Fischer. Führungen für Gruppen sind nach Absprache auch außerhalb der genannten Öffnungszeiten möglich. Gerne senden wir Ihnen auch Museumsprospekte zu dieser Ausstellung zu. Ferner liegt eine Dokumentation mit allen Texten der Ausstellung vor, die über das Museum erworben werden kann. Diese Ausstellung geht am 9. Januar 2011 zu Ende. Anschließend ist das Museum bis zum 14. Februar geschlossen, damit das ehrenamtliche Team eine neue Ausstellung mit Schwerpunkten zu großen geschichtlichen Ereignissen und wichtigen Einrichtungen Königsbergs und zu bedeutenden Persönlichkeiten der Stadt aufbauen kann. Dazu kommen im Laufe des Jahres verschiedene Wechselausstellungen, auf die wir gesondert hinweisen werden.

Schon jetzt weisen wir auf unsere beliebte regionale Adventszusammenkunft am Sonnabend, 27. November, 15 Uhr, im Museum hin. Auch wer noch nie dabei war, ist herzlich eingeladen. Vorher oder nachher kann dann die Kant-Ausstellung besichtigt werden. Zu Beginn des Dezembers erscheint der nächste 96 Seiten umfassende „Königsberger Bürgerbrief" mit vielen interessanten Artikeln über das alte Königsberg und mit Berichten vom Leben in der Stadt heute. Wer ihn noch nicht kennt, sollte ihn über unser Büro anfordern.

Ostpreußentreffen in Erfurt 2011 – Ferner geben wir bekannt, dass die Stadtgemeinschaft beim Ostpreußentreffen in Erfurt 2011 mit einem Stand vertreten sein wird. Im August 2011 planen wir eine neuntägige Königsberg-Fahrt unter Leitung von Lorenz Grimoni. Wer daran Interesse hat, wende sich bitte an unser Büro, er erhält dann alle notwendigen Informationen.

NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Ostpreußenblätter ab 1974 – Ein treuer Leser, der Neidenburger Hermann Janke, hat die kompletten Ausgaben des *Ostpreußenblattes* ab dem Jahr 1957 aufbewahrt. Vorhanden sind jetzt noch die Jahrgänge von 1974 bis 1990. Diese historischen Exemplare dürften vorrangig für die Leser in Mitteldeutschland von Interesse sein, denen leider der Bezug vor 1990 versagt war. Nur gegen Portokosten können jeweils die vollständigen Jahrgänge beim Kreisvertreter angefordert werden.

Drei neuen DVDs – Gerade noch rechtzeitig zum Heimattreffen in Friedland sind drei erstmals von unserer Kreisgemeinschaft herausgegebene DVDs fertig gestellt worden. Wie ließen eine DVD von sämtlichen bisher herausgegebenen Heimatbriefen, der Nummer 1 von 1947 bis zur letzten Ausgabe Nummer 134, eine zweite von den beiden vor Jahren herausgegebenen Kreisbüchern, und eine dritte von den ebenfalls längst vergriffenen Bildbänden anfertigen. Zum Selbstkostenpreis von 15 Euro pro Stück, oder alle drei zusammen für 40 Euro, können diese über den Kreisvertreter bezogen werden.

RÖSSEL

Kreisvertreter: Reinhard Plehn, Georg-Büchner-Straße 66, 40699 Erkrath, Tel. (0211) 253274 Reinhard.Plehn@t-online.de. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Fox, Tel. (040) 5203191.

Tage der offenen Tür – Donnerstag, 4. November, und Donnerstag, 25. November, lädt die Kreisgemeinschaft Rößel alle Landsleute ganz herzlich zu den Tagen der „Offenen Tür" bei Kaffee und Kuchen, Filmvorführungen und gemütlichen Beisammensein in die Heimatstube, Oberstraße 17, 41460 Neuss (Kulturhaus und VHS der Stadt Neuss), jeweils ab 15 Uhr, ein.

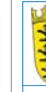
Adventsfeier der Kreisgemeinschaft – Die Kreisgemeinschaft Rößel lädt alle Landsleute aus Nah und Fern recht herzlich zu ihrer Adventsfeier nach Neuss ein. Sie findet statt: Sonntag, 12. Dezember, dritter Adventssonntag. 14 Uhr: Hl. Messe in der Pfarrkirche St. Marien (gegenüber dem Hauptbahnhof in Neuss) mit Konsistorialrat Pfarrer Dr. Claus Fischer. 15 Uhr: Adventsfeier bei Kaffee und Kuchen, adventlicher Musik, Liedern und Geschichten im Marienhaus, Kapitelstraße (vier Gehminuten von der Kirche entfernt).

SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Nachruf für das ehemalige Kreistagsmitglied Fritz Schneller – Die Kreisgemeinschaft Schloßberg trauert um das ehemalige Kreistagsmitglied Fritz Schneller. Er verstarb am 9. Oktober 2010 in Sindelfingen. Fritz Schneller wurde am 4. August 1929 als ältester Sohn des damaligen Domänenpächters, Paul Schneller, in Tilsit, geboren. Nach einer vierjährigen Grundschulzeit besuchte er ab 1940 bis zur Vertreibung die Friedrich-Wilhelm-Oberschule in Schloßberg. Von 1946 bis 1948 absolvierte Schneller in Milliehausen (Hannover) eine landwirtschaftliche Lehre, anschließend bis 1950 die viersemestrige Landbauschule in Ebstorf (Kreis Uelzen), und dann bis 1952 im Rheinland eine Spezialausbildung zum Saatzuchtassistenten. In diesem Beruf war er bis 1960 in Saatzuchtbetrieben im Rheinland, im Emsland, in Ostholstein und zuletzt in der Zuchtabteilung und im Außendienst einer Kartoffelzucht in Ebstorf tätig. Ab 1960 machte Schneller eine zweijährige Ausbildung im Bank- und Warengeschäft in der Spar- und Darlehnskasse Drage/Elbe, absolvierte entsprechende Fachschulen und schloss die Ausbildung mit der Kaufmannsgehilfenprüfung ab. Nach der darauf folgenden Tätigkeit als Kreditsachbearbeiter bis 1963 bei der Spar- und Darlehenskasse Hanstedt (Kreis Harburg) avancierte Schneller zum Geschäftsführer der Spar- und Darlehnskasse Meerdorf (Kreis Braunschweig). Im Dezember 1969 erfolgte eine Fusion dieser Bank mit drei weiteren Kreditinstituten. In diesem Verband war er kurzfristig als Zweigstellenleiter in Meerdorf tätig. Schneller wechselte 1970 seinen Standort und war dann bis zum Eintritt in das Rentenalter im Jahre 1994 als Bankkaufmann in der Volksbank Sindelfingen beschäftigt. In diese Zeit fällt auch seine Mitgliedschaft im Kreistag der Kreisgemeinschaft von 1992 bis 2004. Hier setzte er sich insbesondere für die Belange seiner Heimatstadt Schloßberg und die Friedrich-Wilhelm-Oberschule ein. Gerne ließ er seine Gesprächspartner aber immer wissen, wie er an Pferden und der Reiterei sowie an der Parforcehornbläserei hing – seiner allzeit größten Leidenschaft. Fritz Schneller war der Kreisgemeinschaft ein hilfreicher und immer freundlicher Mitarbeiter. Die Kreisgemeinschaft Schloßberg (Pillkallen) wird Fritz Schneller ein ehrendes Andenken bewahren.

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen





BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Göppingen – Vorsitzender Günter F. Rudat hatte die Bundesfrauengruppenleiterin, Uta Lüttich, als Referentin eingeladen und konnte sie herzlich begrüßen. Nach Abwicklung der Regularien und einer Kaffeepause mit Kuchen – von denen jeder eine Sünde wert war – berichtete Uta Lüttich über die landschaftlich geprägten Erntedankfeiern. Nach harter körperlicher Arbeit wurde gefeiert und aufgetischt was Küche und Keller hergaben. Anschließend berichtete sie noch über ihre erst kurz vorher beendete Reise in die Heimat und ihre Besuche bei den Deutschen Gruppen. Im nachfolgend aufgelockerten Teil mit Vorträgen von Rudat „Tapezieren ist schwer" und „Dackellogie" durch Margit und Wolfgang Korn mit den eigen dazu hergestellten Bildern (vom Halbdackel zum Granatdackel) wurde herzhaft gelacht. Es wurden zwischendurch immer wieder Heimatlieder gesungen. Danach führte Rudat mit der Geschichte „Im Obstgarten" wieder zu dem Thema „Erntedank" zurück. Mit einem Lied wurde der offizielle Teil beendet und es gab das begehrte Grützwurstessen. Diesmal sogar ungewollt – durch ein Versehen der Metzgerei – mit „zwei Grützwürstchen" was allgemein als prima empfunden wurde.

Lahr – Donnerstag, 4. November, 18 Uhr, Stammtisch der Gruppe im Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 5. – Sonntag, 14. November, lädt die Gruppe zu einer Gedenkfeier vor dem Mahnmal auf dem Schutterlindenberg ein.

Ludwigsburg – Mittwoch, 17. November, 15 Uhr, Stammtisch der Gruppe in den „Kronenstuben" Kronenstraße 2.

Schwäbisch Hall – Sonnabend, 20. November, 15 Uhr, Treffen zum traditionellen Grützwurstessen in der Seniorenwohnanlage „Im Lindach", Schwäbisch Hall. Elfi Domini zeigt zu Beginn einen Videofilm der letzten Fahrt (2010) nach West- und Ostpreußen. Freunde und Gäste sind herzlich eingeladen. Das Grützwurstessen beginnt um 17.30 Uhr. Für die Disposition ist eine baldmöglichste Anmeldung bei Elfi Dominik, Telefon (0791) 72553, nötig.

Stuttgart – Montag, 1. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Totengedenkfeier mit Kranzniederlegung, Friedhof Zuffenhausen. – Mittwoch, 10. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal, Bildervortrag mittels Beamer Thema: Lovis Corinth durch den Ersten Vorsitzenden, Klaus-Peter Okun.

Weinheim – Mittwoch, 10. November, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf. Dieser Nachmittag ist ganz dem Land der dunklen Wälder, dem Ostpreußenland gewidmet. Ein bunter Reigen, liebevoll ausgewählter Geschichten, Gedichten sowie Erinnerungen an die Kindheit und Jugendzeit in der Heimat werden wieder wachgerufen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Erlangen – Dienstag, 9. November, 17 Uhr, Treffen der Gruppe im Jugendzentrum Frankenhof. Es wird in kulinarischer Form an die Heimat gedacht, es findet das beliebte Grützwurstessen statt. Gewürzt mit Geschichten und Anekdoten preußischer Herkunft.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 5. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kulturnachmittag im Wirtshaus Auf der Lände.

Hof – Sonnabend, 13. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kuhbogen, Hof. Thema: „Königin Luise". – Mit bunten Laubblättern herbstlich geschmückt, voller leuchtender Blumen und verschiedenem Obst sowie Brot ausgestattet, luden die Tische zum Erntedankfest ein. In Vertretung des Ersten Vorsitzenden Christian Joachim übernahm Jutta Starosta die Leitung des Nachmittags. Sie begrüßte herzlich die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste und dankte vorab ganz herzlich für die herbstliche Ausgestaltung für diese Erntedankfeier. Nach einem gemeinsam gesungenen Lied erinnerte Hildegard Drogomir als Prominenten an Oskar Loerke, einem der bedeutendsten deutschen Lyriker des 20. Jahrhunderts. Er wurde als Bauernsohn in dem kleinen Dörfchen Jungen im Kreis Schwetz (Westpreußen) am 13. März 1884 geboren und starb am 24. Februar 1941 in Berlin. Loerke wirkte wegbereitend

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

für die deutschsprache Lyrik und erhielt für seine Verdienste im die deutsche Dichtung hohe Auszeichnungen. In seinen Gedanken zum Erntedankfest erinnerte Bernd Hüttner an den großen Fleiß der Bauern und die tiefe Dankbarkeit nach eingebrachter Ernte, wobei Mägde und Knechte laut singend ihre Freude überquellen ließen. Wie in allen Jahren verteilte Erich Kiutra an jeden selbst gelesene und gebundene Ähren, als Symbol für Korn und Brot. An den reichlichen Früchten konnte man sich bedienen. Mit Gedichtvorträgen und einem kleinen Stand mit verschiedenen alten Büchern aus Ost- und Westpreußen ging dieser Nachmittag schnell vorüber. Jutta Starosta dankte allen bei der Ausgestaltung und Mitwirkung dieses schönen Erntedanknachmittags, bei angenehmem Plausch saß man noch lange zusammen. Die Blumen und ausgelegten Gaben durften mitgenommen werden.

Kitzingen – Montag, 1. November, Kranzniederlegung zu Allerheiligen am „Kreuz der Vertriebenen“, Neuer Friedhof, Kitzingen.

Landshut – Dienstag, 2. November, 13.30 Uhr, Gedenken der verstorbenen Landsleute, Hauptfriedhof, Eingang Marschallstraße. Anschließend gegen 15 Uhr Kaffee und Kuchen in der „Blauen Stunde“.

München Nord / Süd – Freitag, 12. November, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Rosenheim – Mittwoch, 10. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Höhensteiger, Westerndorf St. Peter. – Mitte September fand das traditionelle Monatstreffen der Gruppe im Gasthof Höhensteiger in Westerndorf St. Peter bei Rosenheim statt. Zu dieser Veranstaltung konnte der Vorsitzende, Reinhard August, auch Hanns-jürgen Kudczinski, Landmannschafts-Vorsitzender des Bezirks Oberbayern, und seine Ehefrau begrüßen. Mit großem Interesse verfolgten dann die zahlreichen Mitglieder den Vortrag von Otto Kößler, der zum Themenbereich „Preußisch-Holland meine Stadt, die Heimat meiner Kinderjahre“ referierte und die Anwesenden dabei auf eine kleine fiktive Zeitreise in die Heimat seiner Kindheit entführte. In ausführlicher und anrührender Erzählung verstand er es, seine damalige Umwelt mit vielen Begebenheiten und Erlebnissen zu schildern und die Anwesenden mit den Geschehnissen zu fesseln. Am Ende des anschaulichen und authentischen Vortrages entwickelte sich ein intensiver Gedankenaustausch. – Ende September feierte man im Kur-Hotel, Bad Tölz, den 90. Geburtstag von der Schatzmeisterin Irene Kuhnigk, die ihr Amt bereits seit 17 Jahren ununterbrochen engagiert ausübt. 14 Tage später stand das obligatorische Oktober-Monatstreffen auf dem Programm. Mit zahlreichen Dias nahm der Vorsitzender Reinhard August die Anwesenden mit auf eine zweistündige Reise durch das nördliche Ostpreußen. Nach eigenen Aussagen ist es ihm schon seit vielen Jahren immer wieder in diese beschauliche und interessante Region. Die Bilddokumente unterlegte er durch eigene Erlebnisse mit ausführlichen Beschreibungen. Bei einem der nächsten Treffen soll ein Bild-Bericht über Masuren folgen. Abschließend wies Reinhard August noch auf die nächste Veranstaltung hin.

Weiden – Sonntag, 7. November, 14.30 Uhr, Treffen im Heimgarten.



BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Mobil (0173) 6254277, Fax (04361) 508219.

Oberhavel – Über 60 Mitglieder und Gäste kamen zusammen und feierten gemeinsam das Erntedankfest. Besonderer Blickfang war die Bühnendekoration, welche die Mitglieder aus eigener Ernte mit Obst und Gemüse gestaltet hatten. Die schönen Kürbisse sowie Äpfel und Zwiebeln erfreuten das Auge. Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende wurde der kulturelle Teil durch den Chor „Viva la Musica“ gestaltet. Bekannte Volkslieder regten die Anwesenden zum spontanen Mitsingen an. Rezitationen in Kostümen aus dem „alten Berlin“ brachten den Akteuren der Darbietungen viel Applaus ein. Im gemütlichen Teil hatte der Tanz Vorrang. Bei Kaffee und Kuchen frischte man die Erinnerungen an die Heimat wieder auf. Die Mitglieder des Vorstandes holten sich bei den Anwesenden Anregungen und Vorschläge für den Arbeitsplan 2011, der in den kommenden Wochen erarbeitet werden soll. Schwerpunkt ist und bleibt die Gewinnung neuer Mitglieder, mit der Bitte an die Anwesenden, bei ihren Kindern und Enkelkindern das Interesse an der Heimat aufrecht zu erhalten, und sie für die Mitarbeit zu gewinnen.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Donnerstag, 11. November, 12 Uhr, traditionelles Ente-Satt-Essen bei „Herman Post“, Oberneulander-Landstraße 163, 28355 Bremen, pro Person kostet das Gericht 18,75 Euro, Getränke gehen extra. Anmeldungen bis zum 6. November an Frau Richter, Telefon (0421) 405515. – Donnerstag, 18. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Hotel zur Post. Klaus Papies zeigt einen Diavortrag: „Krims Märchen – Einblicke in eine fremde Welt“. Dies ist eine offene Veranstaltung und für alle Interessenten gleichermaßen zugänglich. – Sonnabend, 27. November, 15 Uhr, ostpreußische Adventsfeier im Atlantic-Hotel beim Bremer Flughafen, Haltestelle Flughafen (Linie 6). Die Adventsandacht hält Pastor Olaf Latzel von der St. Martini-Gemeinde. Die Gestaltung der musikalischen Umrahmung erfolgt wieder durch den „Arbeitskreis Ostpreußisch Platt“. Harmonisch und besinnlich will man zusammen Lieder singen und sich an den Darbietungen erfreuen. Die Kosten der Kaffeetafel betragen 10 Euro pro Person. Die Teilnahme ist aus organisatorischen Gründen nur nach vorheriger Anmeldung in der Geschäftsstelle möglich. – Donnerstag, 9. Dezember, 8.30 Uhr, Busfahrt nach Münster. Auf dem Programm stehen eine Führung im Westpreußischen Landesmuseum sowie der Besuch des Weihnachtsmarkts in der historischen Altstadt Münsters. Ein Mittagsbuffet ist im Preis enthalten. Tagesablauf: 8.30 Uhr Abfahrt, Bremen ZOB, 11.30 bis 12.30 Uhr Führung im Westpreußischen Landesmuseum, 13 Uhr Mittagessen, anschließend Fahrt nach Münster und Zeit zur freien Verfügung auf dem Weihnachtsmarkt. Die Abfahrtzeit ist um 17.15 Uhr – Rückkehr nach Bremen gegen 20 Uhr. Preis: 33 Euro für fahrt, Führung, Eintritt und Mittagessen. Informationen und Anmeldungen bei der Geschäftsstelle. – Die Geschäftsstelle der Gruppe erreichen Sie in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Freitag, 29. Oktober, 14.30 Uhr, 84. Stiftungsfest der Ostpreußen im „Barlachhaus“.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 13. November, 19 Uhr (Ende 17 Uhr), **Stichkindelmarkt** aller ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilfeld 8 (S-Bahnstation Stadthausbrücke beziehungsweise U3-Station Rödingsmarkt). Die Besucher erwartet ein reichhaltiges Angebot an heimatlichen Spezialitäten und diverser Literatur. Die Landesgruppe ist mit einem Stand vertreten und freut sich auf Ihr Erscheinen.

Freitag, 27. bis 29. Mai 2011, Busfahrt zum **Deutschlandtreffen der Ostpreußen** in Erfurt. Die Abfahrt erfolgt am 27. Mai, 7.30 Uhr, Kirchenallee (gegenüber vom Hamburger Hauptbahnhof); Rückfahrt am Sonntag, 29. Mai; Ankunft in Hamburg gegen 21.30 Uhr. Preise: Pro Person im DZ 154 Euro, EZ 194 Euro. Im Preis enthalten: Fahrt in einem Drei-Sterne-Bus, zwei Übernachtungen einschließlich Frühstücksbuffet im Best Western Hotel Excelsior (Vier-Sterne-Hotel) im Stadtzentrum von Erfurt, Kaffee und Kuchen im Hotel am Anreisetag, Altstadtrundgang beziehungsweise Besichtigung des Mariendoms mit einem Stadtführer, Abendbuffet am Anreisetag, Reiserücktrittskosten-Versicherung. Weitere Informationen und Anmeldungen bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

HEIMATKREISGRUPPEN



Heiligenbeil – Vom 26. bis 29. Mai 2011 fährt die Gruppe zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt. Neben der Teilnahme am besagten Treffen (28./29. Mai) wird aber auch ein reichhaltiges Rahmenprogramm geboten. Leistungen: Fahrt in modernen Reisebussen, 3x Übernachtungen im Vier-Sterne Airport Hotel Erfurt, 3x Frühstücksbuffet, 3x Abendessen (Drei-Gänge-Menü), Stadtrundfahrt und Rundgang in Erfurt, Thüringen Rundfahrt mit Reiseleitung und Besuch von Weimar, Transferfahrten zum und vom Messegelände. Preis pro Person im DZ 278 Euro, EZ-Zuschlag 48 Euro, Abfahrt: Harburg-Bahnhof 7 Uhr und Hamburg ZOB 7.30 Uhr. Anmeldeschluss 20. Dezember. Anmeldungen und weitere Informationen bei Konrad Wien, Alter Postweg 64, 21075 Hamburg, Telefon und Fax (040) 30067092. Reiserücktrittversicherung wird empfohlen.



Insterburg – Mittwoch, 3. November, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123. Es gibt einen Dichter- und Videovortrag. Kontakt: Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585.



Osterode – Sonnabend, 27. November, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier der Gruppe im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562. Es beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel mit musikalischer Begleitung. Julklapp-Päckchen können mitgebracht werden. Anmeldungen an M.-L. und G. Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.



Sensburg – Sonntag, 14. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Es gibt einen Diavortrag: „Reise ins Frankenland“.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 2. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22117 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Bergstraße – Sonntag, 14. November, 14.30 Uhr, Jubiläumsveranstaltung zum 25. Gründungsjubiläum der Gruppe der Ostseedeutschen im „Kupferkessel“ in Heppenheim-Graben. – 47. Preußische Tafelrunde diesmal in Bensheim. Die Gruppe hatte zu ihrer 47. Preußischen Tafelrunde eingeladen – in das Alleehotel „Europa“ in Bensheim. Wieder war die Veranstaltung sehr gut besucht, so dass sich die Vorsitzende Brigitte Sattler freuen konnte die Gäste zu begrüßen. Besonders erfreut war sie über den Besuch des Kreisstagsvorsitzenden Werner Breitwieser, Herrn Gunter Bistritschan, als Vertreter des Landrates, Bürgermeister Herrmann aus Bensheim, den Landesvorsitzenden der Ost- und Westpreußischen Landsmannschaft Dietmar Strauß sowie den Vorsitzenden der Ortsgruppe des BdV Heppenheim Helmut Sturm. Bürgermeister Herrmann richtete einige Grußworte an die Gesellschaft und bedankte sich bei den Verantwortlichen für die Wahl von Bensheim als Veranstaltungsort – das erste Mal bei 47 Tafelrunden, zu denen inzwischen etwa 5000 Gäste begrüßt werden konnten. Er sprach den Wunsch aus, in Zukunft öfter nach Bensheim zu kommen, was von den Anwesenden begrüßt wurde, da man sich in Bensheim im Alleehotel sehr wohl fühlte, was an dem angenehmen Ambiente, dem freundlichen Servicepersonal sowie dem guten Essen lag. Der festliche Teil wurde dann eingeleitet durch einen musikalischen Vortrag am Klavier von Renate Habermaier. Dann wurde das Essen serviert. Es gab Rinderbraten mit Rotweinsoße, Kartoffeln und Wirsinggemüse gefolgt von einem Dessert. Nach dem Essen hielt Professor Dr. Waldemar Werner seinen Vortrag über das Schicksal der Deutschen in Russland unter Stalin und in der Sowjetunion. Schon seit 1652 lebten Deutsche in Russland als selbständige völkische Minderheit. Im Laufe der Jahre entstanden an der Wolga 104 deutsche Siedlungen, aber auch im Umkreis von St. Petersburg und Kiew siedelten viele Deutsche. Württemberger, Pfälzer, Badener und Elsässer folgen 1804 bis 1824 dem Einladungsmanifest Alexanders I. zur Ansiedlung am Schwarzen Meer. 1727 erschien die erste deutsche Zeitung, die spätere „St. Petersburger Zeitung“ (verboten 1916). Das Schicksal der Deutschen in Russland wurde dramatisch vor allem als Folge der beiden Weltkriege, in denen sich Deutschland und Russland feindlich auseinandersetzten. Deutsche galten als „unsichere Kantonisten“ und wurden beschuldigt als Spione tätig zu sein. Es ist unmöglich im Rahmen eines Vortrages alle Repressalien und Grausamkeiten zu nennen, denen unschuldige Menschen nur aufgrund ihrer völkischen Herkunft ausgesetzt waren. Das Leben in Russland wurde für Deutsche unmöglich; das ist auch der Grund dafür, dass sobald es möglich war, bis 2006 mehr als zwei Millionen Menschen deutscher Abstammung das Land verließen und in die Bundesrepublik aussiedelten. Die Preußischen Tafelrunden werden von der Landsmannschaft der Ostseedeutschen Kreisgruppe Bergstraße zweimal im Jahr – jeweils März und Oktober – veranstaltet. Die nächste, die 48. Tafelrunde findet im März

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen

Von guten Mächten wunderbar geborgen,
erwarten wir getrost was kommen mag,
Gott ist mit uns am Abend und am Morgen,
und ganz gewiß an jedem neuen Tag.
(Dietrich Bonhoeffer)

Nach vielen schönen, gemeinsamen Jahren müssen wir Abschied nehmen von meiner lieben Ehefrau, unserer guten Mutter, Schwiegermutter, Oma, Schwester und Tante

Helga Rieske

geb. Pallutt

∗ 3. 12. 1938 in Inse/Ostpr. † 13. 10. 2010 in Krefeld-Hüls

Danke für die gute Zeit, die du uns gegeben hast.

In Liebe und tiefer Trauer:
Rudolf Rieske
Thomas und Julia Rieske
mit Michael und Daniela
sowie alle Verwandten

47839 Krefeld-Hüls, Fette Henn 38

Die Urnenbeisetzung war am 22. 10. 2010 in Krefeld-Hüls.

Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöst.
Ich habe dich bei deinem Namen gerufen -
Du bist mein.

Frida Zunk

geb. John

∗ 7. Juni 1916 † 16. Oktober 2010

In Liebe und Dankbarkeit

Wolfgang Zunk
Stefan Zunk und Silke Balzuweit
mit Nick
und alle Angehörigen

51515 Kürten-Dürscheid, Winterberg 51

Die Beerdigung hat im engsten Kreise auf dem Friedhof in Kürten-Dürscheid stattgefunden.

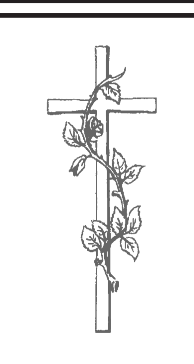


Erhard Sommerey

wurde am 31. Oktober 1928
in Duneyken / Treuburg
geboren.

Er wäre 82 Jahre alt geworden.

Ingrid Sommerey, Habichtstraße 6 D, 13505 Berlin
Telefon 0 30 – 4 31 69 01



Anläßlich ihres 85. Geburtstages, den sie leider nicht mehr erleben durfte, gedenken wir

Erika Dörge

geb. Schellwien

∗ 17. 10. 1925
in Marienwerder/Westpreußen

† 17. 7. 2010
in Hann. Münden

In liebevoller Erinnerung

Albert Dörge
Brigitte Gesche,
geb. Schellwien
sowie alle Nichten und Neffen

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

2011 im bis dahin hoffentlich gut hergerichteten „Halber Mond“ in Heppenheim statt. Das Thema des Vortrages sowie der Referent werden rechtzeitig über die Presse bekannt gegeben.

Darmstadt – Sonnabend, 13. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel folgt ein Diavortrag von Gerhard Schröder über die Aufstellung und Einweihung eines Gedenksteines am 20. Juni 2010 in Königsberg für die 1945–1948 verstorbenen Kinder.

Frankfurt/Main – Die Gruppe traf sich wieder zu einem geselligen, informativen Nachmittag. In Erinnerung an Rose Marie von Grumbkow (1920–2010) standen einige ihrer herbstlichen Erzählungen von einem ostpreußischen Gutsleben im Mittelpunkt dieses Monatstreffens. Diese gradlinige, warmherzige Preußin hatte ihre Kindheitserinnerungen Gerlinde Groß überlassen, damit diese sie an die Erlebnisgeneration und nachfolgende Generationen zur Aufrechterhaltung des kulturellen Erbes weitergibt. Rose Marie von Grumbkow wuchs auf dem Gut ihrer Großeltern, Rittergut Eichen (bei Wehlau), auf. Ein Anwesen, das schon 1428 seine Erwähnung findet. 300 Jahre später gehörte es für 17 Jahre der Familie von Katte, also der Familie, aus der der unglückliche Freund Friedrichs des Großen aus den Kronprinzenjahren stammt. Der Soldatenkönig hatte diesen vor den Augen seines Sohnes enthaupten lassen. Voller Heimatliebe wird hier von alten, starken Eichen berichtet, von einem großen Park, umgeben von einer dicken Feldsteinmauer, die schon vom Ritterorden angelegt wurde. Vom Rauschen des Windes in der Linden- und Eichenallee, den Blumenwegen im Park, vom Gewächshaus und Eishäuschen, vom Inspektorenhaus und viel anderem mehr. Im Gutshaus befand sich eine große Vorhalle, an deren Stirnseite ein gewaltiger Wäscheschrank die Wand schmückte. Dahinter war eine Geheimtür, hinter der alle Eigentümer des Gutes ihre Dokumente und Familiengeschichten aufbewahrten. Urkunden von Friedrich dem Großen, Schreiben vom deutschen Kaiser und Reichskanzler Bismark. Die Schriften des großen Preußenkönigs galten als Bewahrer der Kultur, der Beständigkeit und Treue. Lebendig und liebevoll wurde von Treibjagden im Herbst berichtet. Dem Hochbetrieb in der Gutsküche, von einer Armee von Helfern, in deren Mitte die Köchin das Regiment führte. Erzählt wurde von herrlich gedeckten Tischen und harmonischen Beisammensein, man wusste zu feiern im Osten. Einige Teilnehmer des Treffens wussten mit Wehmut an diese Zeit aus ihren Kinderjahren anzuknüpfen. Ein paar heitere Verse im ostpreußischen Dialekt beendeten den schönen Herbstnachmittag.

Hanau – Das beliebte Erntedankfest der Gruppe war mit 100 Teilnehmern sehr gut besucht. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel begrüßte die Erste Vorsitzende Edeltrud Bartels die Gäste und wünschte allen einen frohen Nachmittag. Der Erntetisch mit der Erntekrone in der Mitte war wie in jedem Jahr von den Frauen der Landsmannschaften liebevoll mit Gartenfrüchten geschmückt worden und wurde allseits bewundert. Kulturreferent Hans Preißler führte durch sein von ihm zusammengestelltes Programm, unterstützt von den Großauheimer Musikanten und dem Biebesheimer Quartett, mit Liedern aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland. Rezitationen und Mundartgedichte – vorgetragen vom Ehepaar Preißler, Kurt Trepisch und Rotraut Schmidt. Die eindrucksvolle Festrede hielt Kreisbeigeordneter Walter Kurzkurt in Vertretung des Landrates. Fraktionsführer Peter Jorenda überbrachte Grüße des Oberbürgermeisters der Stadt Hanau. So vergingen die fröhlichen Stunden allzu schnell, bis sich die Gäste auf den Heimweg machten.

Kassel – Dienstag, 2. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Ruth Barthel gestaltet den Nachmittag mit Texten unter der Titel: „Das Jahr klingt aus“.

Limburg – Mittwoch, 3. November, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte des Turnervereins Limburg, St.-Foy-Straße 16. Der Vorsitzende Albrecht Kauschat hält einen Vortrag über die von polnischer Seite verlangten Volksabstimmungen. Die unter alliierter Aufsicht durchgeführten Abstimmungen – in Erfüllung des vom us-amerikanischen Präsidenten Wilson verkündeten Selbstbestimmungsrechts der Völker – führte aber nicht zu Gebietsgewinnen für Polen. Leider wurde eben dieses Selbstbestimmungsrecht schon nach 1918 vielen Deutschen vorenthalten, wo auf Wunsch der polnischen Regierung Gebiete – trotz deutscher Mehrheit – vom Deutschen Reich abgetrennt wurden; wie zum Beispiel Danzig oder Teile Westpreußens. Das führte schon damals zu über einer Million deutschen Heimatvertriebenen in den 20er Jahren. In der aktuellen Diskussion um die „Stiftung gegen Vertreibungen“ wird das unter den Tisch gekehrt, um das polnische Selbstbild vom reinen, ewigen Opfer aufrecht zu erhalten. Bei genügender Zahl an Interessenten werden „Königsberger Klopse“ extra auf die Speisekarte genommen. Wer möchte kann auch nach Karte oder gar nicht essen. Anmeldungen an Albrecht Kauschat, Telefon (06431) 25200 (ab 18.30).



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Dienstag, 9. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Junkernschänke“, Barfüßerstraße 5, Telefon (0551) 384838. – Sonntag, 28. November, 15 Uhr, Adventsfeier im „Maria Frieden“, Geismar. Anmeldung bis zum 22. November. – Alle Anmeldungen an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675.

Oldenburg – Mittwoch, 10. November, 15 Uhr, Treffen im Stadthotel Eversten, Oldenburg. Auf dem Programm steht der zweite Teil des Filmes „Ostpreußenreise 1937“. Die Mitglieder können Freunde und Bekannte mitbringen. – Zur Erntedankfeier der Frauengruppe der Ost- und Westpreußen Oldenburg trafen sich über 30 Landsleute zu einem gemütlichen Nachmittag, den die Vorsitzende Gisela Borchers mit literarischen Texten zur Ernte und zum Herbst gestaltete. Auch die Landsleute Hildebrands, Wischalla und Stobbe hatten sich Beiträge ausgesucht und trugen die Gedichte und Geschichten vor, immer untermalt und umrahmt von passenden, bekannten Volksliedern. Ebenso sorgte ein Basar mit Ernteprodukten der Mitglieder für einen rundum gelungenen Nachmittag.

Rinteln – Donnerstag, 11. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im großen Saal des Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42 in Rinteln. Friedhelm Gorski wird einen Film vorführen: „Wunderbare Wasserwege in Ostpreußen: Der Oberlandkanal“. Neben den Mitgliedern sind auch Gäste bei freiem Eintritt herzlich willkommen. – Informationen zu den regelmäßig stattfindenden Treffen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 4. November, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Montag, 8. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 11. November, 15 Uhr, Ostpreußisch Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Dienstag, 2. November, 18 Uhr, Treffen der Gruppe im „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74, 53225 Bonn-Beul. Prof. Dr. Hans Rothe referiert über: „Die Polnische Frage – Ihre Bedeutung für die Nachbarn Polens“.

Düren – Sonntag, 14. November, 10.30 Uhr, Treffen auf dem Neuen Friedhof Düren zum Volkstrauertag.

Düsseldorf – Sonnabend, 30. Oktober, 13.30 Uhr, Vortrag: „Ein Pommer am Rhein – Zur Rezeption von Ernst Moritz Arndt 150 Jahre nach seinem Tod“ von Dr. Norbert Schloßmacher im GHH. – Sonnabend, 30. Oktober, 15 Uhr, Erntedankfest im Eichendorfsaal (1. Etage), GHH. Mit dabei sind die Weseler Volkstanzgruppe „Silesia“, die Düsseldorfer Chorgemeinschaft und die Musikkappelle „Freunde der Volksmusik“. Der Eintritt beträgt 6 Euro. – Donnerstag, 4. November, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch im Raum 412, GHH. – Mittwoch, 11. November, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt, Raum 311, GHH.

Gütersloh – Montag, 1. November, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 8. November, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Mittwoch, 10. November, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9.

Köln – Montag, 1. November, 12 Uhr, Stadthaus Köln, Feier an der Gedenktafel: „Flucht und Vertreibung“ an der zwölften Säule, links. Im Rahmen der Veranstaltung spielt der Trompeter Rehring und singt der Chor der Deutschen aus Russland. – Dienstag, 2.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Kolpinghotel International, St. Apernstraße 32, Köln. Im Programm: Diavortrag von Frau Neumann, Orte und Städte um Erfurt – auf dem Weg zum Bundestreffen 2011 der Ostpreußen". Die Kölner fahren mit der Gruppe Leverkusen.

Mülheim an der Ruhr – Sonntag, 14. November, 11 Uhr, Kranzniederlegung am Gedenkstein der Vertriebenen auf dem Altstadtfriedhof Mülheim.

Siegburg – Montag, 8. November, 18 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Bonner Hof, Bonner Straße 80, 53721 Siegburg. Janne Neuman hält einen Diavortrag: „Die Ostseeküste zwischen Danzig und Königsberg". Gäste sind herzlich willkommen.

Siegen – Der Kreisvorsitzende Anton Olbrich konnte in letzter Zeit erneut einige Buchspenden für die Büchersammlung im Heimatraum am Seilereiweg in Empfang nehmen. Der Kulturwart Frank Schneidewind nahm als Helfer am Treffen in Münster teil und bekam von den dortigen Teilnehmern auch kleine Buchspenden überreicht. Ein Besuch im Ermlandhaus in Münster war informativ und die zeitweise anwesende Bibliothekarin i. R. Dorothea Triller überreichte Herrn Schneidewind einige Schriftspenden für Paketbeilagen an verbliebene Landsleute in den Heimatgebieten. Die Paketempfänger freuen sich stets über Lesestoff in der deutschen Muttersprache. Die Kulturtagung der Landesgruppe NRW wird von einer Abordnung der Gruppe besucht. Stefan Hein, Bundesvorsitzender vom BJO, wurde gebeten, einen Reisevortrag über die Adventsfreizeit des BJO im Dezember 2010 sowie einen Bericht über die Aktivitäten der Deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen vorzubereiten, und diesen Vortrag im Dezember in der Gruppe zu halten.

Wesel – Sonnabend, 13. November, 16 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kulturabend in der Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht das Referat: „200. Todestag von Königin Luise von Preußen" mit anschließendem Imbiss: „Schnittchen mit geräucherter Gänsebrust" dazu Tee mit Rum oder Zitrone." Anmeldungen bis zum 6. November bei Kurt Koslowski, Telefon (0281) 64227, oder Ursula Paehr, Telefon (0281) 1637230.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 6. November, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Freitag, 5. November, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Sonnabend, 6. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Bilder- und/oder Filmvortrag in der „Mundus Residenz", Große Bleiche 44, 55116 Mainz. – Freitag, 12. November, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 13. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26, zu einem Filmnachmittag. Es werden alte Filmaufnahmen von Ostpreußen, das Land am Meer, die Elche und die Jagd in Trakehnen vor dem Jahr 1945 gezeigt.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Leipzig – Sonnabend, 6. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe mit allen Landsmannschaften in der Begegnungsstätte der AOK, Wilmar-Schwabe-Straße, zur Jahresabschlussveranstaltung.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 3. November, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus". – Donnerstag, 11. November, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe im „Bestehornhaus".

Dessau – Montag, 8. November, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Krötenhof". Gedenken der Kriegsopfer.

Giersleben – Donnerstag, 4. November, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Alten Schule".

Magdeburg – Freitag, 29. Oktober, 15 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Dienstag, 9. November, 16.30 Uhr, Treffen des Vorstandes in der Gaststätte Post, Spielhagenstraße. – Freitag, 12. November, 15 Uhr, Singproben im TuS Neustadt.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – In der Oktober-Runde der Gruppe wurde zunächst über „Erntedank" gesprochen. Gisela Brauer las die Erinnerungsgeschichte einer Bauerntochter aus dem Kreis Marienwerder während der Erntezeit: „Weiterfahren". Schon als Kind fuhr sie den Erntewagen auf dem Feld von Stiege zu Stiege, und einmal kippte das Fuhder auf der Heimfahrt in den Graben. Georg Baltrusch trug eine Anekdote aus Ostpreußen vor. Ein junger Pfarrer in Allenstein, noch unsicher in der Predigt, bekam den Rat, vor dem Spiegel zu üben und zwischendurch immer einen „Bärenfang" zu trinken. Das Ergebnis durfte herzlich gelacht werden. Gesprochen wurde außerdem über die Themen der Vorträge und Arbeitsgemeinschaften vom Westpreußenkongress 2010 in Münster. Es wurde wieder lebhaft diskutiert – auch über aktuelle Tagesfragen. – Mitte Oktober unternahm die Gruppe eine Raddampfer-Fahrt auf der Elbe – von Brunsbüttel nach Hamburg. Georg Baltrusch hatte die Fahrt mit einem Reiseunternehmen organisiert. Der Raddampfer Freya ist inzwischen 105 Jahre alt und war einigen Teilnehmern schon von einer Fahrt auf dem Nord-Ostsee-Kanal bekannt.

Bad Schwartau – Mittwoch, 10. November, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Samos, Bad Schwartau. Oberstudienrat a.D. Harald Breede und seine Frau Inge halten einen interessanten Diavortrag. – Sonnabend, 13. November, 10 Uhr (Ende 16 Uhr), sind die Ostpreußen wieder mit dabei – beim Martinsmarkt in der Krummlandhalle in Bad Schwartau. Von 10 bis 16 Uhr gibt es reichlich Gelegenheit, sich schon mit Weihnachtsgeschenken zu bevorraten. Die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren, und mit Kaffee und Kuchen, mit Büchern, der Preußischen Allgemeinen Zeitung, und nicht zu vergessen dem ostpreußischen Bärenfang wird wieder eine Grundlage für viele Gespräche geschaffen, um auf die Landsmannschaft Ostpreußen aufmerksam zu machen. Mit dem Erlös beteiligt sich die Ortsgruppe wie jedes Jahr wieder an dem Weihnachtshilfswerk der Stadt Bad Schwartau. – Mitte Oktober war Stephanie Kuhlmann Gast bei der Ortsgruppe Bad Schwartau, um ihr Erstlingswerk „Hoffnung heißt Nadjeschda" vorzustellen, es erzählt vom heutigen Kaliningrader Gebiet und von jungen Russen, die genau wie sie nach vergangenen Spuren suchen. Mit dieser Lesung bewies sie, dass auch heute das Interesse der jüngeren Generationen nicht erloschen ist – vor allem, wenn die Eltern oder Großeltern von Ostpreußen erzählen und von einem Land schwärmen, das neugierig macht. Über 60 Mitglieder und Gäste hörten aufmerksam zu und waren überrascht, einmal eine Ostpreußenreise oder zumindest einen Teil davon aus einer völlig anderen Perspektive mit zu erleben. Die 1971 in Hamburg geborene Stephanie Kuhlmann arbeitete 2009 und 2010 als freie Korrespondentin für die deutsch-russische Nachrichtenagentur „RUFO" in Moskau. In Zusammenarbeit mit der „Königsberger Allgemeine" und „Reisemobil international" erscheinen dort bereits jetzt monatlich Fortsetzungen ihres Buches. Das Buch wird ab Dezember 2010 im Buchhandel erscheinen.

Flensburg – Sonntag, 14. November, 11.30 Uhr, Gedenkfeier auf dem Flensburger Friedhof Friedenshügel, zum Gedenken der Kriegstoten, verstorbenen Landsleute, der Gefallenen beider Weltkriege und der gefallenen Soldaten der Bundeswehr statt. Der Stadtpräsident der kreisfreien Stadt Flensburg wird anwesend sein. – Dienstag, 16. November, 19.30 Uhr lädt die Preußische Tafelrunde, Leitung Wolfgang Kanstorf, in das Flensburger Restaurant Borgerforeningen zum Abendessen mit anschließendem Vortrag mit dem Thema: „Kaiserin Auguste Viktoria" ein. Die Stadt Flensburg hatte eine recht enge Beziehung zu ihr, denn das hier ehemals stationierte Füsilier Regiment „Königin" (Schleswig-Holsteinsches) Nr. 86 – in dem sie Regimentschefin war – lag in der ehemaligen Duburg-Kaserne. Weiterhin befindet sich in Flensburg das „Auguste Victoria Gymnasium". Um eine frühe Anmeldung an Wolfgang Kanstorf, Telefon (0461) 64847, wird gebeten. – Sonntag, 21. November, 15 Uhr, Totensonntag, findet die Gedenkfeier auf dem Flensburger Friedhof Friedenshügel statt. Diese Feierstunde gilt den Landsleuten, den Verstorbenen, Erfrorenen, Ermordeten, geschändeten Frauen und Mädchen, die auf der Flucht im Frühjahr 1945 umkamen, und den Soldaten die ihr Leben lassen mussten. Die Gedenkstunde endet mit der Kranzniederlegung im Ehrenhain der Vertriebenen Landsmannschaften Flensburg. Anmeldung bei Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816, es wird um rege Beteiligung gebeten.

Neumünster – Mittwoch, 10. November, 15 Uhr, Musik und Schabbern im Restaurant am Kantplatz. Thema: „Die ostpreußische Küche – Schmand, Keilchen und Glumse."

Mit Kinderaugen

»Wie sieht Deine Königin Luise aus?«

Eine große Ausstellungseröffnung zum Kinder-Malwettbewerb mit Prämierung der Sieger findet am Sonnabend, den 13. November, 15 Uhr, im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg statt. Das Ostpreußische Landesmuseum hatte Kinder und Jugendliche zu einem besonderen Malwettbewerb eingeladen. Gesucht wurden phantasievolle und kreative Bilder der Königin Luise von Preußen. Die Resonanz war überwältigend. Es wurden mehr als sechzig ideenreiche Bilder eingesandt. Manche zeigen die Königin als „It-Girl" und „Fashion-Model" auf dem Laufsteg, als Rockerbraut oder im Manga-Stil. Das Alter der Künstlerinnen und Künstler reicht von vier bis 15 Jahren. Die drei besten Bilder jeder Altersklasse (vier bis sechs Jahre; sieben bis zehn Jahre; elf bis 15 Jahre) werden ausgezeichnet. Auf die Sieger warten wertvolle Preise. Ein besonderer Höhepunkt der Eröffnung: Der Auftritt eines Zauberkünstlers, der uns mit einem außergewöhnlichen und überraschenden Programm in Erstaunen versetzt. Alle Teilnehmer, ihre Eltern und Freunde sind herzlich zur Eröffnung eingeladen. Eröffnung: Sonnabend, 13. November, 15 Uhr. Ausstellungsdauer: 13. bis 21. November 2010, Eintritt frei!



Eine echte Königin: So stellt sich die neunjährige Irena Adam Königin Luise vor. Bild: OL

Vom Umbruch zum Aufbruch

Noch bis Ende November: Ausstellung »Klosterdämmerung« im Haus Schlesien

Haus Schlesien thematisiert die Säkularisation von 1810 in einem dreiteiligen Ausstellungsprojekt. Königswinter-Heisterbacherrott beherbergt die zweisprachige Ausstellung „Klosterdämmerung“. Auch Schüler wirken am Projekt mit.

„Wir haben uns bei der Konzipierung unserer Ausstellung ganz bewusst für einen exemplarischen Ansatz entschieden und stellen die Säkularisation in Schlesien am Beispiel der Zisterzienser dar, dies nicht nur aus Platzgründen, sondern weil die Bedeutung des Ordens für Schlesien nicht zu unterschätzen ist“, betonte Ausstellungs-Kuratorin Dr. Inge Steinsträßer in ihrem Vortrag im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung.

Der Eichendorffsaal in Haus Schlesien von Königswinter-Heisterbacherrott war bei der Ausstellungseröffnung bis auf den letzten Platz besetzt. Die zahlreich erschienenen Besucher haben erkannt, welch anspruchsvolles und facettenreiches Thema diesmal unter dem Motto „Klosterdämmerung – Vom Umbruch zum Aufbruch“ vorgestellt wird. In der von Ariane Toffel musikalisch begleiteten Vernissage hörten die Anwesenden Begrüßungs- und Einführungsworte u.a. von Präsident Reinhard Blaschke, Haus Schlesien e.V., Dr. Thomas Lindner, Referatsleiter beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, und der Museumsleiterin Nicola Remig.

Dr. Thomas Lindner brachte es auf den Punkt: „Mit der Ausstellung nimmt sich das Museum für schlesische Landeskunde im Haus Schlesien eines der einschneidendsten Ereignisse in der Kirchengeschichte nach der Reformation an. Die Säkularisierung bedeutete die Enteignung kirchlichen Besitzes zu Gunsten des Staates sowie die Auflösung geistlicher Territorien mit Grundbesitz und Herrschaftsrechten. Aufklärung und Französische Revolution hatten den Boden für diese handfeste Neudefinition des Verhältnisses von Staat und Kirche in weiten Teilen Europas bereitet. Beigetragen hatte aber auch die Herrschaftsausübung kirchlicher Gewalten, die teilweise kaum noch von derjenigen weltlicher Obrigkeiten unterscheidbar war.“

Das dreiteilige Ausstellungsprojekt – zu dem auch die Präsentationen mit dem Schwerpunkt auf den Zisterzienserklöstern in Leubus/Lubiaż (seit dem 5. Juni 2010) und in Kamenz/Kamieniec Ząbkowicki (seit dem 26. Juni 2010) gehören – wird vom Bundesbeauftragten für Kultur und Medien gefördert. Bei diesem Vorhaben werden gleich mehrere Förderziele des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vorbildlich erreicht: Im Vordergrund steht die Vermittlung von Geschichte, Kultur und vor allem sakraler Kunst aus Schlesien an zahlreiche Besucher. Da es sich um eine Wanderausstellung handelt, wird sich dieser Effekt späterhin noch ausweiten. Außerdem hat eine intensive, grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Museen und Kulturinstitutionen stattgefunden und nicht zuletzt wurde ein Schülerprojekt des Christophorus-Gymnasiums, CJD, in Königswinter eingebunden. Es ist den Ausstellungsveranstaltern nämlich gelungen, eine Schülergruppe für die Thematik zu sensibilisieren und einen regionalen Bezug zum benachbarten früheren Zisterzienserkloster Heisterbach zu schaffen.

Klosterdämmerung: Heilige Hedwig: Älteste Darstellung der Hl. Hedwig aus dem Schlackenwerther Codex von 1353 (Reprint). Bild: DG

Die zweisprachige Sonderausstellung in Königswinter-Heisterbacherrott stellt sieben schlesischen Zisterzen vor. Zu den herausragenden Exponaten gehören u.a. das Heinrichauer Vortragekreuz aus der Mitte des 17. Jahrhunderts (Leihgabe der Zisterzienserabtei Stift Heiligenkreuz), die Reliquie der St. Hedwig (Leihgeber: Abtei Maria Laach) und der Grüssauer Abtsstab aus der Zeit um 1924 (Leihgeber: Benediktinerpriorat Maria Aufnahme, Huy-Dingelstedt).

Die Kuratorinnen Dr. Inge Steinsträßer und Arne Franke belegen anhand von wertvollen Objekten sakraler Kunst, Malereien, Büchern und Dokumenten die Zeit von der mittelalterlichen Klosterstiftung über die Blütezeit des Barock bis hin zur Säkularisation 1810 und deren Folgen sowie die weitere Entwicklung bis in die Gegenwart.

Auf insgesamt zehn Anzeigetafeln mit schematisch geordneten, farblich abgestuften Bahnen vermittelt die Schau einen Überblick über das Wirken der Zisterzienser in Schlesien. Bedeutende Persönlichkeiten, Künstler und Äbte wie die Heilige Hedwig, Michael Willmann, Arnold Freiberger oder Bernhard Rosa werden in den drei Ausstellungen ebenso thematisiert wie die Protagonisten der Säkularisation, allen voran der preußische Verwaltungsjurist Johann Gustav Gottlieb Büsching.

Interessant ist auch die Veranschaulichung der Entwicklung der Klostergüter nach der Säkularisation. Die Inbesitznahme durch verdiente preußische Offiziere, hohe preußische Verwaltungsbeamte und Vertreter des protestantischen schlesischen Adels veränderte die bisherigen geistlichen Grundherrschaften nachhaltig und führte zur Verschlechterung der Lebensbedingungen der katholischen Bevölkerung. *Dieter Göllner*

Die „Klosterdämmerung“ ist im Haus Schlesien von Königswinter-Heisterbacherrott bis zum 28. November 2010 zu besichtigen.

Zwei neue Glocken

Museum Haus Hansestadt Danzig in Lübeck

Die Glocken hingen einst an der Nordpromenade in der Heilig-Leichnams-Kirche, Danzig, bis Pfarrer Heinz Weichmann sie 1942 zum Einschmelzen für Kanonen und Kriegsgerät abgeben musste. Sie überstanden den Krieg und fanden sich dann auf dem Hamburger „Glockenfriedhof“ wieder. Seitdem läuten sie in der Lübecker Michaelskapelle, die vor zwei Jahren aufgelassen wurde. Der Danziger Förderkreis e.V. erwarb sie jetzt für das Museum Haus Hansestadt Danzig in Lübeck und nun hängen sie im Innenhof neben der großen Glocke aus Wotzlaff im Kreis Danziger Niederung, die im Oktober 2007 in das Museum kam.

Die größere Glocke von 1758 hat einen Durchmesser von 57,5 Zentimetern und wiegt 110 Kilogramm. Die kleinere Glocke wurde 1733 aufgegossen; auf ihr sind ebenfalls Honoratioren verzeichnet. Beide Glocken tragen auf dem oberen Kranz die Inschrift Heilig Leichnam und dazwischen die Jahreszahl. Diese Glocken sind Erinnerung und Mahnung, aber auch Hoffnung für eine friedvolle Zukunft in der Gemeinschaft der Völker.

Von der evangelischen Pfarrkirche in Wotzlaff hat nur die östliche Giebelwand von 1345 mit Teilen des Kirchenschiffs den Krieg überstanden. Die Ruine wurde letztes Jahr ausgebessert und gesichert sowie harmonisiert als Mahnmal gut mit der unmittelbar daneben neuerrichteten katholischen Kirche.

Heilig Leichnam am Olivaer Tor hat die Zerstörungen in Danzig 1945 glücklicherweise fast unversehrt überdauert. Die Kirche hat schwere Zeiten durchlebt. 1395 wurde sie zum ersten mal erwähnt. Durch Belagerungen und Kriege wurde sie mehrmals zerstört. In ihrer jetzigen Form wurde sie 1657 errichtet. Sie hat eine Außenkanzel (1707), von der aus bis in die Neuzeit Andachten im Freien gehalten wurden. Eine Tradition, die von dem Reformationsprediger Jacob Hegge im Juli 1522 eingeführt wurde. Es bildete sich um die Kirche eine lutherische Gemeinde und Hegge durfte dort nach etlichen Verboten die erste protestantische Zusammenkunft abhalten. Auch auf dem Fuße des Hagelberges neben dem Hospital gelegenen Friedhof hielt er Predigten. *Dieter Leitner*

»Herbstlese« im Gemeindehaus Jakobi

Kiel – Von Freitag, 29. bis Sonntag 31. Oktober veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“ im Gemeindehaus Jakobi, Knooper Weg 53, Kiel, ihre diesjährige herbstliche Handarbeitsausstellung unter dem Motto „Herbstlese“. Freitag, 29. Oktober, 19.30 Uhr, lädt die Arbeitsgemeinschaft zur Eröffnung mit einem Jagdhornkonzert ein. Bis 22 Uhr können Handarbeiten gekauft werden, die in Ostpreußen von Frauen angefertigt wurden, die mit ihrer Arbeit zum Unterhalt der Familie beitragen müssen. Angeboten werden Wohnaccessoires wie Decken, Kissen, Läufer und ähnliches sowie Schönes und Praktisches für Küche und Bad. Besucher können Filetgehäkeltes und kostbare Weißstickerei ebenso erwerben wie handgestrickte Socken und Kinderkleidung. Es gibt auch Geschenkartikel verschiedenster Art sowie Kochbüchlein mit ostpreußischen Rezepten, Bärenfang, Honig und Bernstein. Am Sonnabend, 30. und Sonntag, 31. Oktober, ist die Ausstellung jeweils von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Es werden Kaffee und Kuchen angeboten.

Kreuzworträtsel:

flache, schirmlose Mütze; langschwänziger Papagei; Hersteller, Erzeuger; Grundstoffteilchen; Denkansatz; Lehrmeinung; Milchprodukt; südd.: Scheune, kleines Gebäude; italienisch: vorwärts!; jedoch, hingegen; Körper; Staatsoberhaupt, Monarch; ugs.: Spaß, Vergnügen; amerik.-engl. Dichter (T. S.); Nachlassempfänger; tätig; wirksam; mit Waren versehen; französische Anrede: Frau; ausgenommen, frei von; anbaufähig; Abschiedsgruß; Amtseinsetzung; Farbe; schwer auf jemandem liegen; Brühe, Abgekochtes; ital. Stadt an der Nera; Bestimmungsort, Destination; seltsam geformt; wunderlich; runde Schneehütte der Eskimos; Übriggebliebenes; heiteres musikal. Bühnenwerk; glätten, planieren; Südslawe; Nährmutter; Wendung zurück; altnordischer Donnergott; einen Ort nicht verlassen; Zustand; Stellung; immun, geschützt; Klagelied; selbstloser Mensch; Träumer; Nachbarschaft; Laubbaum; elektr. Stromstärkemaß; Beiwerk; Prophetin, Weissagerin; schmal; begrenzt; Verfügung; Neuverfilmung (engl.); Weinstock; eine Aufgabe, Pflicht erfüllen; deutsche Hansestadt; Stadt in Ostfrankreich; russ. Währungseinheit; österr. Amts-, Ehrentitel; unnötig, überflüssig; vornehmes Einfamilienhaus; Fische fangen; ein Gewebe; poetisch: aus Erz bestehend; Säugetierordnung; schott. Seeungeheuer; harzreiches Kiefernholz; japanische Hafenstadt; Materialsplitter; Ansteckungskrankheit; Hauptstadt von China; im Voraus erkennen; junger Pflanzentrieb; durch, mit (lat.); Flüssigkeit zum Färben von Holz; Augendeckel; erträglich, leidlich; zwangloses Fest; Pferdegangart; Behälter aus Papier, Plastik; vulkan. Gesteinsschmelzfluss; regsam und wendig; Kurzschrift (Kzw.); Teilgebiet der Mechanik; Kochsalz enthaltendes Wasser; eiförmig; Berührungsverbot; Stadt u. See in Pennsylvanien; Abgott; Vorfahr; Inselgruppe im Atlantik; Himmelsrichtung (Abk.); Auerochse; Farbton; Zeitalter; Brot-, Käseform; Abk. für im Hause; Textilmaschine; basteln, handwerklich arbeiten; heißen; klingen, tönen

PAZ10_43

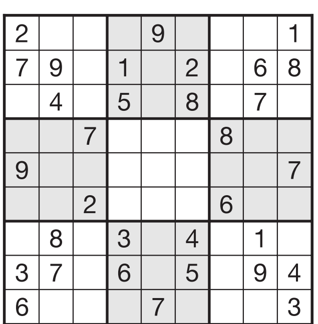
So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Steuer, 2. sparen, 3. Tracht, 4. achten, 5. Teller, 6. Niesen – Spaten, Rechen

Kreiskette: 1. Stille, 2. Pfeile, 3. Zipfel, 4. Stelze, 5. Sonett – Stiefelette

Sudoku:

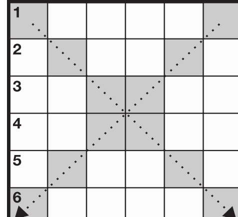
Sudoku



2				9				1
7	9		1		2		6	8
	4		5		8		7	
		7				8		
9								7
		2				6		
	8		3		4		1	
3	7		6		5		9	4
6				7				3

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



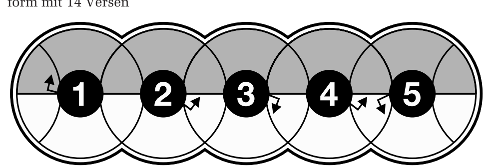
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, bezeichnen die beiden Diagonalen zwei Gartengeräte.

1 Lenkvorrichtung
2 Geld zurücklegen
3 ständische Kleidung
4 respektieren
5 Teil des Esservices
6 Erkältungserscheinung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Fußbekleidung.

1 Ruhe, Schweigen, **2** Bogengeschosse, **3** Endstück, **4** Laufgerät, **5** Gedichtform mit 14 Versen



Was Zahlen verraten können

Mit Numerologie deuten Fachleute die Persönlichkeit – Auch Firmen lassen sich beraten

Schon immer übten Zahlen auf Menschen eine starke Anziehungskraft aus. Die Numerologie – so der Fachbegriff hierfür – gehört zu den ältesten Wissenschaften der Welt.

Iin den meisten Kulturen gilt die Zahl 13 als Unglücksbote, Schnapszahlen werden besonders gefeiert und viele Lottospieler tippen regelmäßig ihre persönlichen Glückszahlen. Zugegeben, nicht jeder glaubt an Zahlen-Mystik. Die Überzeugung aber, dass Zahlen und Zahlenkombinationen außer der mathematischen Funktion noch eine weitere Bedeutung zukommt, reicht weit in die Vergangenheit zurück. Spuren finden sich bei den alten Ägyptern, in Babylon, China, Indien und Israel. So ging schon im 6. Jahrhundert v. Chr. der Philosoph und Mathematiker Pythagoras davon aus, dass den Zahlen 1 bis 9 bestimmte Qualitäten zugeordnet werden können. Auf diesem Deutungssystem basieren auch heute noch die meisten Analysen der Numerologie. Was aber hat es mit der Zahlen-Mystik nun genau auf sich?

Numerologie als Methode der Charakteranalyse

„Numerologie ist kurz gesagt Astrologie mit Zahlen“, erklärt Jarmila Meissnest. „Es geht darum, mit Geburtsdatum und vollständigem Geburtsnamen Aussagen über Entwicklung und Potenzial von Menschen zu machen. Numerologie ist anders ausgedrückt eine Methode der Charakteranalyse, eine Persönlichkeitstypologie, die mit den Zahlenwerten der Namen und Geburtsdaten versucht, die uralten Fragen ‚Was bin ich?‘ und ‚Wozu bin ich hier?‘ zu lösen. Eine solche Analyse lässt uns nicht nur unsere Grenzen erkennen, sondern sie zeigt uns auch, welche Talente in uns stekken“, meint die studierte Wirtschaftswissenschaftlerin, die sich seit 15 Jahren mit Numerologie beschäftigt.

Das Gerüst der Persönlichkeitsdeutung bilden die fünf sogenannten Kernzahlen, die sich aus dem vollständigen Geburtsnamen – mit allen Vornamen – und dem Geburtsdatum errechnen lassen: die Geburtszahl, die Namenszahl, die Schicksalszahl, die Seelenzahl und die Persönlichkeitszahl. Die Berechnung erfolgt mit Hilfe der einzelnen Ziffern im Geburtsdatum sowie der Zahlen, die den Buchstaben im Namen zugeordnet werden und aus den jeweils gebildeten Quersummen.

„Die Geburtszahl sagt, welchem Weg Sie in Ihrem Leben folgen sollen, um ans Ziel zu gelangen; sie zeigt die Richtung und welche Lebensaufgabe Sie haben“, erklärt Meissnest. „Die Namenszahl ist die Identität, sie sagt, wer Sie sind. Die Seelenzahl ist das Innere Ich, sie sagt, was Ihre Motivation ist und welche geheimen Träume und Wünsche Sie haben. Die Persönlichkeitszahl spiegelt das äußere Erscheinungsbild wider, sie sagt, wie Sie sich nach außen hin geben und wie andere Sie sehen. Die Schicksalszahl zeigt Ihre Reife und das Ziel, an das Sie gelangen wollen, das heißt den Lebensweg in der zweiten Lebenshälfte“, verdeutlicht die Expertin.

Diese Kernzahlen werden von zwei weiteren Zahlen unterstützt: der Wurzelzahl, die Aufschluss über die Kindheit und deren Einfluss auf das spätere Leben der Person gibt, und die Geburtstagszahl, die Talente und Veranlagungen offenbart. „Aus dem Zusammenspiel von Zahlen lässt sich die Persönlichkeit schon recht gut beschreiben“, meint Meissnest. Aber Vorsicht: „Die Zahlen stellen nur die Grundvoraussetzungen dar, die jeweiligen Gegebenheiten wie Lebensumstände und Umfeld bestimmen, ob sich gewisse Neigungen und Talente entsprechend entwickeln und eingesetzt werden“, erklärt Raimund Schriek, der mit Hilfe der Numerologie Firmen und Privatpersonen berät. „Ich unterstütze Menschen dabei, ihr Potenzial zu entfalten.“

Talente und Veranlagungen werden sichtbar

Mit Hilfe der Numerologie ist es auch möglich, Aussagen für die Zukunft zu machen. „Zahlen verraten uns Trends und Themen, die in einem bestimmten Zeitraum für uns besonders wichtig sind“, meint Schriek. „Man kann zum Beispiel anhand der Zahlen in Geburtsdatum und Geburtsnamen sagen, in welchem Lebensalter beziehungsweise in welchem Jahr es zu welchem Ereignis kommt und wann der beste Zeitpunkt ist, etwas zu beginnen“, so der Chemiker. In welcher Form sich die Trends und Themen dann in unserem Leben zeigen und wie wir damit umgehen, hängt von vielen weiteren Faktoren ab – allen voran der freie Wille. „Wir haben zu jedem Zeitpunkt die Möglichkeit, unser Leben eigenverantwortlich zu gestalten und Entscheidungen zu treffen“, erklärt Schriek.

Corinna Weinert


Bild: Osman

Pythagoras, dem auf seiner Heimatinsel Samos im Hafen des kleinen Dorfes Pythagorio ein Denkmal gewidmet ist, wurde um 570 v. Chr. als Sohn eines Kaufmanns (nach anderer Quelle eines Steinschneiders) geboren. Als dort um 538 v. Chr. der Tyrann Polykrates die Macht an sich riss, verließ Pythagoras die Insel und ging ins griechisch besiedelte Unteritalien, wo er in Kalabrien eine Schule gründete. Nach politischen Auseinandersetzungen mit Einheimischen zog Pythagoras nach Metaponto in der Basilikata, wo er bis zu seinem Tod 510 v. Chr. lebte. Neben seinem wohl berühmtesten mathematischen Satz: „Die Summe der Quadrate über den Katheten ist gleich dem Quadrat über der Hypotenuse“ soll er auch Gedichte geschrieben haben. *os*

Eine Symphonie aus Gold und Grün

Kiew zeigt sich als Metropole mit architektonischen Kostbarkeiten

Es ist wie im Märchen. Bevor der Wanderer die mit Gold gefüllte Schatzkammer betreten kann, muss er eine Reihe von Prüfungen bestehen. Nach langwierigen Passkontrollen folgt eine Fahrt über holperige Straßen und Wege durch baumlose Schlafstädte mit tristen Plattenbauten. Einzige Farbkleckse sind die knallig bunten Reklameschilder, auf denen in kyrillischer Schrift für Haushaltsgeräte und Haarpflegemittel geworben wird.

Doch nach gefühlten 100 Kilometern zerreißt der Vorhang, und vor dem staunenden Auge liegt eine zauberhafte Metropole – eine Symphonie aus Gold und Grün. Wie Smaragde funkeln die Dächer von Kirchen und Bauwerken, überstrahlt vom goldenen Glanz der Kuppeln.

Das wie Rom auf sieben Hügeln erbaute Kiew ist eine Stadt voller Parks. Die ausladenden Kronen alter Kastanienbäume beschatten Straßen und Plätze. Historische Bedeutung erlangte der Madjdan. Hier begann im Winter 2004 die „Orangene Revolution“. Hunderttausende Ukrainer protestierten seinerzeit friedlich gegen den Betrug bei der Präsidentschaftswahl. „Leider alles für die Katz“, seufzt Irina, eine Frau in den Vierzigern. „Heute ist alles wieder beim alten. Aber das Leben geht weiter.“ So sehen es wohl auch die meisten ihrer Mitbürger, die fröhlich plaudernd auf dem Rand des plätschernden Brunnens mitten auf dem riesigen Platz Bier und Mlynzi (mit Schinken gefüllte Pfannkuchen) genießen. Junge Leute auf Inline Skates umrunden das Monument der Unabhängigkeit, eine Art ukrainische „Goldelse“, die von ihrer 38 Meter hohen Marmorsäule auf das Leben und Treiben zu ihren Füßen herabblickt.

Die Stadt weist eine beträchtliche Zahl von mehr oder minder geliebten Skulpturen und Statuen auf. Während die Heilige Olga im Zentrum der Stadt von der Bevölkerung verehrt wird, ist die Rodina Mat (Mutter Heimat), eine martialische, in Eisen gegossene Frau mit Schwert und Schild, Gegenstand harscher Kritik. „Breschnews Tochter“, spotten die Kiewer, weil der einstige sowjetische Präsident damals dieses Denkmal in Auftrag gab. Die Russen schätzt man hier nicht sehr, und die Menschen bestehen darauf, dass sie nicht Russisch, sondern Ukrainisch sprechen und schreiben.

Auch Taschendiebe fahren mit der Metro

Ein Abenteuer ist die Fahrt in der ratternden Metro, in der sich der Fahrgast fühlt wie in einer Sardinenbüchse. Hier wird vor Taschendieben gewarnt, die besonders aktiv werden, wenn das Licht in schönster Regelmäßigkeit ausfällt und der Zug mitten auf der Strecke stehen bleibt. Nein, zu Aggressionen mit Fäusten und Messern kommt es selten. Denn, so zitiert ein Alteingesessener: „Wir Ukrainer besitzen ein hohes Maß an über Jahrhunderte praktizierter Leidensfähigkeit.“ Wen wundert es! Wie ein Spielball wechselten sie in ihrer langen Geschichte von einer fremden Hand in die nächste. Mongolen, Osmanen, Tartaren – die ganze Palette. Und schließlich fiel die Westukraine unter die Herrschaft der Habsburger, während der Osten von den russischen Zaren vereinnahmt wurde.


Die Heilige Olga: Von der Bevölkerung verehrt Bild: Internet

Kiew prunkt mit seinen vielen Kirchen, von denen jede ihren eigenen Charakter besitzt. Wer die vielen Stufen zur Andreaskirche erklommen hat, ist geblendet von der grün-goldenen Pracht ihrer filigranen Zwiebeltürme. Auch die fünfschiffige Sophienkathedrale sowie die reich mit Blattgold verbrämte Michajlow-Kirche schlagen jeden Besucher in ihren Bann. Sehr sehenswert ist das am Westufer des Dnjepr gelegene Höhlenkloster Lawra. Unter der Erde befinden sich winzige Mönchszellen und viele kleine Kirchen. Mönche huschen mit flackernden Kerzen an den Nischen vorbei, in denen mumifizierte Heilige in steinernen Särgen aufgebahrt sind.

Zurück aus der Unterwelt, ist ein buntes Kontrastprogramm angesagt. Also auf zur Chreschtschatyk, die von wunderschönen Häusern aus der Belle Epoque und protziger Zuckerbäckerarchitektur gesäumte Prachtstraße. An lauen Tagen wird sie zu einem Laufsteg unter freiem Himmel. Ein Défilé bildschöner langbeiniger Mädchen in knalligen kurzen Hosen und gewagten Kreationen aus Leder und Latex stöckelt auf schwindelerregend hohen Absätzen über das Pflaster. Böse Zungen behaupten, der Frauenüberschuss im Lande zwinge die jungen Damen, ihre Reize vor möglichst wohlhabenden Ehekandidaten ins rechte Licht zu rücken.

An reichen Männern mangelt es hier wahrlich nicht. Wo hat man je so viele Porsches, Touaregs, Bentleys und Mercedes Cabriolets gesichtet? Der Turbokapitalismus feiert in Kiew fröhliche Urständ. Schicke Boutiquen und hochpreisige Hotels sind stark frequentiert. Und an den Tischen der feinen Restaurants wird echter Kaviar serviert. Der wird auch in der berühmten Bessarabischen Markthalle angeboten, und zwar zu attraktiven Preisen. Doch Hände weg davon – es handelt sich hier laut Aussagen von Insidern um raffiniert in Kaviardosen abgefüllten einfachen Fischrogen, der auch bei uns nicht viel kostet.

Aber muss es wirklich immer Kaviar sein? In einem jener lauschigen Straßencafés, an denen die Stadt reich ist, wird für wenig Geld leckerer Borschtsch serviert. Und um den zu bestellen, muss man nicht einmal der Landessprache mächtig sein.

Uta Buhr

In Kürze

Jugendwort des Jahres gesucht

Heute schon geflamt, eskaliert und resettet? Oder einem Dulli, Crossi oder Lowbob begegnet? Nein? Na, solange kein Verdacht auf Schnitzelhusten besteht, ist die Welt ja trotzdem noch in Ordnung! Wer gerade kein Wort verstanden hat, der spricht wohl nicht die Sprache der Jugend – zumindest wenn es nach Meinung des Langenscheidt Verlages geht. Seit drei Jahren sammelt man hier in Zusammenarbeit mit der Jugendzeitschrift „Spiesser“ und dem Social Network MySpace emsig Jugendwörter, von denen die besten 300 jährlich in dem Buch „Hä?? Jugendsprache unplugged“ veröffentlicht werden. „Durch die vielen Tausend Worteinsendungen bemerkten wir, wie kreativ die Jugendsprache ist und wollten dies zusätzlich mit dem Wettbewerb ‚Jugendwort‘ würdigen“, erzählt Redakteurin Eva Betz-Weiß. Deshalb wird aus den 30 Top-Wörtern in einer Abstimmung auf www.jugendwort.de nun auch das Jugendwort des Jahres gewählt – und jeder Jugendliche kann bis zum 31. Oktober mitmachen. Neben „flamen“ (nörgeln), „resetten“ (etwas zurücknehmen), „eskalieren“ (exzessiv feiern), Dulli (Idiot), Crossi (jemand mit braungebrannter, lederiger Haut) und Lowbob (schlechter Spieler oder Anfänger) gehen 24 weitere Begriffe auf der Internetseite ins Rennen. Von Schnitzelhusten (Schweinegrippe) über Nippelwetter (nass und kalt) und Änderungsfleischerei (Schönheitsklinik) bis hin zum Arschfax (Unterhosenetikett, das aus der Hose hängt) ist die Auswahl groß.

Wenn »Dulli« »Schnitzelhusten« hat

Alle Wörter, die es ins Buch und das Voting im Internet geschafft haben, wurden von Experten nach strengen Kriterien wie Kreativität, adäquate Wortneubildung, Originalität, Aktualität und Verbreitung geprüft. Im vergangenen Jahr spiegelte das von mehr als 50 000 Teilnehmern gekürte Siegerwort die Lage in Deutschland sehr deutlich wieder: „Hartzen“ bedeutet nicht nur, arbeitslos zu sein und Hartz IV zu bekommen, sondern auch sinnlos herum zu lungern.

„Es ist nicht so, dass es die Jugendsprache in ganz Deutschland für alle gibt, stattdessen hängt sie von der Region, der Clique und den Hobbys ab“, erläutert Eva Betz-Weiß. „Außerdem haben wir neben der Übersetzung der Jugendsprache ins Hochdeutsche auch einige französische, spanische und englische Begriffe im Buch.“ Wer also im nächsten Urlaub gleich locker-lässig im Slang mit Gleichaltrigen quatschen möchte, findet in „Hä?? Jugendsprache unplugged 2011“ die Grundkenntnisse. Zudem können sowohl während als auch nach der Abstimmung bis zum 31. Oktober neue Wörter für das Buch und die Abstimmung im nächsten Jahr eingesendet und aktuelle Wortkreationen im Forum diskutiert werden.

Nach strengen Kriterien ausgewählt

Unter allen Einsendern wird ein iPod verlost – ansonsten müssen der Ruhm und die Ehre ausreichen, dass das eigenkreierte Wort vielleicht in der nächsten Ausgabe des Wörterbuchs erscheint.

Anne Kirchberg

Geliebter Feind

Ungewöhnliche Freundschaft

In der niederländischen Provinz der 1940er und 50er Jahre, in einer kühlen Atmosphäre religiöser Strenggläubigkeit wächst der Erzähler aus Maarten 't Harts neuem Roman „Der Schneeflockenbaum“ auf. Erneut hat sich der Erfolgsautor in einer autobiographisch gefärbten Geschichte mit zentralen Themen des Lebens beschäftigt, mit dem Heranwachsen, mit Liebe, Religion und dem Wunder der klassischen Musik. Im Mittelpunkt steht die Freundschaft zweier Jungen, eine Freundschaft, die von der Kindergartenzeit bis ins Erwachsenenalter andauert und eine eigenartige Begleiterscheinung hat – mit fatalen Folgen für den erzählenden Romanhelden, der, auch das ist seltsam, nie bei seinem Namen gerufen wird.

Blick auf holländische Gesellschaft

Christa, inzwischen 80 Jahre alt und zweifach verwitwet, hat ihre beiden Söhne gemäß ihrer calvinistischen Grundüberzeugung erzogen. Der Dialog zwischen ihr und dem Ich-Erzähler, ihrem älteren Sohn, bildet den Rahmen der Handlung. Immer hatte Christa Jouri, dem Freund ihres Sohnes, ablehnend gegenüber gestanden, da sie ihn für undurchsichtig hielt. Zudem hatte dessen Vater im Krieg mit den Nationalsozialisten kollaboriert. Doch es war Jouris Vater, Inhaber einer Fahrradwerkstatt, mit dem der Ich-Erzähler gemeinsam die Welt der klassischen Musik entdeckte. Später findet er sich sogar damit ab, dass Jouri sich stets nur für diejenigen Frauen interessiert, für die zuvor er selbst entflammt war.

In Leiden nimmt der Protagonist, der schon als kleiner Junge die Abwassergräben nach Egeln und anderem Getier abgesucht hatte, das Studium der Biologie auf. Bezeichnenderweise spezialisiert er sich auf Parasitenforschung. Jouri hingegen wird Mathematiker und heiratet, wie sollte es anders sein, eine ehemalige Mitschülerin, Frederica, die ihm, aber auch dem Protagonisten zugetan ist. Der Ich-Erzähler verehelicht sich mit der spröden und wenig attraktiven Flötistin Katja. Unterdessen ist ihm, nicht zuletzt aufgrund der von ihm beobachteten Einflüsse von Parasiten auf alle Lebewesen, sein Glaube abhanden gekommen. Offenbar hat die Musik die frei gewordene Stelle eingenommen. Mit ätzendem Hohn verballhornt der Ich-Erzähler die früher eingeübten religiösen Lehrsätze. „Der Mensch ist das verwerflichste Produkt der Evolution. Nichts ist ihm heilig, nichts ist sicher vor ihm, ausgenommen seine wahnwitzigen Religionen“, äußert er gegenüber seiner Geliebten Lorna, einer Studentin. Anscheinend ohne Skrupel betrügt er seine Frau, mit der er sich bewusst für Kinderlosigkeit entschieden hatte.

Komödiantisch und tiefernst, satirisch und doppelbödig kommt dieses kurzweilige und lehrhafte Buch daher. Der immense Mentalitätswandel einer ganzen Generation von der Nachkriegszeit bis in die 80er Jahre spiegelt sich darin wider. Im späteren Verlauf ergibt sich allerdings ein Glaubwürdigkeitsproblem, da der Ich-Erzähler weiterhin annimmt, dass Jouri selbst als renommierter Professor nicht von seinem frühkindlich erlernten Verhaltensmuster ablassen werde. Da des öfteren auf die Schlüsselmotive wie den „Schneeflockenbaum“ und das „Spinnengrab“ zurückgegriffen wird – letzteres bezogen auf eine Episode aus der Kindergartenzeit –, wird der Leser bei der Hand genommen und ein wenig gegängelt. So bleibt denn am Ende nur eine Frage offen. *Dagmar Jestrzemski*

***Maarten 't Hart: „Der Schneeflockenbaum“**, Piper, München 2009, geb., 413 Seiten, 19,95 Euro*



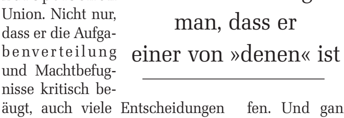
Konsequent unbequem

Peer Steinbrück listet prägnant und unterhaltsam Fehlentwicklungen auf

Wenn Thilo Sarrazin die SPD schon mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ verärgert hat, so hätte Peer Steinbrück das mit „Unterm Strich“ eigentlich viel mehr tun müssen. Doch die Partei, die von Steinbrück aufs herrlichste hinterfragt wird, kann es sich wohl schlicht nicht leisten, den in der Bevölkerung immer noch beliebten ehemaligen Finanzminister anzugreifen.

Es ist eine unsagbare Freude, „Unterm Strich“ zu lesen. Man möchte erschreckend oft applaudieren und ausrufen „Ja, ja, genau so ist es“, wenn der Autor über die Fehler im System der Bundesrepublik Deutschland und bei den Parteien schreibt. Steinbrück, der für seine scharfe Zunge bekannt ist, schafft es, selbst abstrakte Themen spannend zu bearbeiten. Leider muss man sich immer wieder in Erinnerung rufen, dass da nicht einer „von uns“ schreibt, sondern eben jemand, der Jahre lang als SPD-Mitglied, Landesminister, Bundesfinanzminister und heute noch als Bundestagsabgeordneter genau die Zustände, die er kritisiert, mit herbeigeführt hat. Doch zu Steinbrücks Verteidigung: Zum Missfallen seiner Partei hat er immer wieder öffentlich Kritik an bestimmten Entwicklungen und Entscheidungen geübt. „Unterm Strich“ ist also nicht die Abrechnung eines von Amt und Würden weitgehend verdrängten Politikers, sondern eine kompakte Auflistung dessen, was ihn schon immer gestört hat.

Und so stört ihn beispielsweise die jetzige Struktur und die Qualität des handelnden Personals der Europäischen Union. Nicht nur, dass er die Aufgabenverteilung und Machtbefugnisse kritisch beäugt, auch viele Entscheidungen versteht er einfach nicht. Wieso investiert eine Gemeinschaft, die 2000 betont hat, 2010 die fortschrittlichste Region der Welt sein zu wollen, 42 Prozent ihres Etats in die Landwirtschaft statt in Bildung und Forschung? Auch hätte er gerne gewusst, wieso die immer islamischer werdende Türkei unbedingt in die EU muss und wieso Brüssel nicht die wirtschaftlichen Folgen aufzeigt. Und auch der deutsche Föderalismus wird von Steinbrück stark kritisiert. „Der Interessenausgleich im deutschen Föderalismus ähnelt längst einem Basar“, klagt er und zeigt die Folgen dieser Fehlentwicklungen auf.



Auch bereitet es ihm Sorge, dass die Leistungsstarken in der Gesellschaft kaum eine Lobby hätten. In Gremien und Ortsverbänden der Parteien säßen überwiegend Menschen mit viel Zeit, die aber mit dem wahren Leben kaum Kontakt hätten. Diese Leute, die einen nicht sehr repräsentativen Querschnitt der Gesellschaft bildeten und deren Auffassungen sich in den letzten Jahrzehnten wenig geändert hätten, würden wichtige Entscheidungen treffen. Und ganz übel wird ihm, wenn er sieht, welchen Nachwuchs die Parteien nach oben kommen lassen. Sehr oft habe er vielversprechende Kandidaten scheitern sehen, weil sie Quereinsteiger waren, eine eigene Meinung und keine Parteikarriere hatten.

Desweiteren hinterfragt er die Zukunftsfähigkeit der deutschen Sozialsysteme, räumt mit der Mär auf, die Reichen würden in Deutschland zu wenig Steuern zahlen, und zeigt die Folgen der hohen Abgabenlast auf. Auch erklärt er, warum er das jetzige System von Kindergeld und Kinderfreibetrag für falsch hält. Zum Missvergnügen seiner Partei wandelt er sogar auf Sarrazins Spuren, indem er die Fehler der Zuwanderung darstellt und betont, dass 70 Prozent der Türken keinen Berufsabschluss hätten.

Steinbrück lästert über die von seiner Partei initiierte Rentengarantie, geht auf die Folgen der Finanzkrise ein, regt sich über sogenannte Finanzexperten auf, die seine Arbeit als Finanzminister behindert hätten, und spart bei allem nicht mit deftigen Worten und beißender Ironie. Gefressen hat Steinbrück auch die sogenannten „Sopos“, jene Sozialpolitiker, welche die Hauptaufgabe des Staates in der Umverteilung sehen, egal ob diese Umverteilung Sinn hat oder finanzierbar ist. Und auch die Jusos mit ihren marxistischen Thesen verursachen bei Steinbrück massives Bauchgrimmen. Und er fragt: „Wie nahe stehen die Jusos ideell, politisch und mit ihren Partizipationsangeboten den Jugendlichen in Schulen, Universitäten und Vereinen?“ *Rebecca Bellano*

***Peer Steinbrück: „Unterm Strich“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2010, gebunden, 477 Seiten, 23 Euro*



Ungewöhnliches Gefühlsroulette

19 Geschichten, in denen es darum geht, was in sechs Minuten geschehen kann

Zu 19 Erzählungen ganz eigener Art lädt Stefan Kraschon den Leser in seinem Buch „Sechs Minuten Schulden“ ein. Die Erzählungen sind nicht nur alle verschieden, sie sind vor allem auch äußerst ungewöhnlich. Mal spannend, mal verwirrend, mal bestürzend oder gar verstörend. Kraschon fordert dem Leser in seinen Geschichten sämtliche Nuancen der Emotionspalette ab. Von Kurzgeschichte zu Kurzgeschichte befindet sich der Leser in einer Art Gefühlsroulette.

Mal geht es darum, was alles Tragisches geschehen kann, wenn man die Minuten, die jemand zu spät zu einer Verabredung gekommen ist, nachträglich einfordert, oder darum, wie schön es sein kann, auch im Alter noch ein Ziel vor Augen zu haben, fernab des Zaunes, welcher die Seniorenresidenz umschließt.

Stefan Kraschons Erzählungen sind grotesk und dennoch stecken sie voller Phantasie, dass man bereit ist, das Groteske zu übersehen. Ein Hamburger Taxifahrer, der regelmäßig eine ältere Dame in einer dunklen Ecke am Hamburger Hafen absetzt, kommt einem Geheimnis auf die Spur, und eine eigensinnige Melodie sucht sich selbst den Kopf aus, in dem sie das erste Mal gehört werden möchte.

Mal erinnern Kraschons Erzählungen an einen Thriller, ein anderes Mal beeindruckt er den Leser durch seine bildhafte und fast schon philosophisch anmutende Sprache. „So schwebte sie da, diese unerhörte Melodie, darauf wartend, dass jemand vorbeikam, sie in sein Herz zu nehmen und ihr reale Töne zu verleihen ... Da sie federleicht war, war sie obendrein auch kaum greifbar. Ebenso schwierig lässt sie sich beschreiben: Sie war gasförmig, irisierend, flatterte wie ein Fähnchen im Wind, beständig etwa zehn Meter über dem Bahnsteig ... Sie beobachtete den Mann, der auf dem Bahnsteig stand, dem der Regen auf die Hutkrempe fiel, während er offensichtlich auf den Zug wartete ... Dieser Mann war Georges Bizet. Er hatte gerade einen hässlichen Disput mit einem Freund gehabt. Und er war überhaupt nicht in der Stimmung für solch seichte Melodie, wie sie sich ihm da gerade so unflätig näherte.“

Kraschons Buch „Sechs Minuten Schulden“ ist eine ungewöhnliche Art von Lektüre, die Erzählungen überraschen durch unvorhersehbare Wendungen, das Unrealistische wird Realität. Wer wie Kraschon selbst ein Freund des Absurden, des Komischen, des Ironischen und des Tragischen ist, wird an diesem Buch sicher seine helle Freude haben. *Vanessa Ney*

***Stefan Kraschon: „Sechs Minuten Schulden: 19 Erzählungen“**, Verlag Neue Literatur, Plauen 2010, broschiert, 230 Seiten, 15,90 Euro*

Geheimdienst exklusiv

Seltene Einblicke in die Arbeit des MI5

Institutionen und Firmen pflegen sich zu ihrem 100. Geburtstag ihrer Geschichte zu erinnern. Das gilt selbst für den sonst so verschwiegenen britischen Inlandsgeheimdienst. Der weit über die Insel bekannte Spionage-Experte Christopher Andrew erhielt dann auch erstmals, angeblich exklusiv, einen umfassenden Zugang in das Archiv von MI 5 mit seinen fast 400000 Akten. In der Tat vermittelt das Buch „MI 5 – Die wahre Geschichte des britischen Geheimdienstes“ mit einer Fülle unbekannter Details einen tiefen Einblick in dessen Arbeit seit seiner Gründung, die auf der Angst Londons vor einem Überfall der „Hunnen“ beruhte. Seine weitere Geschichte spiegelt sich im Ersten Weltkrieg wider, dem Entstehen der Sowjetunion, dem Aufstieg Hitlers, des Zweiten Weltkrieges und schließlich dem folgenden Kalten Krieg bis zur Gegenwart.

Der Leser erfährt von Einsätzen der Agenten und Doppelagenten, der Entschlüsselung der deutschen Chiffriermaschine „Enigma“ sowie etwa von der Täuschung der Wehrmachtsführung über den Ort der Invasion 1944. Der Autor bemüht sich dabei um eine realistische Darstellung und

Downing Street 10 hörte nicht auf MI5

lässt es keineswegs an kritischen Bemerkungen fehlen: Die Feststellung des Geheimdienstes 1939, die sowjetische Spionage sei „inexistent“, wertet er zu Recht als dessen „erbärmliche Fehleinschätzung“. Umgekehrt hatten dessen meist zutreffende Prognosen über das Vorgehen Hitlers kaum Einfluss auf die Downing Street 10.

Näher beschreibt das Buch aber auch die Infiltration des MI 5 durch Moskau, welches über Jahre hindurch „über sämtliche Versuche, der sowjetischen Spionage nach dem Krieg zu begegnen, im Bilde war“. Nach welchen Kriterien der Verfasser die Geschehnisse bemisst, ist allerdings zuweilen nur schwer zu analysieren. So widmet er einem Streik englischer Kohle-Bergarbeiter breiten Raum, während anderseits einer der größten Erfolge des Geheimdienstes verschwiegen wird: das heimliche Herausschmuggeln eines von ihm „umgedrehten“ KGB-Obersten aus Moskau. Ein abschließender Blick in die Zukunft sieht die Tätigkeit des Dienstes primär in der Terrorbekämpfung.

Im Vorwort des Buches schreibt der heutige Generaldirektor des MI 5, „ein Großteil der Arbeit des Security Service muss selbstverständlich verschwiegen werden“. Die Leser dürften dies ohnehin geahnt haben. *F.-W. Schlomann*

***Christopher Andrew: „MI 5 – Die wahre Geschichte des britischen Geheimdienstes“**, Propyläen, Berlin 2010, gebunden, 912 Seiten, 24,95 Euro*



Opa muss weg

Neuer Krimi von Ingrid Noll enttäuscht

Die Bücher von Ingrid Noll sind anders. Sie zählen zu den Kriminalromanen und gehören doch nicht dazu. Ihre Helden sind Menschen, wie wir sie kennen, bürgerlich, fast ein wenig langweilig, eigentlich ganz normal – doch unterhalb der sichtbaren Normalität entdeckt der Leser Abgründe vom allzu Menschlichen bis zum wirklich Bösen. Ingrid Noll erzählt dabei immer bevorzugt die Geschichten älterer und alter Menschen und zeigt dabei auch die Alten mit ihren ewig jungen Bedürfnissen, die ihnen von ihren jüngeren Mitmenschen gar nicht zugetraut und oft nicht zugestanden werden. So kommt es immer wieder zu seltsamen Verwicklungen, die nur auf den ersten Blick erstaunlich sind. Nolls Alte handeln entschlossen – wenngleich nicht immer nett – und häufig auch mit Blick auf die eigene Endlichkeit.

Ihr neuestes Buch „Ehrenwort“ handelt von dem fast 90-jährigen Willy Knobel, der nach einem schweren Sturz im Krankenhaus landet. Gegen den Willen seines Sohnes Harald, der sich mit dem Alten noch nie gut vertragen hat,

Gangstergeschichte wirkt konstruiert

setzen Schwiegertochter Petra und Enkel Max es durch, den Opa im Haus der Familie zu pflegen. Petra und Harald gehen davon aus, dass es der Alte nicht mehr lange macht. Max hingegen versteht sich gut mit seinem Opa – auch wenn er sich heimlich an dessen Geld bedient – und schafft es, mit seiner Vanillepuddingkur Willy Knobel wieder auf Vordermann zu bringen. Damit hat niemand gerechnet, und je fitter der alte Herr sich fühlt, desto mehr gerät das Leben von Harald und Petra aus den Fugen. Auch die junge Pflegerin Jenny, in die Max sich sofort verliebt, ist keineswegs nur eine Hilfe, denn auch sie hat ein dunkles Geheimnis. Es muss etwas geschehen. Die scheinbar heile ist eben keine heilige Familie ...

Leider ist Ingrid Noll in „Ehrenwort“ von ihrer bewährten Methode abgewichen, die Hauptperson in der Ich-Form erzählen zu lassen. Dadurch bleiben die Charaktere flach und ausdrucksschwach, es fehlt dem Leser die Identifikation mit einer bestimmten Figur, der für Noll so typische literarische Stil leidet. Auch nimmt die Erzählung nur sehr langsam an Fahrt auf und die parallel verlaufende Gangstergeschichte wirkt teilweise an den Haaren herbeigezogen. Alles in allem eine gut lesbare, bitterböse Komödie, die dennoch ein wenig enttäuscht. *Barbara Kruse*

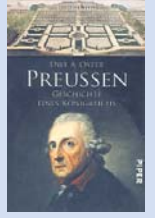
***Ingrid Noll: „Ehrenwort“**, Diogenes, Zürich 2010, broschiert, 336 Seiten, 21,90 Euro*

THILO SARRAZIN
DEUTSCHLAND SCHAFFT SICH AB
Wie wir unser Land aufs Spiel setzen



Mit seiner profunden Erfahrung aus Politik und Verwaltung beschreibt Thilo Sarrazin die Folgen, die sich für Deutschlands Zukunft aus der Kombination von Geburtenrückgang, problematischer Zuwanderung und wachsender Unterschicht ergeben. Er will sich nicht damit abfinden, dass Deutschland nicht nur älter und kleiner, sondern auch dümmer und abhängiger von staatlichen Zahlungen wird. Sarrazin sieht genau hin, seine Analyse schont niemanden. Er zeigt ganz konkret, wie wir die Grundlagen unseres Wohlstands untergraben und so den sozialen Frieden und eine stabile Gesellschaft aufs Spiel setzen. Deutschland läuft Gefahr, in einen Alptraum zu schlittern. Dass das so ist, weshalb das so ist und was man dagegen tun kann, davon handelt sein Buch.
Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 464 Seiten
Best.-Nr.: 6999 € 22,99

„Gerade die Flüchtlinge und Vertriebenen taten sich hier hervor. Sie waren in derselben Situation wie die Auswanderer des 19. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten, nämlich fremd und mittellos und sie konnten nur mit besonderem Fleiß vorankommen. Und sie waren fleißig, so fleißig, dass sie den Alteingesessenen in der jungen Bundesrepublik bald kräftig Beine machten.“



Uwe A. Oster
Preußen - Geschichte eines Königreichs
Geb., 384 Seiten, 16 meist farbige Bildtaf. und 2 einf. Übersichts-Karten
Best.-Nr.: 7042, € 14,95



Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973, € 14,95



- Spezifikation: Feinsilber 999, polierte Platte
- Durchmesser: 35 mm
- Gewicht: 15 Gramm reines Silber
- Verpackung: Repräsentatives Etui

Medaille ist durch eine Klarsichtkapsel geschützt
Best.-Nr.: 7044

Subskriptions-Sonderpreis nur € 34,95
zzgl. Versandkosten € 2,50 (gilt nur für die Bestellung von Weihnachtstalern).
Nur über den Preußischen Mediendienst zu beziehen!



Kirsten Heisig
Das Ende der Geduld
Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter
Kart., 208 Seiten
Best.-Nr.: 6986, € 14,95

Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95

Hrsg. v. Detlef Brandes, Holm Sundhaussen, Stefan Troebst u. a.
Lexikon der Vertreibungen
Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts
Das „Lexikon der Vertreibungen“ ist das erste Nachschlagewerk zu einem Thema, das in letzter Zeit sowohl in der Forschung wie in der breiten Öffentlichkeit heftig diskutiert worden ist. Es hat zum Ziel, den derzeitigen Stand der Forschung zur Geschichte der Deportationen, Zwangsaussiedlungen und ethnischen Säuberungen in Europa zwischen 1912 und 1999 zu bilanzieren. Als Ergebnis einer internationalen wissenschaftlichen Kooperation umfasst das Lexikon mehr als 300 Artikel von über 100 Experten aus verschiedenen Ländern Europas. Die betroffenen ethnischen Gruppen und Akteure, die wichtigsten Vertreibungs- und Aufnahmegebiete werden im Lexikon ebenso systematisch erschlossen wie zentrale Begriffe aus Wissenschaft und Recht sowie historische Ereignisse, Erinnerungskulturen und Geschichtspolitiken. Zur Erleichterung weiterer Recherchen sind jedem Lexikontext Literaturhinweise beigegeben. Das Werk ist zudem mit einem Personen-, Orts- und Sachregister ausgestattet.
Geb., 802 Seiten, Großformat
Best.-Nr.: 7037





lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung
Wer nicht fähig ist, seine eigenen Toten zu betrauern, kann nicht ehrlich um Leid anderer teilnehmen. Das ist ein tragender Gedanke, von dem Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, sich leiten läßt. Das 20. Jahrhundert war vor allem in seiner ersten Hälfte durch ein zuvor nie erlebtes Maß an Leid für die Völker Europas geprägt. Die Erinnerung daran wird vielfach fokussiert auf einen einzigen Ursprung für alle Menschenrechtskatastrophen der Folgejahre. Das klassische »vae victis« schwingt darin mit. Millionen von Deutschen, nämlich die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, gehören auch zu den Opfern. Sie hatten nicht nur den Verlust von Angehörigen, von Hab und Gut und der angestammten Heimat zu beklagen, sondern waren nicht selten einem Mangel an Mitgefühl und Solidarität der heimischen deutschen Aufnahmegesellschaft ausgesetzt. Eine Erfahrung, die sich auch in den Erinnerungen von Erika Steinbachs Mutter widerspiegelt. Erika Steinbach macht eindringlich deutlich, dass die Tragödie der Vertreibung nicht nur die Betroffenen angeht, sondern auch die Solidarität aller Deutschen erfordert. Die Autorin zeigt auf, dass diese Vertreibung dauerhaft die Identität des ganzen deutschen Volkes berührt. Mutig und schlüssig wendet sie sich zudem gegen jegliche Relativierung der Vertreibung. Menschenrechte sind ihr auch für die deutschen Vertriebenen unteilbar. Für sie ist die Würde eines jeden Menschen unantastbar, egal welchem Volk er angehört. Die europäische Dimension und Bedeutung dieses Vorganges wird beeindruckend aufgeblättert. Ob vor Studenten der Karls-Universität in Prag, der Wyszynski-Universität Warschau oder vor dem Deutschen Bundestag: Erika Steinbach zeichnet sich durch Kompetenz und Mut zur Wahrhaftigkeit aus. Im Anhang zu dem Buch kommen neben gewichtigen Medienstimmen auch engagierte Wegbegleiter zu Wort.
Geb., 250 Seiten mit mehrfarbigen Karten
Best.-Nr.: 7045

€ 22,00

Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus - Ostpreußische Küche
Geb., 96 Seiten, zahlr. farb. Abbildungen
Best.-Nr.: 7001, € 9,95

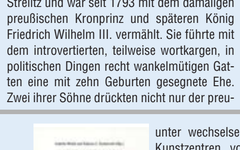
Heinrich Hartmann
Luise-Preußens große Königin



Als Königin Luise am 19. Juli 1810 überraschend auf Schloß Hohenzieritz starb, trauerte man nicht nur in Preußen, sondern in allen deutschen Landen um die anmutige Monarchin. Von glühender Vaterlandsliebe beseelt, gestaltete Luise die preußisch-deutsche Geschichte am Vorabend der Befreiungskriege entscheidend mit. Den Stein-Hardenbergschen Reformen stand sie aufgeschlossen gegenüber. Luise stammte aus Mecklenburg-Strelitz und war seit 1793 mit dem damaligen preußischen Kronprinz und späteren König Friedrich Wilhelm III. vermählt. Sie führte mit dem introvertierten, teilweise wortkargen, in politischen Dingen recht wankelmütigen Gatten eine mit zehn Geburten gesegnete Ehe. Zwei ihrer Söhne drückten nicht nur der preußischen, sondern auch der deutschen Nationalgeschichte ihren Stempel auf: König Friedrich Wilhelm IV. und der spätere Kaiser Wilhelm I. Nach der katastrophalen Niederlage von 1806 bemühte sich Luise nach Kräften darum, das bittere Schicksal ihres Volkes zu lindern und positiv zu gestalten. Ihre in den Zaren Alexander I. und auf die Begegnung mit Napoleon I. in Tilsit gesetzten Hoffnungen erfüllten sich freilich nicht. Ganz Deutschland aber blickte in jenen Tagen auf ihren couragierten Einsatz für das geschlagene und vom Kaiser der Franzosen gedemütigte Volk. Der Verfasser hat über viele Jahre Leben, Wesen und Wirken der Königin Luise erforscht, konnte bisher unbekannte Briefe ausfindig machen und in die vorliegende Arbeit einbeziehen. Ihm ist es in diesem bewegenden Lebens- und Zeitbild gelungen, diese bedeutende Frau und ihre dramatische Epoche glänzend darzustellen. In seiner Biographie offenbart sich dem Leser eine faszinierende Frau, Mutter und Landesmutter, die nicht zuletzt am Geschick ihres besetzten Landes und fremdbestimmten Volkes zerbrach.
Geb., 672 Seiten, zehn Farbabbildungen, Leinen geb. mit Schutzumschlag
Best.-Nr.: 7046

€ 39,80

Isabella Woldt und Tadeusz J. Zuchowski (Hrsg.)
Im Schatten von Berlin und Warschau
Adelssitze im Herzogtum Preußen und Nordpolen 1650–1850



Ländliche Adelssitze im heutigen Nordosten Polens (Ostpreußen, Oberland, Pomerellen und Nordmasovien) werden wiederentdeckt. Diese Publikation präsentiert die wichtigsten Landsitze, die 1650 bis 1850 entstanden sind, und führt in die nahezu unbekannte Geschichte alter preußischer (Dohna), polnischer (Krasiński) und litauischer (Pac) Adelsfamilien ein. Bis zur Bildung des preußischen Königreiches war das Herzogtum Preußen Lehensgebiet von Polen-Litauen und lange politisch und kulturell mit der Adelsrepublik verbunden. Die Architektur der neuen Landsitze entstand deshalb unter wechselseitigen Einflüssen der Kunstzentren von Warschau, Berlin und Dresden. Autoren aus Polen und Deutschland untersuchen und erklären deren wenig bekannte und zugleich faszinierende Baugeschichte von der Entstehung bis zum aktuellen Zustand. Der Band präsentiert erstmals die gesellschaftlichen, kulturhistorischen und künstlerischen Zusammenhänge der Region. Vielleicht zum letzten Mal werden hier auch Bilder wesentlicher Bauwerke gezeigt, die sich heute teilweise in einem komplett Verfallsprozess befinden.
Geb., 400 Seiten mit Farb- u. SW-Abb., Großformat
Best.-Nr.: 7027

€ 69,00

Ostpreußische Küche
- Spezialitäten aus der Region
Von herzhaft bis süß - rund 70 Originalrezepte zeitgemäß interpretiert.
Kart., 128 Seiten mit zahlr. farb. Abb, Großformat
Best.-Nr.: 7002, € 4,99



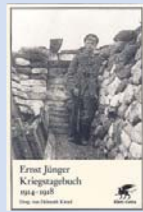
Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



Agnes Paul
Die bösen Augen
Sagen und Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 93 Seiten
Best.-Nr.: 2087



Eva Pultke- Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968





Helmut Kiesel (Hrsg.)
Ernst Jünger - Kriegstagebuch 1914-1918
Gebunden, 655 Seiten ohne Schutzumschlag, Faksimiles, Lesebändchen
Best.-Nr.: 7043, € 12,95



Annika Gräfin Bellavitis
Wir haben das Korn geschnitten
Erinnerungen aus Ostpreußen
Geb., 261 Seiten
Best.-Nr.: 1859, € 12,95

Arno Surminski
Winter Fünfundvierzig oder Die Frauen von Palmnicken

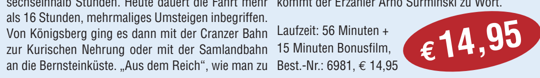




Im Winter 1945 wehte der Sturm des Krieges über die Grenzen der deutschen Ostprovinzen und trieb Millionen Menschen vor sich her nach Westen. Als der Landweg abgeschnitten war, blieb nur noch die Flucht über die Ostsee. Millionen flohen zu Fuß, mit Pferd und Wagen, per Eisenbahn oder Schiff über Eis und Wasser. Zu den Fliehenden gehörten die Bäuerin Lisa Kretschmann aus Schippenbeil mit ihren Kindern und die Witwe Levine Gedeitis aus Memel mit ihrer Tochter Olga. Aber auch Tausende jüdischer Frauen, die als KZ-Häftlinge in ostpreußischen Lagern beim Ausbau von Flugplätzen gearbeitet hatten, sollten von den Kriegsgegnern nicht befreit werden und mussten deshalb auf grauenvolle Weise sterben. Das Buch begleitet vier junge jüdische Frauen aus dem Ghetto von Lodz auf ihrem Weg nach Auschwitz, ins Konzentrationslager Stutthof und von dort zu den ostpreußischen Außenlagern. Als der Sturm im Januar 1945 losbrach, wurden sie auf Todesmärschen durch das verschneite Land zur Ostseeküste getrieben und von den Wachmannschaften in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar erschossen. Die Tragödie der „Frauen von Palmnicken“ war jahrzehntelang vergessen und verdrängt. Dieses Buch soll ihnen ein Denkmal der Erinnerung setzen. Ihr Leidensweg ist eingebunden in das Elend der Zivilbevölkerung, die in den Sturmtagen des Winters in den Westen floh. Eine Hauptrolle spielt die Ostsee, die in den letzten Kriegsmonaten von der Danziger bis zur Neustädter Bucht zum größten Schiffsfriedhof aller Zeiten wurde.
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7000



Sommer in Ostpreußen 1942
Es ist schon lange her. Und es liegt in weiter Ferne, wovon dieser Film erzählt: von Gottfried und Maria, einem jungen Paar mitten im Krieg. Und von einem Sommer in Ostpreußen. Wir schreiben das Jahr 1942. Wie viele Deutsche träumt das Paar vom Urlaub an der Ostsee, von der Samlandküste, von Wind und Wellen, von Ruhe und Erholung. Die Enge des Alltags einfach hinter sich lassen. Dafür gibt es kein Ziel wie die Weite Ostpreußens. Urlaub vom Alltag, Urlaub vom Krieg. Wer weiß, wie viele Sommer es für den deutschen Soldaten noch geben wird? Aus Berlin, Breslau und Dresden fuhren täglich Sonder- und Ferienzüge nach Königsberg, darunter auch Luxuszüge und Schnellzüge. Für die Strecke Berlin – Königsberg benötigte der Bahnreisende damals sechseinhalb Stunden. Heute dauert die Fahrt mehr als 16 Stunden, mehrmaliges Umsteigen inbegriffen. Von Königsberg ging es dann mit der Cranzer Bahn zur Kurischen Nehrung oder mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste. „Aus dem Reich“, wie man zu sagen pflegte, kamen jeden Sommer Zehntausende Feriengäste in die östliche Provinz. Die Reise führt uns an die Kurische Nehrung, nach Nidden, nach Rossitten, ans Kurische Haff, wir gehen mit einem Fischerehepaar auf Fang, nehmen an der Heuernte teil, besuchen Cranz, das größte königlich-preußische Seebad an der Ostseeküste, fahren mit der Bahn nach Cranzbeek, besichtigen das unzerstörte Königsberg mit dem prächtigen Stadtschloss und dem Dom, fahren mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste und beobachten Elche in der Niederung. Zeitzeugen wie die Schriftstellerin Ruth Geede und Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter des berühmten Malers Ernst Mollenhauer, kommentieren die einzigartigen historischen Filmaufnahmen. In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95





Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen
mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 43/10
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Türken sollen wählen können

Ankara – Der türkische Minister für Auslandstürken, Faruk Celik, will den in Deutschland lebenden Türken die Möglichkeit geben, bei Wahlen in der Türkei teilzunehmen. Sobald Berlin die nötige Sicherheit garantieren könne, könnten sich die Deutschland-Türken an Wahlen im Heimatland beteiligen. Offen sei noch, ob die Urnen in türkischen Konsulaten oder in anderen Wahllokalen aufgestellt würden. *H.H.*

OECD will mehr Geld von Berlin

Paris – Die „Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) tadelt die deutsche Entwicklungshilfe-Politik. Besonderen Argwohn erregt der von Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) angekündigte Strategiewechsel: Dem Vorbild anderer Länder folgend will Niebel auch deutsche strategische Interessenpolitik in die Entwicklungshilfe einbinden. Stattdessen, so die OECD, solle Deutschland viel eher seine eingesetzten Mittel verdoppeln. *H.H.*

ZUR PERSON

Tschechischer Tabubrecher

Nach einer einstimmig getroffenen Entscheidung der Jury des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises wird der tschechische Filmemacher **David Vondraček** mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis 2010 der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen ausgezeichnet.

Das Zentrum gegen Vertreibungen würdigt damit sein mutiges Eintreten für Wahrheit und Anteilnahme. In seinem Dokumentarfilm „Abschlachten auf Tschechisch“, der in Deutschland spätabends in einer weichgespülten Fassung unter dem Titel „Töten auf Tschechisch“ zu sehen war, behandelt der Regisseur die Ermordung deutscher Zivilisten in der Tschechoslowakei Mitte Mai 1945. Darin zeigt er auch Amateuraufnahmen eines Massakers an deutschen Zivilisten mutmaßlich durch tschechische Milizionäre und Soldaten der Roten Armee. Der Film ist eine mutige Tat, sowohl seitens des Regisseurs als auch des tschechischen Fernsehen, das diesen Film im Mai zur besten Sendezeit gezeigt hat.



Der Preis wird am 28. November 2010 in der Frankfurter Paulskirche verliehen. Die Veranstaltung steht unter der Schirmherrschaft des Staatsministers und Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Bernd Neumann. Die Laudatio hält der tschechische Publizist und Menschenrechtler Petr Uhl. Er gehörte als Dissident zu den ersten Unterzeichnern der Charta 77.

Vorher wird David Vondraček noch vom 14. bis 19. November auf einem Seminar in Bad Kissingen zu erleben sein, zu dem die Sudetendeutsche Landsmannschaft lädt. Nähere Informationen sind erhältlich bei der Sudetendeutsche Landsmannschaft, Hochstraße 8, 81669 München, Telefon (089) 480003-40, E-Mail: info@sudeten.de *M.R.*



Zeichnung: Mohr

Wollen wir?

Warum im Bellevue die Unterröcke platzen, wieso Washington plötzlich die Regeln ändert, und wann wohl Revolution ist / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Die gellenden Schreie, die durch den Berliner Tiergarten schollen, waren markerschütternd. Soeben waren den Staatsgouvernanten im Schloss Bellevue vor Schreck die Unterröcke geplatzt. Nacktes Entsetzen verzerrte ihre Gesichter. Sie hatten Grauenvolles gesehen.

„Deutschland über alles“ hatte der chilenische Staatspräsident Sebastián Piñera ins Gästebuch des Bundespräsidenten geschrieben, um dem Gastgeberland seine Ehrerbietung zu bezeugen. Christian Wulff glotzte „betreten“, wird berichtet. „Deutschland über alles“! Die Zeile stammt aus der Nazi-Zeit, hat eine große deutsche Boulevard-Zeitung recherchiert. Das hätte Piñera doch wissen müssen!

Er habe es nur gut gemeint, windet sich der Gast. Heuchler! Mit seinen nachgeschobenen Ausflüchten hat Piñera sich selber verraten. Er habe in den 50er und 60er Jahren eine deutsche Schule besucht, und in seiner Erinnerung seien die Worte im Zusammenhang mit der Einigung des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck gefallen.

„Bismarck“? „Deutsche Einigung??“ „Reich“??? Sagen wir doch: Nazi-Zeit! Die hat nämlich viel länger gedauert, als gemeinhin angenommen – ganze 150 Jahre. 1841 hat der Paläo-Nazi Hoffmann von Fallersleben den grässlichen Text ausgeheckt, 1922 machte ihn Nazi-Ebert zur Nationalhymne und erst 1991 haben sich Helmut Kohl und Richard von Weizsäcker dazu durchgerungen, die ersten beiden Strophen des Liedes der Deutschen aus der Hymne zu streichen. Vorher, von 1952 bis 1991, hatte es bloß geheißen, man solle bei staatlichen Anlässen nur die dritte singen.

Das alles will der feine Herr Piñera also nicht gewusst haben. Ja, ja, so reden sie sich immer raus: „Nichts gewusst.“ Es wird lange dauern, bis sich die Beziehungen unserer beiden Länder wieder normalisiert haben.

Der diplomatische Schaden ist beträchtlich: Wenn deutsche Staatsmänner künftig auf Chilenen treffen, müssen sie doch in jeder Sekunde mit braunen Provokationen rechnen. Und die Chilenen? Die werden bei künftigen Besuchen in Berlin einen Psychotherapeuten vorwegschicken, der ihnen anschließend Ratschläge gibt, wie sie mit den hysterischen Teutonen reden müssen, ohne weiteren seelischen Schaden anzurichten. Zur Sicherheit werden sie immer eine Papiertüte dabeihaben, falls der Deutsche aus heiterem Himmel hyperventiliert, weil man aus Versehen erzählt hat, dass man das Bier in „Deutschland über alles“ liebt.

Ja, auch die brave Bundesrepublik hat ihre scharfen Kanten. Wir sind das freieste Land, das es je auf deutschem Boden gab. Und niemand hat die Absicht, ein Mauer zu errichten gegen die Redefreiheit. Aber alles hat Grenzen, und Grenzen müssen geschützt werden gegen die, die ausbrechen wollen. Das bekommen auch Staatsbesucher zu spüren.

> Die Nazi-Zeit hat viel länger gedauert: Von 1841 bis 1991. Und das will Piñera nicht gewusst haben?

Ach, was für ein Schlamassel. Hätte man den Vorfall nicht wenigstens geheim halten können? Geht nicht? Gibt's nicht: Wozu haben wir all die teuren Geheimdienste. Bei denen ist so ziemlich alles geheim. Jeder wird genau danach eingestuft, wie viel er wovon wissen darf. Damit nicht so viel passieren kann, wenn einer überläuft zum bösen Feind oder sich aufspielt mit einem Enthüllungsbuch.

Die ganze Krämerei nützt allerdings nicht viel, wenn später alle Geheimnisse in einem großen Daten-Eimer landen, den „Wikileaks“ dann ins Internet kippt. Zigtausende von US-Datensätzen mit teils brisanten Inhalten können da nun von jedermann bestaunt werden. Washington scheint seine Geheimnisse geschützt zu haben wie einen Schnellhefter, den man in der U-Bahn liegen lässt.

Der Spott kam prompt: Schamlos ziehen Computer-Spezis über die US-Sicherheitsvorkehrungen her und weisen nach, wie leicht es sei, sich einzuschalten in die Speichernetze des Pentagon. Na ja, so ist das eben: Der sicherste Platz ist immer noch unter der Fußmatte. Da hätte die „Hacker“ bestimmt nicht gesucht.

Die USA machen sowieso eine schwere Zeit durch, und wir Deutsche sind nicht gerade hilfreich. In einem bösen Brief beklagt sich Obamas Finanzminister Tim Geithner über „Ungleichgewichte“: Deutschland, China und Japan exportieren zu viel. Das müsse aufhören, weil die US-Exporteure ihren Krempel sonst niemandem andrehen können. Am liebsten würde er Handelsbilanzüberschüsse per Befehl auf vier Prozent „begrenzen“. Auf deutsch: Der Weltmarkt soll politisch unter Kontrolle gebracht werden.

Man hört es und staunt: Vor 13 Jahren, als etliche asiatische Länder in die „Asienkrise“ rutschten, verordnete der US-beherrschte Internationale Währungsfond noch: Öffnet eure Märkte, lasst die politischen Kontrollen sausen. Das kam US-Investoren sehr zu Pass, die sich dann gleich mal ein paar tolle Stücke aus dem gelben Kuchen sichern konnten.

Das war einmal: Nun sind die USA in der Krise, weshalb die Dinge geringfügig neu interpretiert werden müssen: Schluss mit dem freien Markt. Jetzt müssen die Staaten eingreifen, soll der Wettbewerb von oben reguliert werden, damit es für Amerika nicht noch ärger kommt.

Wir lernen: Regeln müssen sensibel angewendet werden. Nur weil die totale Öffnung im Falle von Thailand oder Indonesien gut war, muss das ja nicht auch im Falle der USA gelten.

Gleiche Regeln für alle sind in unserer bunten Welt von heute ohnehin ein gefährliches Hirngespinst. Das gilt international wie auch zu Hause im multikulturellen Deutschland. Mit einem gewissen Unbehagen beobachten die Sicherheitsbehörden das Treiben einiger kurdisch-arabischer Großsippen, die einst als „Bürgerkriegsflüchtlinge“ aus dem Libanon nach Deutschland kamen. Ihre Regeln lauten: Betrüge die Sozialkassen, stehle, handle mit Drogen, mache Geld mit Bordellen und lege auch mal jemanden um, wenn er im Wege ist.

So kann das nicht weitergehen, schwor sich der zuständige Berliner Oberstaatsanwalt Roman Reusch schon 2007 und forderte, mit aller Härte gegen die hochkriminellen Clans vorzugehen: Ausweisen, verhaften, Einbürgerung verhindern, „Familiennachzug“ verhindern etc. Berlins SPD-Innensenatorin Gisela von der Aue nahm den Ruf auf und reagierte tatsächlich mit aller Härte: Reusch wurde abgelöst und durch einen Nachfolger ersetzt, der bislang mit Verkehrsdelikten befasst war. Oberstaatsanwalt Ingo Kühn wurde sogleich gefragt, ob er wie sein Vorgänger ebenfalls hart vorgehen wolle gegen die meist jungen Straftäter. Kühn laut „Spiegel“: „Das Wort Härte, das gefällt mir nicht.“

Mittlerweile ist die Lage laut Polizeikreisen außer Kontrolle. Die Clans hätten sich fest implantiert in ein System der Organisierten Kriminalität. Nun könne es nur noch darum gehen, den Einfluss der Ganoven-Sippen auf das öffentliche Leben „einzudämmen“. Zumal sich die Sozialämter offenbar strikt weigern, mit der Polizei zu kooperieren, wegen des Datenschutzes.

Aha. Wir fassen zusammen: Die Organe eines 80-Millionen-Staates räumen offen ein, mit ein paar Dutzend kriminellen Clans aus dem Nahen Osten nicht mehr fertig zu werden. „Der Zug ist abgefahren“, seufzt ein Bremer CDU-Politiker, wo die Familien ebenfalls hoch aktiv sind.

Wann war noch gleich Revolution? „Wenn die oben nicht mehr können, und die unten nicht mehr wollen.“ Richtig, wir erinnern uns. Dass die „oben nicht mehr können“, das haben wir jetzt von denen selbst. Und wir hier unten? Wollen wir noch? Nun ja, „wollen“ ist so ein Wort, das klingt so energisch, aber so fühlen wir uns gar nicht. Es ist mehr ein zähes Gären. Indes: Was lange genug gärt, jagt irgendwann den Deckel hoch. Manchmal hat man den Eindruck, er wackelt schon.

Was Gisela von der Aue sagt, wenn er ihr um die Ohren fliegt, das wissen wir bereits heute: „Niemand konnte damals ahnen, welches Ausmaß die Probleme annehmen würden.“ Auch Ahnung muss halt gewollt werden.

MEINUNGEN

*Die deutsch-türkische Lehrerin **Betül Durmaz** aus Gelsenkirchen-Neustadt klagt im „Focus“ vom 18. Oktober über das **Verhalten** von bestimmten **Zuwanderer-Kindern**:*

„Unsere Schule ist der einzige Ort im Viertel, in dem Zuwanderer und Deutsche zusammenkommen ... Muslimische Schüler grenzen sich durch ihren Glauben ab. Mangels Zukunftsperspektiven wächst der Islam in die Rolle des Identitätsstifters hinein ... Schon kleine Kinder müssen im Ramadan fasten und schlafen deshalb im Unterricht ein. Für diese Sippen ist der Glaube das Allerwichtigste und nicht das Lernen in der Schule. Sie haben nicht begriffen, dass eine gute Bildung den Weg nach oben bedeutet. Vielmehr haben sie sich in ihren Sozialtransfers eingerichtet. Das funktioniert nur deshalb, weil die Politik mit ihrer romantischen Multikulti-philosophie diese Gruppen nicht fordert ... Man könnte die Familie wegen der Fehlstunden zur Kasse bitten, aber dies verhindert die Pfändungsgrenze.“

*Die luxemburgische EU-Kommissarin **Viviane Reding attakkiert Angela Merkel** und **Nicolas Sarkozy** wegen der Verwässerung des Euro-Stabilitätspakts:*

„Es waren 2004 und 2005 zwei Mitgliedsstaaten, die die Regeln des Stabilitätspakts nicht eingehalten haben. Und jetzt sind es dieselben beiden, die die Regeln weiter verwässern wollen. Haben die denn nichts gelernt? Haben die denn nicht verstanden, dass die Stabilität uns alle rettet und die Instabilität uns gemeinsam untergehen lässt?“

Nichts ist so fein gesponnen ...

Verwirrend ist's – soviel ist klar,
denn was in heilen Welten
durch viele Jahre Dogma war,
soll plötzlich nimmer gelten?

Sie war doch Nächstenliebe pur,
die Multikulti-These,
sie war die neue Leitkultur,
an der das Volk genese!

Nun heißt's, dass sie gescheitert sei –
ist gar man heut' gescheiter?
Und geht es ohne Kulti-Brei
jetzt unbereichert weiter?

Gemach – wie man zugleich vernahm,
gibt eh es keine Wende,
gehört zum Land ja der Islam,
trotz Multikulti-Ende!

Die fromme Integration
– ein Wort so weich wie Windel –
war halt von allem Anfang schon
ein Etiketten-Schwindel.

Denn Fremdes möchte parallel
und grad wie früher leben,
daher schlägt Multikulti fehl –
so war's und bleibt es eben.

Man wird zwar wohl auch förderhin
die schönsten Mantras finden,
um sie getränkt in Moralin
als Bären aufzubinden.

Doch letztlich geht ein jeder Krug
beim Brunnengang in Scherben,
und selbst der schlauste Volksbetrug
muss an sich selbst verderben!

Pannonicus